

TAGESSCHAU

POLITIK

Haiti: In der Übergangsregierung gibt es Befürchtungen über eine Infiltration des Landes durch kubanische Guerrilla-Einheiten. (S. 5)
Festnahmen: Bei einer Großrazzia hat die französische Sicherheitspolizei im Zusammenhang mit der jüngsten Attentatsserie 50 Personen aus Nahost festgenommen. (S. 2)
Golfkrieg: Die arabischen Länder drängen angesichts der Eskalation im Golfkrieg bei den westeuropäischen Ländern verstärkt darauf, ihre Beziehungen zu Iran zu nutzen, um Teheran an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Arabische Liga teilt mit, zur Zeit gebe es entsprechende Sondierungen in den meisten Hauptstädten der EG-Länder. Die arabischen Botschafter berieten in Bonn über eine Erklärung zum Golfkrieg.
Depotiert: Der litauische Priester Matulionis ist nach Sibirien deportiert worden. Er war in einem "Untergrund"-Seminar ausgebildet worden.

Exklusiv in der WELT

SERIE PHILIPPINEN

Auf den Philippinen tobt ein Machtkampf zwischen Marcos und der Opposition. Kommunistische Rebellen kontrollieren 20 Prozent des Staatsgebiets. Welche Risiken ergeben sich für die US-Basen? Eine Serie von heute an in der WELT. Seite 7

BARSCHELS WARNUNG AN DIE ARD

Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel sieht das ZDF gefährdet, falls die ARD ihre Dritten Programme bundesweit verbreitet. In einem Beitrag für die WELT warnt Barschel vor den Folgen einer "ungeordneten Konkurrenz um die besten Reichweiten". Seite 6

GRUNDIG IM AUFWIND

Unter der Führung von Hermann Koenig wurde die Firma Grundig binnen zwei Jahren neu formiert - mit großem Erfolg. Ein Porträt des Konzernchefs. Seite 14

WIRTSCHAFT

Constructa '86: Als zukunfts-trächtigen Markt hat Bundesminister Schneider die Renovierung und Modernisierung der Beausubstanz bezeichnet. (S. 13)

US-Defizit: Nach einer Umfrage, die das "Wall-Street-Journal" durchgeführt hat, halten nur 31 Prozent der Amerikaner die Haushaltsdefizite, die in den vergangenen Jahren mit jeweils mehr als 200 Milliarden Dollar zu Buche schlugen, für ein nationales Problem. Zwar fühlt sich die große Mehrheit nicht ganz wohl angesichts dieser gewaltigen Zahlen, zu schmerzhaften Eingriffen ist sie jedoch nicht bereit. Allerdings sind alle Amerikaner für weitere Kürzungen der Bundesausgaben.
Internationalen Währungsfonds: Präsident Garcia ins Haus geschickt. Danach verließ Peru das Recht, Kredite zu ziehen, wenn nicht bis Mitte April überfällige Zahlungen in Höhe von 75 Millionen Dollar eingegangen sind. Aufgelaufen sind Rückstände seit September. Die Aktion gegen Peru ist härter ausgefallen als erwartet. Garcia sollte auf seine Pflichten hingewiesen werden.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte schlossen gestern bei eher schwächerem Gesamtimpuls erneut uneinheitlich. Auf dem Rentenmarkt hielt sich die freundliche Stimmung. WELT-Aktienindex 284,59 (283,99), BHF-Rentenindex 105,485 (105,466), BHF-Performance Index 101,089 (101,402), Dollarmittelkurs 2,3605 (2,3789) Mark, Goldpreis je Feinunze 337,25 (335,80) Dollar.

KULTUR

"Blaubart": Hellmuth Miatasek Inszenierung am Münchner Gärtnerplatz hinterließ Zweifel, Offenbachs Musik klang bei der Premiere noch etwas struppig. (S. 20)

SPORT

Ski Alpin: Markus Wasmeier (Schiersee) und Regina Mosenlechner (Inzell) gewannen die Abfahrtsstiefel bei den Deutschen Meisterschaften in Todtnau (Schwarz-wald). (S. 11)
Tennis: Wolfgang Popp (130. der Welt) kritisierte beim Turnier in Boca West (Florida) Wimbledonies Becker: "Mit ihm will derzeit keiner Doppel spielen." (S. 11)

AUS ALLER WELT

Gesundheit: Die Zulassung von Arzneimitteln und ihre Überprüfung auf mögliche schädliche Nebenwirkungen will das Bundesgesundheitsamt in Berlin beschleunigen. Dem Amt sind 57 neue Stellen bewilligt worden, so daß die Untersuchungen forciert werden können. (S. 22)
Schnee: Ein Chaos haben die stärksten Schneefälle seit dem Katastrophenwinter von 1929 in Österreich verursacht. Die Niederschläge hatten seit Samstag einen Meter Schnee gebracht. Zahlreiche Gehöfte mußten aus gestern noch mit Hubschraubern versorgt werden. (S. 22)

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen: Das Dilemma der Tories - Leitartikel von Reiner Gattermann S. 2
Nordirland: Friedenskämpferinnen Betty Williams und Mairead Corrigan sind verfeindet S. 3
Asyl: Stuttgart - Über-schwappen des Unmuts in der Bevölkerung befürchtet S. 4
Frankreich: Chirac holt sich Bei-fall durch ehrliche Aussagen - Von Peter Ruge S. 5
Schnee und Gletscher behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Vorbelegungen bei der Zustellung um Verständnis.

Heute entscheidet sich das Schicksal von Intendant Loewe

Auch die Bundes-CDU sucht nach einer Lösung der Probleme beim SFB

hrk/fac. Berlin/Bonn
Das spektakulärste personalpolitische Ereignis in der Nachkriegsgeschichte des deutschen Rundfunks steht heute vormittag in Berlin bevor. Erstmals wird ein Rundfunkrat über die Abwahl eines Intendanten entscheiden: Es geht um die mögliche Ablösung von Lothar Loewe, der seit 1. März 1983 den Sender Freies Berlin (SFB) leitet und dessen Amtsführung wiederholt zu Auseinandersetzungen im Hause und in der Öffentlichkeit geführt hat.
Ein Tag vor der geheimen Abstimmung zeichnete sich gestern ein Vorstoß aus der Mitte des Rundfunkrats ab, den Berliner Senatsprecher Winfried Pest als Nachfolger zu gewinnen. Eine Gruppe von "Grauen" - sie stellen mit 23 Mitgliedern die Mehrheit der 31 Rundfunkräte - will dem Vornamen nach Pest selbst aufsuchen und ihm bitten, eine Kandidatur zuzustimmen.
Weder Fests Dienstherr, der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen, noch CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky wünschen dem Vornamen nach eine solche Lösung. Diepgen selbst besitzt ein verständliches und dringendes Interesse daran, angesichts der für ihn außerordent-

Terrorist Abu Nidal in Ost-Berlin?

Hinweise auf Behandlung durch Spezialisten des "DDR"-Regierungskrankenhauses

W. K. Berlin/Wien
Der palästinensische Kommandoführer Abu Nidal, der als Drahtzieher der Anschläge auf die Flughäfen von Rom und Wien gilt, hält sich in Ost-Berlin auf. Das wurde im Zusammenhang mit der Einladung des "DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honeker an FLO-Chef Yassir Arafat, am XL-SED-Parteitag im April in Ost-Berlin teilzunehmen, bekannt. "DDR"-Stellen ließen ausländische Diplomaten durch offizielle Kanäle in Wien wissen, bei einem Besuch Arafats werde es nicht zu einem Gipfeltreffen der Kontrahenten im Kampf um die palästinensische Nationalbewegung kommen.
Der Aufenthalt des als Anführer zahlreicher schwerer Terroranschläge und Attentate verdächtigten 49-jährigen Palästinensers in der "DDR" hängt offenbar mit dessen schwerer Krankheit zusammen. Dem Bundeskriminalamt lagen im Dezember 1985 Erkenntnisse vor, wonach Abu Nidal sich zeitweise nur mühsam bewegen könne. Aus Nahost wurde zudem gemeldet, der Kommandoführer, der mit bürgerlichem Namen Sahri al Banna heißt, leide an Leberkrebs. Über die Gründe seines gegenwärtigen Aufenthaltes in der "DDR" und die Ursache seines Leidens ist bisher weder von palästinensischer Seite noch von "DDR"-Stellen etwas bekanntgegeben worden.
Abu Nidal wird vermutlich von Ärzten des "DDR"-Regierungskrankenhauses behandelt, das von der 73-jährigen Alt-Kommunistin Professor Helga Mücke-Witbrodt geleitet wird. Dem Klinikum in Berlin-Buch stehen alle westlichen Medikamente und modernste medizinische Apparaturen zur Verfügung. Die Kosten der Behandlung werden aus einem Budget bestritten, das nach Nidals Angaben ein nicht genannter arabischer Öl-Staat der "Fatah-Bewegung-Revolutionärer Rat" zur Verfügung stellt. Aus diesem Fonds werden offenbar auch die Kosten der Betreuung verwundeter Terroristen in "DDR"-Krankenhäusern und Heimen bestritten. Der Palästinenser kann sich innerhalb der "DDR" so sicher wie in keinem anderen Ort im Nahen Osten fühlen. Der Staatssicherheitsdienst schützt ihn ab.
Bei einem geheimen Treffen mit Libyens Staatschef Khadaffi Anfang 1985 hatte Abu Nidal eine Anschlagstrategie gegen amerikanische, britische, israelische und ägyptische Personen und Einrichtungen beraten. Der "Fatah-Revolutionär" wollte auch gegen libysche Regimegegner vorgehen. Für die Kommandos von Khadaffi wurde angeblich ein Jahresetat von insgesamt rund sechs Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.
Das "DDR"-Verteidigungsministerium hatte im Herbst 1985 durch den inzwischen verstorbenen Minister Heinz Hoffmann (SED) den Palästinenser Unterstützung versprochen. Dazu gehört die Ausbildung von Dün-senflugpiloten auf "DDR"-Flughä-

Reagan sieht "Anschein von Fälschung"

Vorsichtige Reaktion auf die Vorgänge in Manila / Habib sondiert auf den Philippinen

FRITZ WIRTH, Washington
Mit betonter Vorsicht und Zurückhaltung hat Präsident Reagan während seiner jüngsten Pressekonferenz zur umstrittenen Wahl auf den Philippinen Stellung genommen. Er vermied jeden direkten Kommentar zu den Spekulationen über den Wahlausgang und stellte fest: "Wir werden mit jeder Regierung zusammenarbeiten, die dem philippinischen Volk gewährt werden ist."
Reagan spielte außerdem die Berichte über angebliche Wahlbetrugereien herunter. Er sprach davon, daß es einen "Anschein von Fälschungen" bei dieser Wahl gegeben habe, daß aber bisher keine schlüssigen Beweise dafür vorlägen und schloß nicht aus, daß diese Fälschungen von beiden Seiten in der Wahl begangen sein könnten. Reagan berief sich bei dieser Einschätzung auf Berichte seiner Wahlkommission unter Leitung von Senator Richard Lugar, die die Wahlen auf den Philippinen beobachtet hat.
Wie von Mitarbeitern im Weißen Haus berichtet wurde, hat Reagan diesen vorsichtigen Kurs auf Anraten Lugars eingeschlagen. Lugar fürchtet offensichtlich, daß jede massive Kritik an der Wahl zu einem Zeitpunkt, da das offizielle Wahlergebnis noch nicht vorliegt, die gegenwärtig brisante innenpolitische Situation auf den Philippinen weiter destabilisieren oder zur Folge haben könnte, daß Präsident Marcos die Wahlen annulliert.
Präsident Reagan kündigte ferner an, daß er den Diplomaten Peter Habib nach Manila entsenden wird, um dort die "Wünsche und Nöte der Bürger" nach dieser Wahl einzuschätzen. Habib ist ein erprobter "Troubleshooter" im State Department, der in den letzten Jahren vor allem im Nahen Osten eingesetzt wurde.
Bemerkenswert zurückhaltend äußerte sich Reagan zur Freilassung des sowjetischen Bürgerrechtlers Anatoli Schtscharanski. "Ich habe keine Möglichkeit, ihre Motive dafür zu er-

Mitbegründer der Grünen ausgetreten Herold in Berlin beschimpft

Rechtzeitig vor der Bundesversammlung am Wochenende in Hagen erhält die Bundesgeschäftsstelle der Grünen heute von einem der Partei-Gründungsmitglieder die Austrittserklärung: Der Arzt Martin Schata, der die Grünen einst mit aus der Taufe hob und zeitweise Geschäftsführer ihrer Bundestagsfraktion war, rechnet auf zwei Seiten mit seinen bisherigen Parteifreunden ab. "Eine personell sich kaum austauschende Funktionsarchitektur hat sich einem Parteiapparat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmungs- und Akklamationsmaschine verkommen ist", heißt es in seinem Austrittsschreiben unter anderem. Und: "Der Umweltschutz ist längst auch Anliegen der anderen Parteien geworden." Die Grünen seien statt dessen "vor allem für junge Menschen zu einem bedenklichen Täuschungsapparat" geworden.
Die Veranstaltung war von einer kleinen Gruppe von Demonstranten gestört worden. Sie verspritzten überreichende Säure und beschimpften Herold auf Flugblättern als "Schwein" und Verantwortlichen für "Stammheim, Todesschüsse, Hochsicherheitstrakt und Rasterfahndung".

DER KOMMENTAR

Klassen-Kämpfer

PETER PHILIPPUS

Die Arbeitslosenversicherung zahlt den Ausgesparten keine Arbeitslosenunterstützung, denn die "Pläne" der Bundesregierung zur Novellierung des Paragraphen 116 sahen vor, daß "Kurzarbeitertgelt" kalt ausgesparten Arbeitnehmern grundsätzlich und überall verweigert werden soll.
Diese Behauptungen sind falsch, aber sie finden sich nicht in irgendeinem hastig zusammengeschmierten Pamphlet, sondern in einem 72 Seiten starken Materialband für die Schulen - für den freilich die Kultusministerien nichts können; die Lehrgewerkschaft GEW hat das Stück fahrig zerschneiden lassen und an ihre Mitglieder zur Verwendung im Unterricht verschickt.
Die Falschdarstellungen sind nicht etwa dadurch zustande gekommen, daß irgendein weltfremder Pauker ein ihm unbekanntes Thema anpackte. Vielmehr hat die GEW sich den Text einfallen lassen, die von den Kollegen der IG Metall geben lassen. Die Arbeitgeberseite oder gar die Bundes-

Bundeskanzler traf Strauß in München

DW, München/Bonn
Bundeskanzler Kohl und der bayerische Ministerpräsident Strauß haben sich am Dienstag in München zu einem Meinungsaustausch getroffen. Einzelheiten der Unterredung wurden nicht bekannt. Strauß deutete jedoch gestern in seiner Passauer Rede an, daß über die Behandlung der sieben Sicherheitsgesetze gesprochen wurde, gegen die von der FDP noch teilweise Bedenken erhoben werden. Strauß sagte, der Koalitionspartner wäre gut beraten, wenn die Gesetze so verabschiedet würden, wie dies von den Parteivorsitzenden vereinbart worden sei. Unterdessen bekräftigte CSU-Landesgruppenchef Theo Waigel, daß es bei der Bundestagswahl 1987 "keine Erhöhungen" für die FDP gebe. Dies gelte auch für das Außenministerium. Solange Strauß politisch tätig sei, so Waigel, werde man ihn nicht von der Bonner Bühne abschreiben können.
Seite 3: Die Sorgen des FJS

Journalistenschule Axel Springer

DW, Berlin
Die Axel Springer Verlag AG will eine "Journalistenschule Axel Springer" gründen. Das kündigte Vorstandsvorsitzender Peter Tamm auf der ersten Hauptversammlung nach Umwandlung des Verlages in eine Publikums-Gesellschaft in Berlin an. Damit wolle man ein Markenzeichen für die Branche schaffen. "Praxisnähe als oberstes Gebot" werde das Motto der Schule sein. Die Volontärstellen würden um 15 Prozent erhöht.
Die Gründung sei ein entscheidender Beitrag, die Herausforderung der Medienkultur publizistisch zu bewältigen. Der Hauptversammlung liegt der Geschäftsbericht für das erste Halbjahr 1985 vor, als noch die alten Betriebsverhältnisse galten.
Seite 15: Die Hauptversammlung

Trend zum Positiven im innerdeutschen Reiseverkehr

"DDR" erlaubt mehr Rentnern vorübergehende Ausreise

BERND HUMMEL, Eschwege
Neue Besserung im innerdeutschen Reiseverkehr: Mehr als 3,6 Millionen Besucher aus der Bundesrepublik Deutschland führen im vergangenen Jahr in die "DDR". Dies entspricht gegenüber 1984 einer Steigerung von 3,7 Prozent, erklärte ein Sprecher des Innerdeutschen Ministeriums in Bonn.
Mit diesem Rekord 1985 sei die Gesamtzahl der Reisenden von 1979 noch übertrafen worden. Wie stark die erhöhten Umtauschsätze den Reiseverkehr beeinträchtigten, so das Ministerium, habe sich 1982 deutlich erkennen lassen. Damals sei mit 2,9 Millionen Reisenden ein Tiefstand erreicht worden. Deshalb bemühe sich die Bundesregierung nach wie vor in Gesprächen um eine Reduzierung der erhöhten Umtauschsätze.
Die Reisebilanz des vergangenen Jahres weist noch eine andere Besonderheit auf: Mit 1,6 Millionen Reisenden - dies entspricht einer Steigerung von 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr - wurde der Höchststand an Rentnerbesuchen aus der "DDR" er-

3 13
u-
önn-
n zäh-
h-Ver-
seien
taun-
-1, daß
ermitt-
au, wo
n und
ut-
st-
m-
hr
er
-
enlast
ngen,
er z
W-
nicht
(zuge-
TT
it feh-
ch. an
Spil-
zmann
rauf-
fund-
uß in
n vor-
sfrage
ge-
ollzie-
r einer
dang,
Hers-
st den
er dem
ch 14
t den
ir ihre
sie vor-
eurom
chsten
gleichst
L
für die
e sind
renten.

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Keine Fernzensur

Von Fritz Wirth

So wortkarg sich Präsident Reagan in seiner Pressekonferenz auch in Sachen Philippinen gab - die politische Strategie der künftigen amerikanischen Politik gegenüber diesen Inseln schält sich immer deutlicher heraus.

Die Reagan-Administration, die in den letzten Monaten besonders bei außenpolitischen Zuspitzungen stets der pragmatischen Lösung den Vorzug gab, geht auch in diesem Falle nicht von diesem Kurs ab.

Sollte diese Regierung weiter von Marcos geleitet werden, bedeutet die Kooperationsbereitschaft keine Billigung der Politik dieses Mannes - weder in der Sache noch in der Methode.

Man betrachtet Marcos in Washington ganz schlicht als das geringere Übel zu der Alternative, einen Bürgerkrieg gegen Marcos zu fördern, wie indirekt auch immer.

Macros war und bleibt für Washington ein Problem. Nachdem es mit Hilfe der Wahlen nicht gelöst werden konnte, setzt man in Washington auf die Zeit.

Niemand kann sagen, ob die demokratischen Gegner dieses Mannes auf den Philippinen die ungewisse Zeitspanne zu überstehen instande und ob sie sie abzuwarten gewillt sind.

Denn so viel ist trotz aller Verwirrungen und Unübersichtlichkeiten bei der Wahl klargeworden: Die Ära des Diktators geht zu Ende.

Es gibt in diesem Inselreich unwiderstehliche Strömungen und Sehnsüchte nach ungezügelter Demokratie.

Das ist es, worauf Reagan langfristig setzt. Das Warten auf die gewaltlose Selbsterledigung des Problems Marcos ist ein Drahtseilakt.

Fehlritze können in den gleichen Abgrund führen, der sich seinerzeit nach der angeblichen Erledigung des Problemfalls Schah in Iran auftrat.

Polnische Rechtswindung

Von Peter Dittmar

War es ein normales Verfahren? Oder ein groteskes? Eine solche Frage ist in Polen absurd, denn das Normale ist dort immer zugleich grotesk.

Vor Gericht verlas Walesa unaufgefordert die knappe Erklärung: "Es war nicht mein Interesse, irgendjemanden zu verletzen. Ich wollte niemandem erniedrigen."

Damit haben sich die hohen Herren als echte Polen erwiesen. Sie haben über etwas geurteilt, was nicht zur Debatte stand, indem sie sich auf einen Text bezogen, der von etwas ganz anderem redete.

Es ist selbstverständlich, daß Walesa niemandem beleidigen wollte. Sonst hätte er Schmähsprüche verwendet.

Nur dummerweise hatten sich die Warschauer Herren damit in eine Zwischmühle manövriert. Denn einerseits erzählen sie aller Welt, daß es bei ihnen ganz demokratisch zugehe.

Und wie löste das Gericht des Dilemma? Es hielt sich an jenen Rabbi aus Polen, der sich einen Kläger anhörte und sagte: "Du hast recht."

Finger frei

Von Enno v. Loewenstern

Bundesjustizminister Hans Engelhardt warnt davor, den Ladendiebstahl als "Kavaliersdelikt" zu bagatellisieren.

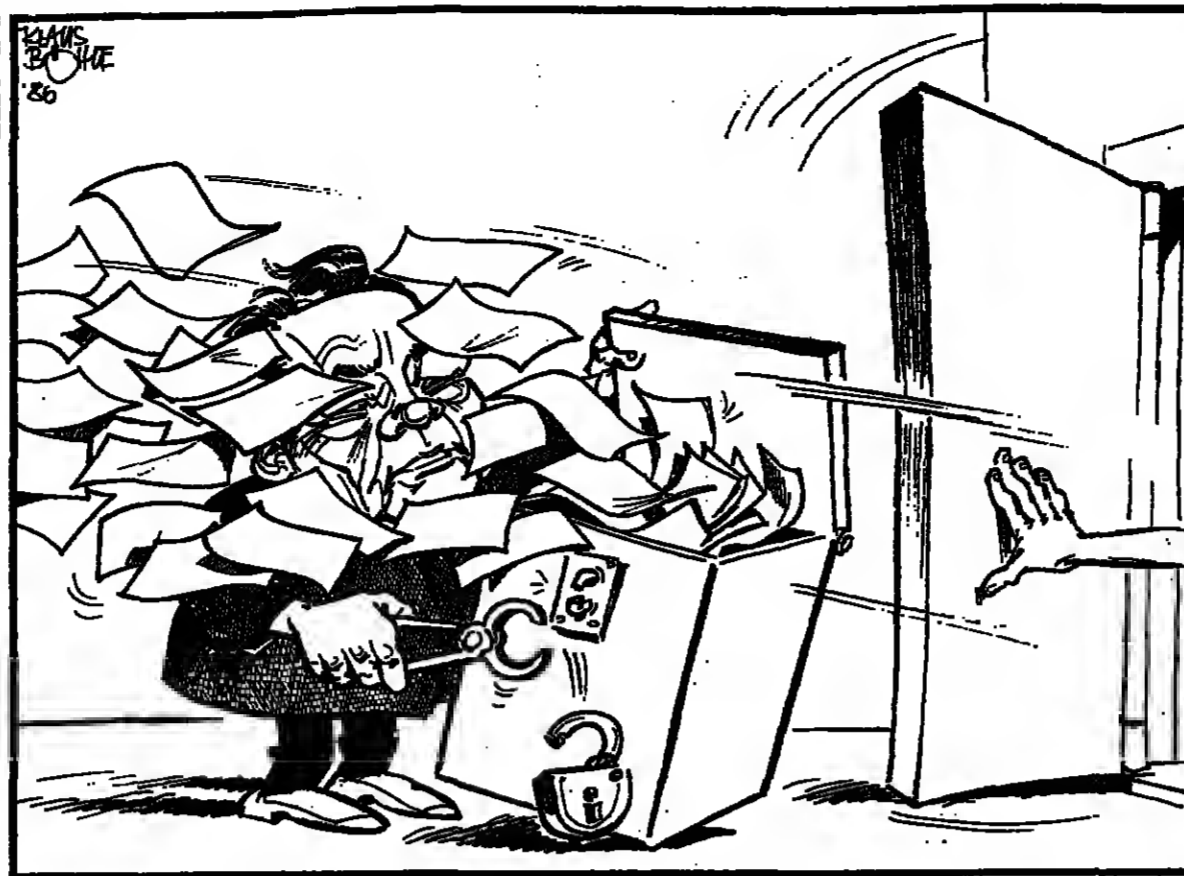
Das klingt, so richtig und dankenswert Engelhardts Aufruf auch grundsätzlich ist, insofern etwas irreführend, als die Öffentlichkeit den Ladendiebstahl weder verarmlost hat, noch daran denkt, ihn zu verharmlosen.

Im "Spiegel" vom 20. Januar erschien eine Darstellung, die möglicherweise Engelhardt zu seiner Stellungnahme inspiriert hat; sie hat jedenfalls erhebliche Unruhe in der Wirtschaft ausgelöst.

Als Ausrede wird angeboten, daß die Leute in den Supermärkten ja zur "Wegnahme" von Sachen aufgefordert würden - wenn auch gegen Bezahlung - wie versäumt angemerkt wird.

Welche? Beim Ladendiebstahl gingen 1984 in 341 800 Fällen Waren für mindestens 37 Millionen DM perdu.

Waren für mindestens 37 Millionen DM perdu. Wenn es sich erst herumspricht, daß der Diebstahl in gewissen Ländern freigegeben ist, dann werden die zeitraubenden Sachen des Generalstaatsanwalts Geißel bald die Bagatellen sein.



Frischer Wind auf den Philippinen

KLAUS BÖHLE

Das Dilemma der Tories

Von Reiner Gatermann

Die Liste jener, die angeblich eines Tages von Margaret Thatcher abgelegten Mantel des Parteiberhauptes und möglichst auch des Regierungschefs übernehmen wollen, ist überraschend lang.

Innen allen fehlt jedoch der Mut, jetzt, wo die konservative Partei tief in der Krise steckt, Frau Thatcher, die sie vor genau elf Jahren an ihre Parteispitze gewählt haben, offen herauszufordern.

Auf der Negativseite sind zu veruchen die rund 3,5 Millionen Arbeitslosen, eine verhältnismäßig hohe Inflationsrate, die mangelnde Bereitschaft zu einem sinnvollen Engagement in einer privat-staatlichen "Mischwirtschaft" sowie die durch die bisher undifferenzierte Ausgabenbescheidung entstandenen sozialen Härten in verschiedenen Bevölkerungsgruppen.

In den Thatcher-Jahren hat sich die Produktivität der - verbliebenen - Industrie erheblich verbessert. Daß sie dabei stark schrumpfte und auch heute noch wöchentlich etwa fünftausend Arbeitsplätze verliert, ist nur zum geringeren Teil der Regierung anzulasten.

Die Regierung beschneidet überdies die ausschweifende Ausgabenpolitik der Gemeinden, wobei sich vor allem die sozialistisch regierten hervortaten. So ist es in London zum Beispiel finanziell schon von großer Bedeutung, in welchem Borough man sich nieder-

läßt. In den von Labour beherrschten liegt die Gemeindesteuer, die auf Grundstücke und Gebäude erhoben wird, nicht selten 100 bis 200 Prozent über den Sätzen der Tory-Boroughs, ohne daß ein größerer Unterschied in den Leistungen festzustellen ist.

Ferner wurde die Privatisierung des öffentlichen staatlichen Industriesektors eingeleitet. Vor allem aber: Frau Thatcher zögerte nicht, so riskant es auch war, in den Krieg gegen Argentinien um die Falkland-Inseln einzutreten. Mit dem gleichen politischen Risiko handelte sie vor ein paar Monaten das anglo-irische Abkommen aus, mit dem zumindest der energische Versuch unternommen wird, die Situation in Nordirland zu normalisieren.

Bis zur nächsten Wahl vergehen voraussichtlich noch zwanzig Monate. Bis dahin sollte Frau Thatcher Haus wieder in Ordnung zu bringen. Entschlossen dazu ist sie; sie hält an ihrem Ziel, eine dritte Wahl ohne Unterbrechung zu gewinnen.

Das ist es überzogen, von "Rebellion" zu sprechen, wenn im Unterhaus rund dreißig Tories gegen die Regierung stimmen. Denn die Konservativen verfügen - ganz ohne Zweifel dank Frau Thatcher - in der Kammer über eine Mehrheit von 140 Abgeordneten. Deswegen können sie großzügig mit dem Fraktionszwang verfahren.

Nach wird der Konkurrent überstrahlt: Heselthine



Nach wird der Konkurrent überstrahlt: Heselthine

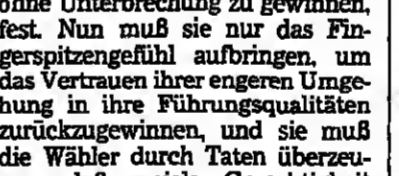
zustellen, daß die entschlossene und häufig radikale Politik der Margaret Thatcher unbedingt notwendig war und immer noch ist, um Großbritannien wieder auf eine gestündere Volkswirtschaftsbasis zu stellen.

Das ist es in der großpolitischen Linie auf dem richtigen Weg ist, beschneigt ihr inzwischen auch die Opposition, indem sie in Vorbereitung ihrer Wahlplattform immer seltener verspricht, Regierungsentscheidungen, etwa zur Arbeitsmarktpolitik oder zur Privatisierung, rückgängig zu machen, wie dies noch vor ein paar Monaten üblich war.

Das ist es überzogen, von "Rebellion" zu sprechen, wenn im Unterhaus rund dreißig Tories gegen die Regierung stimmen. Denn die Konservativen verfügen - ganz ohne Zweifel dank Frau Thatcher - in der Kammer über eine Mehrheit von 140 Abgeordneten. Deswegen können sie großzügig mit dem Fraktionszwang verfahren.

Bis zur nächsten Wahl vergehen voraussichtlich noch zwanzig Monate. Bis dahin sollte Frau Thatcher Haus wieder in Ordnung zu bringen. Entschlossen dazu ist sie; sie hält an ihrem Ziel, eine dritte Wahl ohne Unterbrechung zu gewinnen.

Nach wird der Konkurrent überstrahlt: Heselthine



Nach wird der Konkurrent überstrahlt: Heselthine

IM GESPRÄCH Martin Schata

Am Ende des grünen Weges

Von Peter Philipps

Für die traditionsreiche SPD ist dies nicht neu: Jungen Leuten mit dem Drang nach möglichst radikalen gesellschaftlichen Veränderungen geht es mit der alten Arbeiterpartei nicht schnell genug - sie spalten sich ab.

Auch Martin Schata, inzwischen Arzt an einer Klinik, war einst Sozialdemokrat und wurde dann zum Gründungsmitglied der Grünen. Nun hat er das Ende des grünen Weges erreicht und seinen Austritt erklärt - nicht ohne noch gründlich mit den Weggefährten abzurechnen.

Der Vierunddreißigjährige war Mitglied im ersten Landesvorstand in Nordrhein-Westfalen und im Bundeshauptauschuss, er war mehrfach Parteipräsident und Fraktionsgeschäftsführer im Bundestag. Er sah die von ihm mitbegründete Partei als "Hoffnungsträger" sowohl zur Überwindung der drohenden ökologischen Menschheitskatastrophe als auch zur Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Freiheit.

Was ist aus den Träumen geworden? "Eine austauschbare Funktionärschicht" hat sich, nach seinen Worten, "einen Parteilappat geschaffen, der unter dem Deckmantel der Basisdemokratie zur Abstimmung- und Akklamationsmaschine verkommen ist".

Natürlich wird spätestens am Wochenende in Hagen die verbale Abrechnung mit dem Aussteiger erfolgen. Doch einer, der so genau die



Für Afghanistan hatten die Grünen nichts übrig: Schata

FOTO: FRANK DÄRCHINGER

Innenverhältnisse grüner Machtstrukturen kennt wie Schata, ist mit seiner Kritik nicht so leicht in die Ecke zu stellen. Kommt doch, wenn er im Gespräch alles noch einmal Revue passieren läßt, noch einiges zu den brieflichen Gedanken hinzu:

Schata ist Mitbegründer und Mitvorstand noch einer weiteren Gruppe, der seit 1983 existierenden "Afghanistan-Nothilfe" deutscher Ärzte. Und er rechnet vor, daß er bisher von allen etablierten Parteien Unterstützung - auch finanzielle - für diesen Verein erhalten hat. Die Grünen allerdings, so der Arzt, zahlen zwar jährlich hundertaufende von Mark an die Sandinisten in Nicaragua und die Revolutionäre in El Salvador, alles aus der durch die "Wahlkampf-erstattung" der Europa-Wahl prall gefüllten Kasse, aber keinen Pfennig für Hilfe in Afghanistan: Es gebe halt zu viele "Moskau-Orientierte" auch in der Bundesstaatsfraktion, zuckt ein Desillusionierter am Ende seines grünen Weges die Schultern.

Man muß kein Prophet sein, um vorauszuahnen, daß Schata nicht der letzte sein wird, der Konsequenzen zieht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Der Häftlings-Austausch auf der Glienicker Brücke stand im Mittelpunkt der Kommentare:

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Warum haben Washington und Moskau das Spektakel so bewußt inszeniert? Es steckt die Absicht dahinter, ein massives Publicitäts-Interesse beider Seiten. Allerdings waren diese Interessen gewiß sehr gegensätzlicher Natur.

Badische Zeitung

Bisher gehörte Diskretion zur Geschäftsgrundlage jenes seit über zwei Jahrzehnten funktionierenden Agentenaustauschs zwischen Ost und West, bei dem sich ganz unterschiedliche Interessen mischen: Menschlichkeit und Devisenbedarf, Loyalität gegenüber den eigenen Leuten in anderen Lager und das eiskalte Kalkül von Menschenhändlern.

MORGEN

Daß der nach dem Friedensnobelpreisträger Sacharow bekannteste sowjetische Oppositionelle nach neun-

jähriger Haft in den Westen entlassen wurde, zeigt erneut, wie wichtig die Anteilnahme der westlichen Öffentlichkeit am Schicksal der aufrechten Kämpfer für die Einhaltung vertraglich zugesicherter und für unsere Begriffe selbstverständlicher Menschenrechte ist. Gleichzeitig wird deutlich, wie leicht es der Sowjetunion fällt, in ihren Gefängnissen und Lagern "Tauschobjekte" für enttarnte Spione zu finden.

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Beim Geschäft auf der Glienicker Brücke sollten die Sowjets noch einen besonderen Effekt erzielen: Indem sie den jüdischen Regimekritiker Anatolij Schtscharanski in das weiterhin leicht anrichtige Agenten-Tauschpaket einschmürten, versuchten sie ihm noch einmal den Stempel eines Verräters aufzudrücken. Doch wenn um diesen Preis auch der nach Gorki in die Verbannung geschickte Nobelpreisträger Sacharow in die Freiheit geschleust werden könnte, dann müßte er gezahlt werden. Die ganze Welt läßt sich von Moskau obnehn nicht hinter Licht führen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Schtscharanski ist zwar frei, doch die sowjetische Gefängniswelt besteht weiter. Und wenn sich die Türen für ein paar Sekunden geöffnet haben, so schlossen sie sich ebenso schnell wieder.

Die Zusammenarbeit der drei Terror-Staaten

Protektion für Abu Nidal, Asala und Dschihad / Von Jürgen Liminski

Auch Terroristen aus Nahost operieren nach bekanntem Schema in Gruppen, wechseln häufig Pässe, Namen, Orte und Bärte. Neuerdings betätigen sie sich mit Vorliebe im gemäßigten Europa. Schauplatz der jüngsten Attentatsserie war das Asylanterparadies Paris.

Feststellungen in Italien, Frankreich, der Bundesrepublik, Israel und anderen terrorgeprüften Ländern führen sich zu einem interessanten Puzzle. Im Vordergrund stehen drei bekannte Organisationen: Abu Nidal, Asala und der Islamische Dschihad. Ihre Besonderheit: Alle drei operieren gemeinsam, und hinter ihnen steht ein Staatentrio, das sich um Überinkünfte im Leben der Völker wie Recht, Konventionen und Suche nach Frieden herzlich wenig kümmert.

Der libysche Zweig der Terror-Hydra Abu Nidal hat natürlich sein Hauptquartier in Tripolis. Abu Nidal stellt nun die Infrastruktur, die vorzüglich sein soll und die unverdächtig aussehenden Armenier

sorgen für Transport der Waffen und des Sprengstoffs. Über den geheimnisvollen Abu Nidal weiß man inzwischen noch mehr. Er kennt Khadhafi schon aus den frühen siebziger Jahren, als seine Gruppe noch "Schwarzer Juni" hieß und in Rom eine vollbesetzte PanAm Maschine sprengte und eine von der Luftkassas im Flug nach Kuwait kaperte. 1978 richtete er sich häuslich in Tripolis ein, um Khadhafis Revolutionären die Erfahrungen des terroristischen Krieges zu vermitteln. Dann zog er nach Bagdad, kam aber Anfang der achtziger Jahre wieder nach Tripolis. Gleichzeitig eröffnete er ein seither oft in Anspruch genommenes Büro in Damaskus.

In November schließlich wurde er mit Khadhafi auch handelsmäßig für eine Killer-Gage von rund dreißig Millionen Mark per annum hildet er seither Kommandos in Libyen und in der von Syrien kontrollierten libanesischen Bekaa-Ebene aus. Dort trainieren auch die Extremisten von Asala und des islamischen Dschihad.

Die mittlerweile gelernten Techniken und Methoden werden nun in Europa angewandt. Sie zeichnen sich durch besondere Brutalität gegenüber Zivilisten aus. Allein im vergangenen Jahrzehnt hat die Starker bei den Sicherheitsbehörden neunzehn Attentate mit rund neunzig Toten und dreihundert Verwundeten aus insgesamt einundzwanzig Ländern.

Abu Nidal ist schwer krank. Seine Organisationen aber sind auch ohne ihn sehr lebendig. Sie stehen unter der besonderen Obhut von Tripolis und Damaskus. Der libysche Zweig war an den Attentaten in Rom und Wien beteiligt. Der Modus operandi war typisch für diese Gruppe. Zwei Pässe der Terroristen von Wien waren tunesischer Herkunft. Die tunesischen Behörden bestätigten, daß es sich um Pässe handelte, die tunesischen Arbeitern von libyschen Behörden bei der Ausweisung abgenommen worden waren.

In Paris ist die Ratlosigkeit groß. Hatte man sich nicht jahrelang schon um gute Beziehungen zu Sy-

rien und Libyen bemüht? Hatte man nicht den Khadhafi keineswegs unfreundlich gesonnenen früheren Nahost-Korrespondenten von "Le Monde", Eric Rouleau, zum Botschafter in Tripolis gemacht? Sollte die Reise Mitternachts nach Damaskus umsonst gewesen sein? Die Bundesrepublik Deutschland wiederum wird offensichtlich als Transitland benutzt. Deutsche Auto-Kennzeichen und deutsche Papiere und vielerlei Erkenntnisse lassen mutmaßen, daß sich die iranischen Terroristen hier zu bewegen wissen.

Iran läßt sich die Ausbildung seiner Euro-Terroristen etwas kosten. Teheran gibt nach Zeitungsberichten rund hundert Millionen Dollar pro Jahr dafür aus. Die Zusammenarbeit mit Abu Nidal ist darüber hinaus kostensparend. Und politisch fürchtet man die Europäer sowieso nicht. Die jüngste Anti-Terror-Erklärung der EG war für die Revolutionäre in Teheran und Tripolis und für den arabischen Einiger in Damaskus eher eine Bestätigung, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Einige Einiger in Damaskus eher eine Bestätigung, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

Handwritten signature or mark.



# Asyl-Frage schlägt in Stuttgart hohe Wellen

„Überschwappen“ des Unmuts in der Bevölkerung befürchtet

**HANS KRUMP, Stuttgart**  
Agrarpolitik sollte das Thema eines Vortrages des Stuttgarter Staatssekretärs Matthias Kleinert in Offenbach sein. Doch in der Diskussion wollten die Zuhörer weniger über Milchpreise oder Butterberge wissen, als über die sprunghaft angestiegenen Asylantenzahlen und die Möglichkeiten eines Stopps dieser Entwicklung. Regierungssprecher Kleinert: „Was ich da von den Leuten zu hören bekam, möchte ich hier nicht zitieren.“

Das Erlebnis von Späths Staatssekretär ist wohl nicht untypisch für die derzeitige Stimmung in der Bevölkerung zwischen Neckar und Bodensee. Seit Stuttgart im Sommer 1985 verfügte, Asylbewerber wegen der überfüllten Sammlerlager teilweise in den Kommunen unterzubringen, ist das Klima im Land gereizter geworden. Bei der Landesregierung häufen sich die Briefe besorgter Bürger, die betroffenen Kommunen (mehr als 10 000 Einwohner) haben erhebliche Probleme, die Asylanten im Verhältnis 2,3 pro tausend Einwohner unterzubringen. Etwas die Hälfte der insgesamt 10 900 Asylanten (1984: 5400 Asylbewerber, 1983: 2700), die Baden-Württemberg 1985 aufnehmen mußte, wurde an die Gemeinden weitergeschickt. Angesichts der weiter steigenden Anträge (allein im Januar 1988 im Land) soll die Zuteilungsquote ab 1. April auf 2,9 angehoben und auch Gemeinden unter 10 000 Einwohnern zur Unterbringung von Asylanten verpflichtet werden.

## Asylanten unzufrieden

„Noch ist die Stimmung nicht überschwapp“, sagt Staatssekretär Kleinert, „doch sollte die Strapazierfähigkeit nicht überdehnt werden.“ Auf Unverständnis bei den Badenern und Schwaben stießen Zeitungsmeldungen wie diese:

● In Waldbronn/Landkreis Karlsruhe blockierten vier irakische Asylanten eine Straße, weil sie mit der Untertunft nicht einverstanden waren.

Einem Polizisten wurde in die Hand gehissen.  
● In Rheinfelden/Kreis Lörrach besetzen 15 Asylanten, darunter acht Kinder, eine Kirche, um für bessere Unterbringung zu demonstrieren. Sie ließen sich auf keinerlei Gespräche ein und mußten von der Polizei aus der Kirche gedrängt werden.  
In Stuttgart hofft man, durch „konsequente Maßnahmen“ ein „Überschwappen“ der Stimmung zu verhindern. Nach Angaben von Ministerpräsident Späth haben sich die Ansichten inzwischen im Bundesrat und in der Bonner Koalition gewandelt.

## Problem Folgeanträge

Er geht davon aus, daß den maßgeblich auch von Stuttgart eingebrachten Bundesratsinitiativen (u. a. Arbeitsverbot während des Verfahrens; ständige Überprüfung der Asylvoraussetzungen auch nach Gewährung; Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften; Sozialhilfe als Sachleistung) nichts mehr im Wege stehe. Sorge machen der Landesregierung die sogenannten „Folgeanträge“, mit denen abgewiesene Asylbewerber beim Bundesamt in Zimmern neue Anträge – oft ohne weitere Fakten – stellen, um der Ausweisung zu entgehen. Innenminister Dietmar Schlee hat jetzt die Ausländerbehörden angewiesen, direkt über Folgeanträge zu entscheiden und das Verfahren so zu beschleunigen. Sollten derartige Maßnahmen nicht greifen, steht für Stuttgart auch der Artikel 16 des Grundgesetzes (politisch Verfolgten Asylrecht) „ernsthaft auf dem Prüfstand“, so Kleinert.

Für die Anhörung vor dem Bundestags-Innenausschuß zur Bundesratsinitiative am 24. Februar hat Baden-Württemberg einige gute Argumente parat: Stuttgart praktiziert die verlangte Gemeinschaftsunterbringung, das Sachleistungsprinzip und das Arbeitsverbot konsequent selbst seit Jahren. Folger: Nur ein Drittel aller Asylanten, die Stuttgart entsprechend seiner Quote von 15,2 Prozent aufnehmen muß, hat den Asylantrag im Land selbst gestellt.

# Gerät jetzt auch Bausenator Franke in den Sog der Korruptionsaffäre?

Räume des größten Berliner Bauingenieur-Büros durchsucht / Heute Parlamentsdebatte

**HANS-R. KARUTZ, Berlin**  
In der Stadt wächst unter dem Eindruck einer neuen großen Durchsuchungsaktion der Staatsanwaltschaft beim größten Bauingenieurbüro an der Spree der Verdacht, daß der CDU-Bauskandal bisher nur die „Spitze des Eisbergs“ freigelegt hat. Das Abgeordnetenhaus beschäftigt sich heute in seiner Sitzung auf Wunsch der SPD erneut mit dieser größten Korruptions- und Bestechungsaffäre der Berliner Nachkriegszeit.  
30 Kriminalbeamte beschlagnahmten am Dienstag in den Dienst- und Privaträumen des 66-jährigen Heinz Ruths kostenwieses Material. Ruths steht im Verdacht, an einer Bestechung des früheren Baustadtrats Wolfgang Antes beteiligt gewesen zu sein. Der Ex-Kreischef von Charlottenburg trat inzwischen aus der Union aus. Er schrieb: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich zur Zeit für die CDU eine Belastung bin.“  
Dem neuen Schlag der 22 hochspezialisierten Beamten der Sonderkommission, die die Affäre aufrollt, kommt auch politische Bedeutung zu: Denn Ruths, der sich zur Kur befindet, ist ein guter Bekannter von

Bausenator Klaus Franke (CDU). Er kaufte 1982 von Ruths eine Eigentumswohnung nahe dem Züricsee. Franke – jahrelang Vorsitzender des parlamentarischen Bauausschusses, Direktor einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft und Parlaments-Vizepräsident – verkaufte diese Immobilie nach kurzer Zeit, weil sich Probleme mit der „Ausländerbewilligung“ ergaben.  
Wegen dieses Kaufs sah sich der Bausenator schon 1985 Vorwürfen des SPD-Bausprechers Wolfgang Nagel ausgesetzt. Der SPD-Abgeordnete (er geht auch in den geplanten Untersuchungsausschuß) behauptete Zusammenhänge zwischen dem Wohnkauf und der Vergabe der gesamten Projektsteuerung für die im Bau befindliche „Kleine Philharmonie“. Der Bau soll zur 750-Jahr-Feier Berlins 1987 fertig sein. Der Senator selbst war bisher vom Sog der CDU-Bausaffäre verschont geblieben, wengleich gegen zwei seiner Spezialbeamten ermittelt wird und einer von ihnen vom Dienst suspendiert ist. Der jüngste Stand im Skandal und seiner politischen Aufarbeitung stellt sich so dar:

● Die FDP-Fraktion billigte jetzt einen Textentwurf für den Auftrag, den parlamentarische Untersuchungsausschuß vom 27. Februar an erledigen soll. Die SPD legte überseits ein Papier vor, in dem allein 18 große Bauobjekte aufgeführt werden, die überprüft werden sollen.  
● Vor der Staatsanwaltschaft räumte der suspendierte CDU-Baustadtrat Jörg Herrmann ein, von dem bestechungsvolligen Bauträger Kurt Franke 15 000 Mark genommen und für „kulturelle Zwecke“ ausgegeben zu haben.  
● Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig arbeitet im Auftrag des CDU-Landesvorstands an einem Strategiepapier für seine Partei, die einen politisch gelähmten Eindruck macht.  
● Inzwischen beschloß der CDU-Landesvorstand, den für den 31. Mai einberufenen Nominierungs-Parlamentstag für die elf Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten zu verschieben. Auf diese Weise soll offenbar für hohe CDU-Politiker, möglicherweise aus dem Senat, ein Platz im Bonner Aufgebot freigehalten werden, falls sich schon bis dahin erste Konsequenzen aus der Affäre abzeichnen.

## Sicherheitsgesetze weiter umstritten

**rr, Bonn**  
In einer Bundestags-Anhörung über die Gesetze zur Einführung fälschungssicherer und maschinenlesbarer Personalausweise haben sich die Datenschutzbeauftragten des Bundes und Hamburgs gegen die Datenspeicherung bei Schlepptafelverfahren ausgesprochen.  
Klaus Henning Schapper (Hamburg) sagte, daß die Gesetze die Verarbeitung von Massendaten gestatten und davon in großem Umfang auch unbeteiligte Bürger betroffen seien. Der hessische Datenschutzbeauftragte Spiros Simitis bezweifelte, ob die geplanten Regelungen dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit entsprächen.

## „DDR“ setzt auf die Kernenergie

**AP, Berlin**  
Die „DDR“ will den Einsatz von Kernenergie wesentlich beschleunigen. Dies sei die wesentliche Aufgabe der „DDR“-Kernforschung, erklärte der Direktor des „DDR“-Zentralinstituts für Kernforschung in Rostock, Günther Flach. Besonders das Eindringen der Mikroelektronik in den Prozeß des „Beherrschens kernenergetischer Prozesse“ müsse vorangesehen werden.  
Ein wichtiges Forschungsvorhaben besahe sich mit der prozeßdiagnostischen Überwachung in Kernkraftwerken. Das Kernkraftwerk Nord in Lübbin bei Greifswald werde noch vor April über eine solche Anlage verfügen.

## DGB fordert Finanz-Spielraum

**dpa, Düsseldorf**  
Für eine Verbesserung des Finanzspielraumes der Kommunen gegenüber Bund und Ländern hat sich der nordrhein-westfälische Landesverband des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) ausgesprochen. Nach Ansicht seines Vorsitzenden Dieter Mahlberg könne eine aktive Beschäftigungspolitik nur von finanzstarken Gemeinden geleistet werden. Dazu bedürfe es einiger Korrekturen bei den Finanzzuweisungen an die Städte und Gemeinden.  
Der Gewerkschafter forderte auch Rücksichtnahme auf die strukturell unterschiedlichen Probleme der Gemeinden. Dies gelte besonders für das Ruhrgebiet.

# Borken: Tauziehen um ein geplantes Kraftwerk

Preußenelektra erwägt Standortverlegung nach Niedersachsen

**MICHAEL JACH, Hannover**  
Wie mit einer Kiste roher Eier balancieren Regierungspolitiker und andere Interessenten in der niedersächsischen Landeshauptstadt seit Monaten mit einem Gegenstand, der sich möglicherweise als spektakulärer Fall von „Industriewanderung“ aus dem rot-grünen Hessen ins nördliche Nachbarland entpuppen könnte: Das Vorhaben des in Hannover ansässigen Stromversorgungs-Unternehmens Preußenelektra, im nordhessischen Borken südlich Kassel an Stelle ihres derzeit dort noch betriebenen Braunkohlekraftwerks einen Kernreaktor zu bauen.

## Gefahr für Börner

Der Braunkohlen-Tagebau in Borken wird bis 1993 erschöpft, das daraus befeuerte Kraftwerk dann stillzulegen sein. Frühere hessische Pläne, zusätzlichen Brennstoff durch Abtragung des benachbarten Höhen Meißners zu erschließen, verschwanden dank umweltpolitischer Vernunft längst im Reißwolf. Zur wirtschaftlichen Sicherung der Strom-Grundlast für ihr Versorgungsgebiet Nordhessen setzt die Preußenelektra seither auf Kernkraft. Die Bauarbeiten liegen der hessischen Landesregierung vor.  
Bei einer rot-grünen Regierung in Wiesbaden gibt jedoch niemand dem Projekt eine ernsthafte Chance. Ernst Welteke, Vorsitzender der hessischen SPD-Landtagsfraktion, hat es eben erst in einem Zeitungsinterview bekräftigt: An einem Ja zu dem Kernkraftwerk müßte die Wiesbadener Koalition zerbrechen. Zudem stehe die „Beschlußlage der SPD auf Bundesebene“ dagegen. Welteke schlägt als Brennstoff für ein neues Kraftwerk Steinkohle vor, was die Preußenelektra jedoch aus ökonomischen Gründen ablehnt.  
Angesichts solcher Eindeutigkeiten werden in Hannover die Hinweise gezielt lanciert, die Preußenelektra werde einen Ausweichstandort in Niedersachsen suchen. Die Unternehmensspitze läßt aber steif und fest behaupten, sie spreche mit niemandem über Borken außer mit den zuständigen in Hessen. Im Dunstkreis des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ist offiziell Redeverbot verhängt, doch unter den Schreibtischen werden die Hände gerieben.  
Ein Loch in den Nebel riß vergangene Woche der hessische CDU-Vorsitzende Walter Wallmann. In abendlicher Runde teilte er Journalisten in Hannover mit, Gespräche mit Aufsichtsräten der Preußenelektra ließen erwarten, daß diese nach einer Wiederwahl von Ministerpräsident Ernst Albrecht offen in Hannover vorstellig werde. Ähnliches ließ Welteke in einem zeitlich gegebenen Interview verlauten. Die „Frankfurter Rundschau“ indes zitierte einen Preußenelektra-Sprecher mit der Äußerung, Wallmann habe „Unsinn“ geredet. Auf Nachfrage der WELT sagte der Unternehmenssprecher, er sei mißverstanden worden.

## Prestige-Objekt

Das Knäuel der diskreten Indiskretionen entwirrt sich angesichts der unterschiedlichen Interessendetails in Niedersachsen und Hessen. Niedersachsens Landesregierung würde nur allzu gern den Prestigeerfolg einfahren, den Hessen das Kraftwerkprojekt abzugeben. Dies jedoch erst nach der Landtagswahl, um den Wahlkampf nicht mit einem unalkalischen Reizthema anzureichern. Die Preußenelektra ihrerseits verneint offensichtlich alles, was den Druck auf Hessens Landesregierung zur Unzeit mindern könnte.  
Walter Wallmann und die Hessen-CDU schließlich befinden sich in einem Zwiespalt: Einerseits kommt ihnen mit Blick auf die hessische Landtagswahl 1987 die bedrohliche Aussicht gelegen, daß aus Borken einige hundert Arbeitsplätze abwandern könnten. Andererseits würde ein CDU-Wahl Sieg in Hannover die Hinweise gezielt lanciert, die Preußenelektra werde einen Ausweichstandort in Niedersachsen suchen. Die Unternehmensspitze läßt aber steif und fest behaupten, sie spreche mit niemandem über Borken außer mit den zuständigen in Hessen. Im Dunstkreis des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums ist offiziell Redeverbot verhängt, doch unter den Schreibtischen werden die Hände gerieben.

# Nord-CDU fordert fairen Wettbewerb für Seehäfen

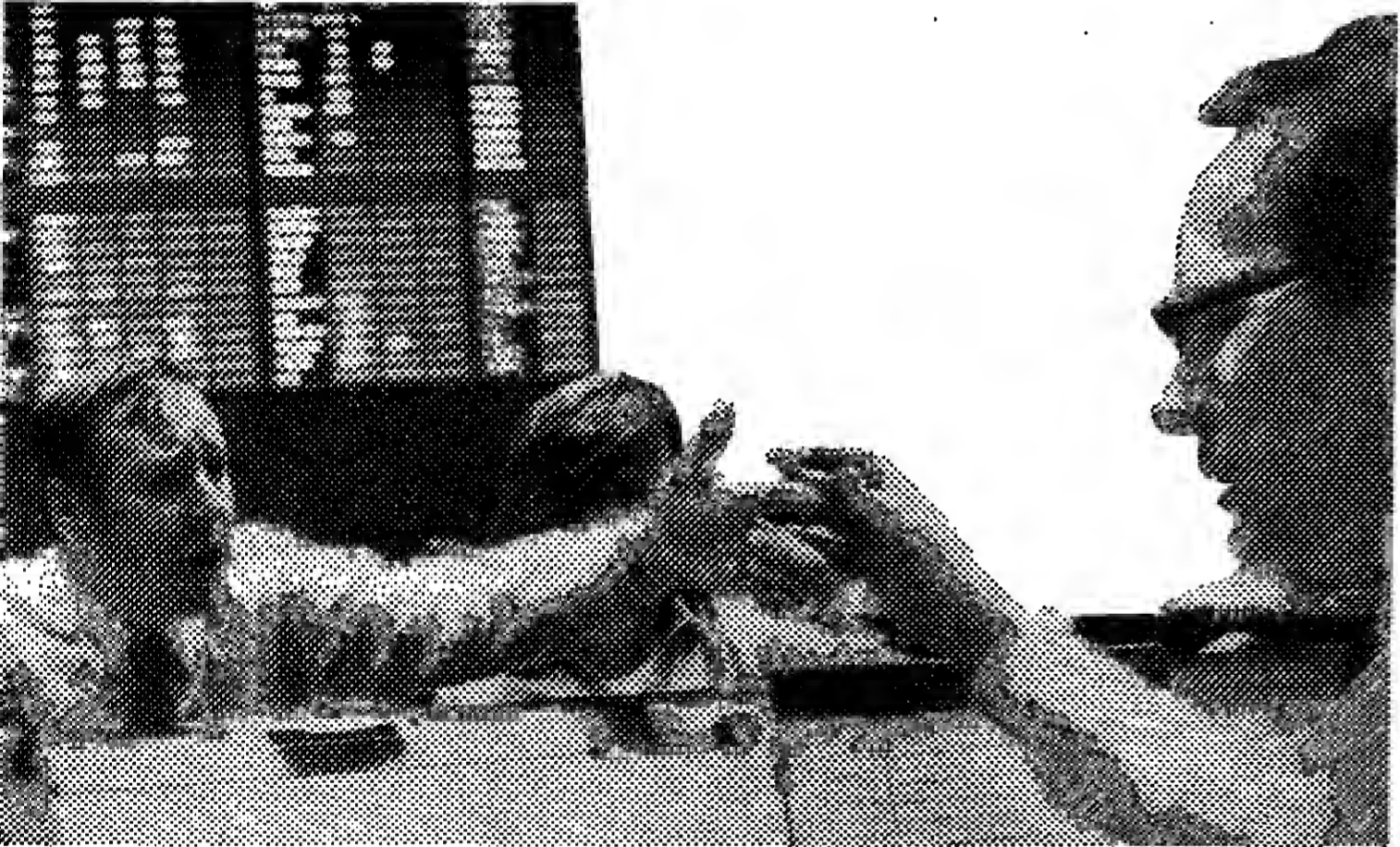
FDP will wieder über „Freihandelszonen“ diskutieren

**hs, Hamburg**  
Die meisten deutschen Werften haben nur noch bis zum Sommer feste Aufträge. Angesichts dieser angespannten Lage forderten die Vorsitzenden der CDU-Frakturen der vier Küstländer und Berlins ein gemeinsames Vorgehen ihrer Landesregierungen gegenüber dem Bund. „Wir wollen keine Subventionen“, sagte der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen CDU-Fraktion, Klaus Kribben, bei einer gemeinsamen Sitzung der Fraktionschefs gestern in Hamburg. Von dem letzte Woche von den Wirtschaftsministern in Auftrag gegebenen Gutachten zur Situation im Schiffbau erwarten die Fraktionschefs endlich ein schlüssiges Rezept, wie den Werften geholfen werden kann.  
Der Hamburger Oppositionsführer, Hartmut Perschau forderte namens seiner Kollegen, daß die Wettbewerbsverzerrungen im Güterverkehr zu Lasten der deutschen Seehäfen endgültig beseitigt werden müßten. Die Bundesregierung habe zwar einen Teil der Versäumnisse aus der Zeit der SPD/FDP-Koalition aufgehört, dennoch hätten die deutschen Häfen immer noch das Nachsehen, weil der Transport über ausländische Häfen in der EG billiger sei als über deutsche Häfen. Diese „ordnungspolitisch bedingten Wettbewerbsverzerrungen“ soll Bonn umgehend abbauen.  
Der angestrebte Medien-Staatsvertrag – so Werner Remmers (Hannover) – ist so unrealistisch, daß sich die CDU-Fraktionschefs damit gar nicht mehr beschäftigen. Remmers betonte, daß die CDU in Norddeutschland an einem Erhalt von ARD und ZDF interessiert sei. Doch die öffentlich-rechtlichen Aktivitäten wie „3 SAT“ und „Eins plus“ bedeuteten eine Gefährdung, Remmers betonte: „Wir wollen auf jeden Fall den privaten Anbietern eine Chance schaffen.“

**mj, Hannover**  
Norddeutschlands Freie Demokraten wollen aus dem mißlichen Umstand, derzeit weder in Hannover oder Kiel noch in Bremen und Hamburg mitzuregieren, eine Tugend machen. Nach einer Konferenz an der auch die FDP-Vertreter aus Berlin teilnahmen, präsentierten sich die FDP-Länderspitzeln in Hannover als Mahner wider den „Länder-Egoismus“, als Motor einer gemeinsamen Interessen betonenden Wirtschafts-, Umwelt- und Medienpolitik.  
So habe die Bremer Konferenz der norddeutschen Wirtschaftsminister in der Vorwoche angesichts der Wertekrise nichts weiter vermocht, als „neue Gutachten anzufordern“, rügte der hannoversche FDP-Fraktionschef Walter Hirsche. Anstelle von Subventions-Alleingängen nach dem Vorbild Schleswig-Holsteins bedürfe es eines „abgestimmten“ Kapazitätsabbaus: Subventionen seien „gleichmäßig“ und getreu dem EG-Recht für Exportaufträge sowie Produktionsumstellungen auszuteilen.  
Als Medizin gegen zwangsläufige Arbeitsplatz-Verluste an der Küste wie zur Wirtschaftsförderung im Norden überhaupt brachte der Kieler FDP-Landesvorsitzende Dieter Zumpfort erneut „Freihandels-“ und „Industrie-Sonderzonen“ ins Spiel.  
Scharf ins Gericht gingen die Parteiberalen mit der Medienpolitik von „CSU und Teilen der CDU“. Diese konzentrierten sich mittlerweile eigensüchtig auf eine öffentlich-rechtliche „Südschiene“ unter Unions-Einfluß. Damit forderten sie die Länder der „Nordschiene“ heraus, gefährdeten die ARD und drängten die Privaten ins Abseits.

# Zweifel an Autorität der Rechnungsprüfer

**dos, Hannover**  
Der Landesrechnungshof in Niedersachsen muß nach Ansicht des Bundes der Steuerzahler seine Position gegenüber der Landesregierung deutlich verstärken. Voraussetzung dafür, so der Vorstandsvorsitzende des Steuerzahlerbundes Niedersachsen Axel Gretzinger, sei eine Änderung der Berufungspraxis der Rechnungshof-Spitze. Bisher wurden in Niedersachsen der Präsident und der Vizepräsident des Rechnungshofs, anders als im Bund und in einigen Ländern, von der Landesregierung ernannt.  
Um die Unabhängigkeit und Autorität der Prüfer zu festigen, soll die Besetzung der beiden Ämter künftig durch Wahlen im Parlament erfolgen. Einen entsprechenden Gesetzesvorschlag hat der Steuerzahlerbund dieser Tage den in Niedersachsenischen Landtag vertretenen Fraktionen zugeleitet.  
Gretzinger begründet seine Initiative mit der Mißachtung von Beanstandungen des Landesrechnungshofs durch die Regierung. Eine Sammlung von Fallbeispielen aus der laufenden Legislaturperiode beweise, daß vom Rechnungshof vorgetragene Kritik, Empfehlungen und Vorschläge nur zögerlich und lückenhaft beantwortet würden. Stellungnahmen der Landesregierung ließen oft jahrelang auf sich warten. Die Prüfung von disziplinarrechtlichen Verantwortlichkeiten und des Schadensersatzes unterliebe zumeist, meint der Steuerzahlerbund und mache seine Vorwürfe an einigen Beispielen fest.  
Da gab es jenen Fall aus dem Jahre 1981, als der Rechnungshof die Anschaffung einer Datenstation durch das Ministerium für Wissenschaft und Kunst im Wert von 47 870 Mark bemängelte, weil Tischrechner den gleichen Zweck erfüllten hätten. Zudem standen die Geräte zwei Jahre lang ungenutzt im Keller des Ministeriums.  
Die Antwort der Landesregierung folgte im Herbst 1983. Die Anschaffung der Bildschirmcomputer sei „notwendig, zweckmäßig und wirtschaftlich“ gewesen. Durch den frühen Kaufzeitpunkt seien Rabatte erlangt worden, hieß es mit Blick auf die zweijährige Einkellerungszeit.  
„Teilweise fahrlässiges Verhalten“ erkannte der Rechnungshof 1982, nachdem die Bewilligungsbehörden mehreren Gemeinden Mittel für Straßenbauarbeiten auszahlten, die nicht förderungswürdig waren. Die Kommunen hatten Kleinvorhaben als Fortsetzungsmaßnahmen eines größeren Projekts deklariert.  
Der zuständige Minister für Wirtschaft und Verkehr antwortete Anfang 1984, der Vorgang werde zügig bearbeitet; Koppelungsfortsetzungen sollten künftig unterbleiben. Auf das Problem der Haftung und der Strafbarkeit wird nicht eingegangen.



Das „Börsentraining '86“ der 'Wirtschaftswoche' läuft „real time“ ab: Alle Aufträge der Teilnehmer werden mit den aktuellsten Notierungen verbucht. So kann man sich täglich telefonisch über Börsianer-Leben.

# Wie im richtigen Börsianer-Leben.

Ausführung seiner Transaktionen vom Vortag, Kontostand und eigene Platzierung informieren.



Teilnahme-Unterlagen gibts bei der 'Wirtschaftswoche', Tel.: 0211-83 88/3 78 oder 3 88. Und in vielen Geschäftsstellen der Deutschen Bank.

MIT VORSPRUNG IN DIE NÄCHSTE WOCHE

Handwritten signature or stamp at the bottom right of the page.

# Chirac holt sich Beifall durch ehrliche Aussagen

PETER RUGE, Paris  
Die Stewardess bringt ihm ein Cremeförtchen und bekommt dafür ein Küßchen - wer hätte das erwartet von Frankreichs Hardliner, dem Gaullisten Jacques Chirac. Der erste Anwärter auf den Premierposten, wenn die Franzosen in fünf Wochen wählen, fühlt sich sichtlich wohl in der Mystère 20, in diesem 850 Kilometer schnellen Privat-Jet, den seine Partei, das Rassemblement pour la République (RPR), für ihn mietete.

Wahlkampf auf amerikanisch - der ehemalige Harvard-Absolvent mit dem Gesichtszügen eines Zehnkläfers vor dem Start hat sich viel vorgenommen: Fast jeden Abend schafft er zwei Departements - und das bis zum 16. März. „Aber nachts will ich in meinem Bett im Pariser Rathaus schlafen“, sagt der 53jährige.

Das Tempo des „Herrn Bürgermeister“, wie er sich gerne nennen läßt, hält seine Umgebung in Atem: Morgens 7.30 Uhr sitzt er am Schreibtisch im Hôtel de Ville; regierend, delegierend, motivierend. Dann, um die Mittagszeit, ist er draußen - er taucht gerne unvermutet aus der Metro auf, überträgt eine Dienststelle, schaut sich Baugruben in der französischen Hauptstadt an.

Schutz und Ordnung sind ihm verhaßt: Paris verdankt ihm den Hundstreck-Kehrdienst, eine intakte Müllsammel-, die Eindämmung der Prostitution. Das hat ihm den Ruf des Herrn Saubermann eingebracht - beliebter geworden ist er dadurch nicht.

Jetzt, am späten Nachmittag in der Kabine, wirkt er aus nächster Nähe anders - glaubhaft, als er sagt: „Wenn ihr in der Bundesrepublik Schnupfen habt, erkälten wir uns - ich freue mich, daß es euch gut geht.“ Herzlich, als er sagt: „Ich bin ein Anhänger der CDU, Helmut Kohl und ich sehe uns öfter.“ Schelmisch, als er auf die Frage antwortet, ob er auch die CSU mag: „Von Paris aus sehe ich nur Christdemokraten.“

Auf den Wahlplakaten hat er sich mit jedem der fast 100 RPR-Kandidaten abbilden lassen: hermsärmelig, strahlend, fielen Arm um die Schultern des Parteifreundes gelegt - nur die Krawatten bauschen sich im Wind eines unsichtbaren Ventilators - für das richtige Lächeln gaben die PR-Berater den Rat, Chirac solle „Quis-Ti-Ti“ sagen. Ist er dadurch populärer geworden?

Die Prognosen geben ihm zur Zeit 40 Prozent, mehr als seinem Gegenspieler, dem amtierenden Premier Fabius mit 38 Prozent - Chirac also im Aufwind?

„Die Umorientierung auf eine neue Autorität beginnt wohl schon“, sagt seine Begleitung, als seine Maschine in Lyon ausrollt. „Polizei mit Blaulicht vor und hinter der Wagenkolonne“



Wahlkampf auf amerikanisch: Jacques Chirac  
FOTO: POLY-PRESS

ne, das hat es schon lange nicht mehr für Chirac gegeben.“

Die Insignien der Macht hatte er bereits 1972. Er war Premierminister unter dem damaligen Staatspräsidenten Giscard d'Estaing. Zwei Jahre hielt die Freundschaft, dann kündigte Chirac die Zusammenarbeit mit den liberalen Republikanern: Er wollte den Gaullisten wieder Profil geben.

Dieser Basisarbeit verdankt die Sammlungsbewegung RPR ihre neue Struktur. Es sind vor allem junge Menschen, die in dieser Partei engagiert mitarbeiten. Sie sind „efficace“, durchschlagend. So liebt es Chirac, wenn er wie in Bourg-en-Bresse eine gefüllte Maschine übernimmt: Eine Viertelstunde Pressekonferenz mit den örtlichen Journalisten, ein kurzer Empfang für 140 Honoratioren - er begrüßt jeden einzelnen mit „Bonjour, Monsieur - Bonjour, Madame“, dann der öffentliche Auftritt in der vollbesetzten Ausstellungshalle. Die Marcellaise erklingt.

Er trifft auf ein schwieriges Publikum. Viele sind nur aus Neugier gekommen. Sie kennen diesen Pariser im Maßanzug kaum, denn das staatliche Fernsehen boykottiert den Gaullisten offensichtlich mehr als andere. Chirac legt die Brille weg, sein Manuskript enthielt sowieso nur Stichworte, versucht, an diese Landbevölkerung heranzukommen: Er erinnert an Tage, die er hier verbracht hat, wirt für seine Kandidaten, die in dieser Erde verwurzelt sind, findet plötzlich Worte, die zum Zuhören zwingen, weil sie einfach, ungedreht, ehrlich sind. Die Zuhörer sind gebannt, Beifall bricht los.

Es geht gar nicht mehr um ein Programm. Jedermann weiß in Frankreich, daß der Spielraum für Änderungen gering sein wird. Überzeugend wirkt vor diesen Wählern, daß es hier eine Versuche, in der Politik wieder Haltung zu zeigen.

Chirac nennt Beispiele: Die geplante Preiserhöhung für die öffentlichen Verkehrsmittel einen Tag nach der Wahl, die Regierungskungelei um das Privatfernsehen in Frankreich, die Verfälschung von Meinungsumfragen zugunsten der Sozialisten.

Im Wagen zurück zum Flughafen schläft er: „Jetzt tankt er wieder auf“, sagt seine Umgebung. Kaum hat die kleine, weiße Düsenmaschine Lyon verlassen, ist sein Thema erneut die Bundesrepublik. Er hat in Neustadt an der Weinstraße seinen Militärdienst geleistet: Er kennt die Grenze, die Deutschland teilt, er spricht von Menschenrechten. „Ich lasse aus meinen Reden nie diesen Aspekt aus, auch nicht vor den Bauern in Bourg-en-Bresse. Würde ich aufhören, davon zu reden, würden wir den Völkern im Osten das Letzte nehmen, was ihnen geblieben ist: die Hoffnung“, sagt Jacques Chirac.

# Die „ehrenvolle Mission“ in Angola wird für Havana zum großen Trauma

Fast jede Familie in Kuba ist vom Kampf im fernen Afrika betroffen / Verletzte in die „DDR“

WERNER THOMAS, Havanna  
Fidel Castro sprach mit Erregung in der Stimme. Er nannte den Guerrillaführer Jonas Savimbi einen „Banditen“ und „Verräter“. Nein, Kuba werde keinesfalls vor einem verteilten militärischen Druck weichen, im Gegenteil. Ein noch größeres Engagement sei dann notwendig. Die „internationalistischen Kontingente“ Kubas würden erst abziehen, wenn das südafrikanische Apartheidsystem verschwinde. Die Parteitagsdelegierten spendeten stehend Applaus.

Angola, das Stichwort emotionalisiert jeden Kubaner. Die Stimmung reicht von Unbehagen bis zu traumatischer Sorge. Ein Freund, der viele Aspekte dieser Revolution begrüßt und Castro für einen der charismatischsten Politiker der Welt hält, sagt: „Angola ist ein Problem ohne Lösung. Ich denke oft an Vietnam.“

Seit zehn Jahren kämpfen kubanische Soldaten auf einem fernen Kontinent, und noch immer läßt sich kein Ende des Konfliktes absehen. Da die Reagan-Regierung jetzt den Savimbi-Einheiten Militärhilfe gewähren will, kann sich der blutige Krieg noch ausweiten.

Streitkräfte die Soldaten auf den afrikanischen Kriegsschauplatz, ohne die Angehörigen zu verständigen. Heute arrangiert der Militärapparat einen regelmäßigen Postkontakt. Die offiziellen Informationen sind jedoch immer noch selektiv und sporadisch. Keine täglichen Fernsehübertragungen über die letzten Kampfhandlungen wie während der Vietnam-Ära. Im Sommer vergangenen Jahres lief jedoch eine von der Armee produzierte Serie, „Etwas zum Träumen“, die ein persönliches Schicksal im Zusammenhang mit dem Angola-Kapitel schilderte. Die Regierung veröffentlicht auch nicht die Zahl der Truppenverbände. Amerikanische Schätzungen bewegen sich um 30 000 Soldaten.

Gesprächspartner berichten, die Stimmung der Bevölkerung sei in den letzten Jahren umgeschlagen. Ein Student: „Die Leute fragen plötzlich, ob sich diese hohen Opfer lohnen.“ Die Mutter eines Obersten, der in Angola dient, klagte letzte Woche in ihrer Nachbarschaft: Die Kubaner müßten die Kämpfe tragen. Die angolanischen Streitkräfte würden nicht genug tun zur Selbstverteidigung. Gelegentlich hätten Angolaner schon erklärt, nur wegen der kubanischen Präsenz sei es bisher nicht zu einer friedlichen Lösung gekommen. Die Frau, ein Mitglied der kubanischen KP (PCC), nennt das „Undankbarkeit“.

Kubas Einsatz für das sandinistische Nicaragua - 3000 Militärbereiter laut Washington - scheint dagegen auf mehr Verständnis zu stoßen. Die Opfer sind geringer, das Land ist näher, die Logistik einfacher. Und die „Sandinistische Volksarmee“ führt die meisten Gefechte gegen die Contra-Rebellen allein.

Jonas Savimbi, von der kubanischen Parteizeitung „Granma“ als „Bastard Pretorius“ bezeichnet, behauptet, Castro lasse sich den Einsatz seiner Truppen teuer bezahlen - aus den angolanischen Öleinnahmen. Regierungsvertreter in Havanna demmentieren. Dennoch führte dieser Krieg zu einer ironischen Situation: Kubanische Truppen schützen die Ölanlagen der US-Konzerne Gulf und Chevron, die Angola mehr als eine Milliarde Dollar pro Jahr einbringen, vor Savimbis Guerrilla-Armee. Diese kann bald eine amerikanische Militärlieferung von 15 Millionen Dollar erwarten, wenn der Kongreß seine Zustimmung erteilt.

Fidel Castro bestreitet, daß die Sowjetunion das Angola-Engagement veranlaßt habe. Das sei allein eine Entscheidung Kubas gewesen. Kuba ist im Rahmen seiner Politik des „proletarischen Internationalismus“ in mehr als 30 Ländern der Welt aktiv, in den meisten ohne Militärs. Diplomatische Beobachter in Havanna beurteilen das anders.

## Stimmung umgeschlagen

Es gibt kaum einen Kubaner, der bisher nicht persönlich betroffen wurde, direkt oder indirekt. Viele kennen Landsleute, die nicht mehr von ihrem Einsatz jenseits des Atlantik zurückgekehrt sind. Ein Psychologe berichtet: „Vor einigen Monaten ist mein Schwager beim Abschluß eines Hubschraubers ums Leben gekommen. Er arbeitete als Arzt in Angola.“

Niemand kennt die Zahl der Opfer. Die Regierung schweigt. Anfangs wurden die Toten noch in die Heimat gebracht, heute nicht mehr. Diplomatische Beobachter rechnen mit Tausenden Gefallenen und Zehntausenden Verwundeten. Die schwer verletzten Kubaner werden in die „DDR“ zur ärztlichen Behandlung geflogen.

Lange war das Thema tabu. Ende der siebziger Jahre schickten die

## Alte Erinnerungen

Die kritische Angola-Situation ist während der kubanischen Parteitage in der vergangenen Woche wieder diskutiert worden. Fidel Castro sprach darüber zur Eröffnung und zum Abschluß der Veranstaltung. Die kubanischen Truppen schickten ein Grammatogramm, in dem sie ihre „antimperialistische Solidarität“ bekundeten und betonten, sie würden ihren Einsatz als „ehrenvolle Mission“ verstehen. Der angolanische Delegationschef Antonio dos Santos, ein stellvertretender Verteidigungsminister und Politbüromitglied, erwähnte die „heldenhaften Söhne“ Kubas hätte „mit ihrem Blut die gloriose Fahne des proletarischen Internationalismus“ verteidigt.

Dos Santos zitierte Fidel Castro: „Der Sieg in Angola war eine Zwillingschwester des Sieges in der Schweinehucht. Angola bedeutet für die ‚Yanquis‘ eine afrikanische Schweinehucht.“ Das Zitat ist alt. In der Schweinehucht hatten die kubanischen Revolutionäre vor 25 Jahren eine vom amerikanischen Geheimdienst CIA unterstützte exilkubanische Invasionstruppe zurückgeschlagen. Davon zehren die Revolutionäre in Kuba noch heute. Es hilft zumindest, das Problem Angola zu verdrängen.

# Leichter Vorsprung für Freitas in der Stichwahl

Soares kann nicht mit allen „geborgten“ Stimmen rechnen

ROLF GÖRTZ, Madrid  
„Ein teures Spektakel und überflüssig dazu“. Diesen Kommentar um die portugiesischen Präsidentschaftswahlen hört man überall in den Cafés und Restaurants rund um den Rossio-Platz, das Kommunikationszentrum Lissabons.

Aber die meisten Portugiesen werden am Sonntag dennoch an die Urnen treten. In der zweiten Wahlrunde sehen sich der Christdemokrat Freitas do Amaral und der Sozialist Mario Soares gegenüber. „Rechts“ gegen „links“. Die Wetten stehen 1:1 - je nach Parteinahme.

Nur soviel scheint sicher: Der Kandidat der Rechten, der Christdemokratischen Partei und der regierenden Sozialdemokratischen Partei also, kann seinen bisherigen Triumph nur dann überbieten, wenn es ihm gelingt, rund ein Drittel der 1,5 Millionen Portugiesen an die Urnen zu bringen, die bei der ersten Runde am 28. Januar zu Hause blieben. Die stärkste Stimmhaltung meldeten die Statistiker aus dem konservativen Norden, aus jener Gegend also, die für Freitas do Amaral stimmt.

Offizielle Umfragen dürften nicht veröffentlicht werden, wohl aber Gutachten wie die von Pereira Neto von der Technischen Universität Lissabon, Mitglied der Nationalen Wählerkommission. Er gibt dem staatsmännisch auftretenden Kandidaten Freitas (44) ein paar Prozente mehr als seinem Kontrahenten Soares.

Pereiras Meinung nach kann Soares nicht mit allen Stimmen der Linken und den „geborgten“ des Zentrums rechnen. Für das kommunistische Wählervolk hatte KP-Chef Alvaro Cunhal das „voto conjuntural“ erfunden, die „konjunkturelle Stimmabgabe“ für Mario Soares. Nicht etwa, weil man Soares für den rechten Mann der Linken hält - für die Kommunisten bleibt der Sozialistenchef immer noch ein „Bourgeois“ und ein „Kapitalist“. Vielmehr galte es, Freitas do Amaral und seinen „rechtsradikal-faschistischen“ Anhang niederzustimmen.

Mit der Empfehlung des Kandidaten Soares aber ging die Rahalistik

des moskautreuen KP-Chefs diesmal wahrscheinlich zu weit. Soares ist schließlich der 4. Kandidat, den Cunhal seinen Genossen allein für diese Wahl anbefahl. Der erste war die Linkskatholikin Lurdes Pintasilgo, dann setzte man den Kommunisten Angelo Velosa auf den Stimmzettel, und schließlich kam aus dem Lissaboner ZK der Befehl: Alles stimmt für Salgado Zenha. Der bisherige Feind Nummer eins der Kommunisten, Mario Soares, quittierte den Stimmzettel gelassen: „Ich nehme jede Stimme als die eines Portugiesen und fühle mich deshalb durch nichts an die KP gebunden.“

Schlug man schon in der ersten Runde unter die Gürtellinie demokratischer Spielregeln, so schlossen sich jetzt die internationale Presse der Verleumdung an: „Hinter Freitas verbirgt sich die Gefahr eines portugiesischen Neofaschismus.“

Aber das stützt sich letztlich nur auf einen Zwischenfall in der Stadt Porto. Dort provozierten Kommunisten einen Demonstrationsszug der Sozialdemokraten und Christdemokraten. Zunächst warf man sich Worte, dann Steine an den Kopf.

Ein paar Fenster scheibchen eines kommunistischen Parteibüros gingen zu Bruch. Niemand wurde ernsthaft verletzt. Schließlich aber fielen Schüsse - wenn auch über die Köpfe hinweg gezielt, wie der Polizeibericht registriert. Die Propaganda lastet die Schüsse den „Faschisten“ an.

Tatsächlich gibt es unter der portugiesischen Jugend an den Oberschulen und auch an den Universitäten einen wachsenden Zorn gegen jene kommunistische Diktatur, die in den ersten Jahren nach der Revolution vom 25. April 1974 nur mit ausländischer Hilfe abgewendet werden konnte. Wenn Portugals Wirtschaft heute, eingegengt durch jene revolutionäre Verfassung, sich nicht recht entfalten kann, erscheint die lautstarke Jugendorganisation der christdemokratischen Zentrumspartei immer noch besser als die nicht mehr nur nostalgische Erinnerung vieler Bürger und Kleinbauern an die Salazar-Zeit. (SAD)

# USA versprechen Haiti Hilfe bei Demokratisierung

AFP, Port-au-Prince

Auf Haiti werden die Konturen des eingeleiteten Demokratisierungsprozesses zunehmend klarer. Der haitianische Weltbankexperte Marc Bazin, der unter Duvalier kurze Zeit das Amt des Wirtschafts- und Finanzministers innehatte, kündigte in Washington die Gründung einer „Bewegung für die Einführung der Demokratie“ in seinem Lande an. Er erklärte sich bereit, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Der seit vergangener Woche in Port-au-Prince amtierende „Nationale Regierungsrat“ (CNG) unter Vorsitz von General Namphy hatte zuvor für einen noch nicht bestimmten Zeitpunkt freie Wahlen angekündigt.

US-Präsident Reagan betonte, Washington hoffe, der neuen haitianischen Regierung beim Aufbau der Demokratie helfen zu können. Am Sturz Duvaliers seien die USA „nicht beteiligt“ gewesen. Der als „Oberhaupt“ der katholischen Kirche Haitis geltende Bischof François Gayot appellierte an die Bevölkerung, die „Tontons Macoutes“ zu verschonen, und rief zu Frieden und nationaler Aussöhnung auf. Er folgte damit einem Appell von Papst Johannes Paul II, der die Bevölkerung von Haiti zur „Versöhnung und zum Verzeihen“ aufgerufen hatte.

Die Regierung von Liberia erklärte sich inzwischen bereit, dem Ex-Diktator Duvalier politisches Asyl zu gewähren. Duvalier, der sich gestern noch immer in dem französischen Alpendorf Talloires aufhielt, hat noch keine Antwort auf das Asylangebot gegeben. Frankreichs Premierminister Fabius bekräftigte erneut die Entschlossenheit seiner Regierung, das auf maximal acht Tage begrenzte „provisorische Asyl“ für Duvalier nicht zu verlängern.

## Wieder Beziehungen Israel-Elfenbeinküste

AFP, Abidjan

Israel und der westafrikanische Staat Elfenbeinküste haben gestern ihre diplomatischen Beziehungen wiederaufgenommen, die seit dem israelisch-ägyptischen Krieg 1973 unterbrochen waren. Die Wiederaufnahme war am 18. Dezember in Genf nach einem Geheimtreffen zwischen dem israelischen Regierungschef Shimon Peres und dem Staatschef der Elfenbeinküste, Felix Houphouët-Boigny, angekündigt worden.

# Fragas Partei verjüngt

Spaniens Volksallianz orientiert sich zur liberalen Mitte

ROLF GÖRTZ, Madrid  
Die „alte Dame“, wie ein TV-Showmaster die spanische Rechte zu nennen pflegt, überraschte: Aus dem 7. Kongreß der konservativen Alianza Popular schälte sich eine agile, eher liberale Partei der rechten Mitte heraus. Wie die Partei, so erscheint auch ihr Chef, Manuel Fraga Iribarne, nach einer intensiven Imagekur verjüngt. Nach wie vor wortschnell und Angriffslustig im Parlament, sonst aber ruhiger, gelassener als früher.

In Galicien geschieht immer das, was geschehen muß“, zitierte Fraga ein Sprichwort seiner Heimat, als ihm dort die größte Wahlsieger der Alianza - fast die absolute Mehrheit - unter den Fingern zu entgleiten drohte: Wie so oft in den letzten Jahren wollte sich die Führung einer liberalen Regionalpartei der Mitte nach links orientieren. Aber die Wähler dieser jungen, erfolgreichen Partei spielten diesmal nicht mit. So kam die Koalition der liberalen Mitte mit mehreren Linksparteien nicht zustande.

Fragas früherer Informations- und Tourismusminister sieht sich plötzlich von einer Generation geschnitten, die politisch nach der Franco-Ära heranwuchs und entsprechend anders orientiert ist in ihrer Zielsetzung. Spaniens moderne Rechte folgt vielmehr - wie übrigens auch die pragmatische Linke - dem amerikanischen Fortschrittsgeist.

an dem früheren Arbeitsminister Fernando Suarez vorbei. Als Nummer zwei gilt jetzt Miguel Herrero de Minon, ein Intellektueller mit scharfer Zunge, der frei von Komplexen einer Vergangenheitsbewältigung ist.

Noch typischer für die Allianz von morgen sind schlagfertige selbstbewußte Politiker wie Antonio Hernandez Mancha, der den Sozialisten in ihrer andalusischen Hausmacht die Wiederwahl der Landesregierung schwer machen wird. 34 Jahre alt, Staatsanwalt und -Rocquero, wie man die Rocker in Spanien nennt.

## Blick auf die Wahlen

Die so entstehende komplexere Rechte bewegt sich ganz bewusst im Fahrwasser der Opposition. Auch hier den Habitus der „alten Dame“ ablegend, die immer so agierte, als sei sie die Königinmutter. So kommt die Kritik an der sozialistischen Regierung voll zu dem demokratischen Bewußtsein. Die so erneuerte Rechte wirt der sozialistischen Linken Caudillismus vor, die diese mit der Franco-Ära verbindet.

Die beiden führenden Parteien, die Sozialistische Arbeiterpartei und die Volksallianz, bemühen sich gleichermaßen um die politische Mitte, die im Sommer oder Herbst dieses Jahres bei den nächsten Wahlen den Ausschlag geben dürfte. Den Ausgang der Wahlen aber bestimmen wirtschaftliche Fragen. Die Wirtschaft sucht die Kontinuität einer kapitalistischen, marktwirtschaftlichen Entfaltung, wie sie zur Zeit nur die Sozialisten garantieren können, weil sie auf die Parteidisziplin der eigenen Gewerkschaft setzen können.

„Die Wirtschaft“, das sind aber nicht nur Banken und einige wenige, oft staatliche Großindustrien, sondern eben auch jene zwei Millionen Kleinunternehmer, die als Wähler ganz anders handeln können, wie das galicische Beispiel zeigt. (SAD)

## Eine neue Generation

Fügung oder Ironie - auf ihrem 7. Kongreß lehrte die Fraga-Partei die sozialistische und kommunistische Linke Demokratie: Die Delegierten wählten ihren neuen Vorstand nach einer offenen Liste aus den 47 Kandidaten des Exekutivkomitees. Die 30 mit den meisten Stimmen galten als gewählt. An der Spitze der Vorsitzenden Manuel Fraga Iribarne.

Ganz unversehens schob sich eine neue Generation unter den Dauphins

Wir bieten Alternativen. Treffen Sie die Wahl.

fly & drive

Reservierung möglich, wenn man direkt zum Flughafen fährt. Wie schön, wenn Sie das gute Service in der Luft auch auf der Erde fortsetzen. In puncto Zuverlässigkeit und schnellstmöglichem Anschluß. Auf automobiler Art. Immer stark. Ganz einfach mit InterRent.

interRent  
Autovermietung - rent a car  
PKW - LKW - Wohnmobile

DIE WELT (USPS 405-570) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

# „Linke Grüne“ blasen zur Offensive gegen Fischer

### Konflikte im Vorfeld der Bundesversammlung in Hagen

AP, Frankfurt  
Die Gegner einer Zusammenarbeit mit der SPD innerhalb der Grünen wollen auf der Bundesversammlung ihrer Partei am Wochenende in Hagen versuchen, den hessischen Umweltminister Joschka Fischer in Bedrängnis zu bringen. Wie der Sprecher des hessischen Forums „Linke in den Grünen“, Manfred Zieran, gestern auf einer Pressekonferenz in Frankfurt erklärte, will der fundamentalistische Flügel ein von Vertretern aller Strömungen in der Partei erarbeitetes Entgiftungsprogramm unterstützen, in dem beispielsweise jeder Giftmüllexport grundsätzlich abgelehnt wird. Zieran kritisierte, daß Fischer statt dessen die weitere Ausfuhr von Giftmüll auf die Depone Schönberg in der „DDR“ unterstütze.

Auch trete Fischer noch für eine Ausweitung der Müllverbrennungskapazitäten in Hessen ein, was ebenfalls nicht mit Grundsätzen der Grünen zu vereinbaren sei. Auf keinen Fall dürfe sich die Umweltpartei auf die Ebene der SPD begeben und Programme beschließen, diese aber zugleich für im Augenblick politisch nicht durchsetzbar erklären, sagte Zieran. Auf der Bundesversammlung in Hagen wollen die Radikalkölogologen und Fundamentalisten daher offensiv die Auseinandersetzung mit Fischer suchen und auch die sonstigen nach ihrer Ansicht negativen Folgen der Koalition mit der SPD in Hessen verdeutlichen.

Der einzige fundamentalistische Landtagsabgeordnete der Grünen in Hessen, Jan Kuhnert, machte Fischer auf der Pressekonferenz persönlich

für den gegen ihn verhängten „Maulkorbverbot“ seiner Fraktionskollegen verantwortlich. Daß ihm die anderen Abgeordneten untersagt haben, künftig noch für die Fraktion der Grünen im Landtag zu sprechen, gehe jedenfalls auf eine Intervention des Umweltministers zurück.

Neben diesem „Redeverbot“ stieß in der Pressekonferenz auf heftige Kritik, daß der Fundamentalistin Marion Papacek das im Zuge der Rotation anstehende Nachrücken in den Landtag verweigert werde. Die realpolitische Fraktionsmehrheit plädiert für ein Verbleiben des zu ihnen zählenden Abgeordneten Franz Jakobs im Landtag, damit SPD und die koalitionsunwilligen Grünen parlamentarisch nicht auf eine hürdhiche Einstimmen-Mehrheit reduziert werden. Zieran und die in Hagen für den Bundesvorstand der Partei kandidierende Fundamentalistin Irmela Wiemann sehen darin einen schwerwiegenden Verstoß gegen das Prinzip des Minderheitenschutzes und der Frauenarbeit der Partei. Das Vorgehen gegen Kuhnert und Frau Papacek komme einem „Radikalerlaß innerhalb der Grünen“ gleich, sagte Zieran.

Als weiteres konfliktträchtiges Thema für die Realpolitiker wollen die Koalitionsgegner auf der Bundesversammlung ihre Forderung nach einem Nato-Austritt der Bundesrepublik zur Sprache bringen. Zieran räumte aber ein, daß bei der anstehenden Neuwahl von fünf Mitgliedern des Bundesvorstands die in diesem Gremium bislang unterrepräsentierten „Reals“ nicht leer ausgehen dürften.

# Ungeordnete Konkurrenz der „Dritten“ gefährdet das ZDF

### Von UWE BARSCHHEL

Die Intendanten der Landesrundfunkanstalten haben auf ihrer gestrigen Sitzung den Beschluß bekräftigt, am 29. März mit der Ausstrahlung eines neuen Programms ARD „Eins Plus“ auf einem Kanal des Fernmeldesatelliten Intelsat V zu beginnen. Dieser Beschluß hat ohne Staatsvertrag keine Rechtsgrundlage. Er wird die gemeinsame Suche nach einem Ausweg aus den festgefahrener Verhandlungen über eine Neuordnung des Rundfunks erschweren und Reaktionen der Länder erforderlich machen.

## Unvertretbare Erhöhung der Rundfunkgebühren

Er belastet aber auch die Position derjenigen Regierungschefs, die – wie ich – im Gegensatz positiv dem Vorschlag gegenüberstehen, mit ARD „Eins Plus“ ein deutschsprachiges Kulturprogramm über Satellit in Europa auszustrahlen.

Mit den vorgesehenen Inhalten aus Kultur, Kunst, Bildung und Wissenschaft würden Programmfarben gefördert, die bei dem zunehmenden Wettlauf der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten um Einschaltquoten verlorenzugehen drohen.

Allerdings darf diese Befürwortung nicht als generelle Bereitschaft mißverstanden werden, eine beliebige Ausweitung öffentlich-rechtlicher Programme zu akzeptieren. Dies müßte zu einer unverhältnismäßigen Erhöhung der Rundfunkgebühren führen. Eine Finanzierung neuer Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten aus Werbung kommt nicht in Betracht, weil die Werbung den privaten Rundfunkveranstaltern als wesentliche Finanzierungsquelle erhalten bleiben muß.

Gerade deshalb wende ich mich gegen eine bundesweite Verbreitung der Dritten Fernsehprogramme.

Die Dritten Programme würden das ZDF gefährden, weil sie nicht Gegenstand der Koordinierungspflicht zwischen ARD und ZDF sind. Die Folgen einer ungeordneten Konkurrenz um die besten Reichweiten wären gerade für das Zweite Deutsche Fernsehen, das mehr als 40 Prozent seines Haushalts aus Werbemitteln decken muß, wirtschaftlich verhängnisvoll.

Insbesondere der Zuschauer hätte keinen Gewinn davon. Die Dritten Programme würden – da sie bundesweit attraktiv sein müßten – ihren Regionalbezug und damit die Nähe zu den Arbeits- und Lebensverhältnissen der Bürger verlieren.

Ich könnte eine solche Entwicklung als Befürworter der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland nicht gutheißen. Deshalb appelliere ich an alle Verantwortlichen, diesen Weg nicht zu beschreiten.

## Gefahr für die ARD durch interne Konkurrenz

Wenn Ihrem Ersten Programm aus dem eigenen System heraus Konkurrenz erwächst, wird dies zu disparaten Entwicklungen führen, die die Existenz der ARD stärker gefährden als alle Anlässe, die bisher für eine solche Befürchtung herangezogen wurden.

Die alles verbindenden Klammern gingen verloren. Das reicht von Gemeinschaftsproduktionen und ge-

meinsamen Programmeinkauf über den Austausch von Filmen und Serien bis hin zum Finanzausgleich und der einheitlichen Bundfunkgebühr.

Die von den Ministerpräsidenten im Oktober 1984 in Bremerhaven beschlossene Zuteilung eines Intelsat-Kanals an Berlin zur Heranführung Dritter Programme war keine Vorentscheidung für die bundesweite Verbreitung dieser Programme.

Die Zuteilung diente allein der Steigerung der Attraktivität des Berliner Kabelpilotprojektes. Wenn die-

ses Ziel auf andere Weise technisch nicht erreicht werden kann – wie etwa durch eine Richtfunkstrecke –, ist dem politischen Willen der Länder damit Rechnung getragen. Berlin könnte dann den Kanal auf dem Fernmeldesatelliten z.B. für private Programmveranstalter nutzen.

## Positiver Abschluß durchaus möglich

Noch ist es für diese Entscheidung nicht zu spät. Allerdings ist rasches Handeln erforderlich, wenn eine Weichenstellung in die falsche Richtung vermieden werden soll. Ich halte deshalb einen erneuten Versuch der Länder für erforderlich, doch zu einer einvernehmlichen Festlegung der Rahmenbedingungen für die elektronischen Medien zu kommen. Bei gutem Willen aller Beteiligten erscheint ein positiver Abschluß durchaus möglich.

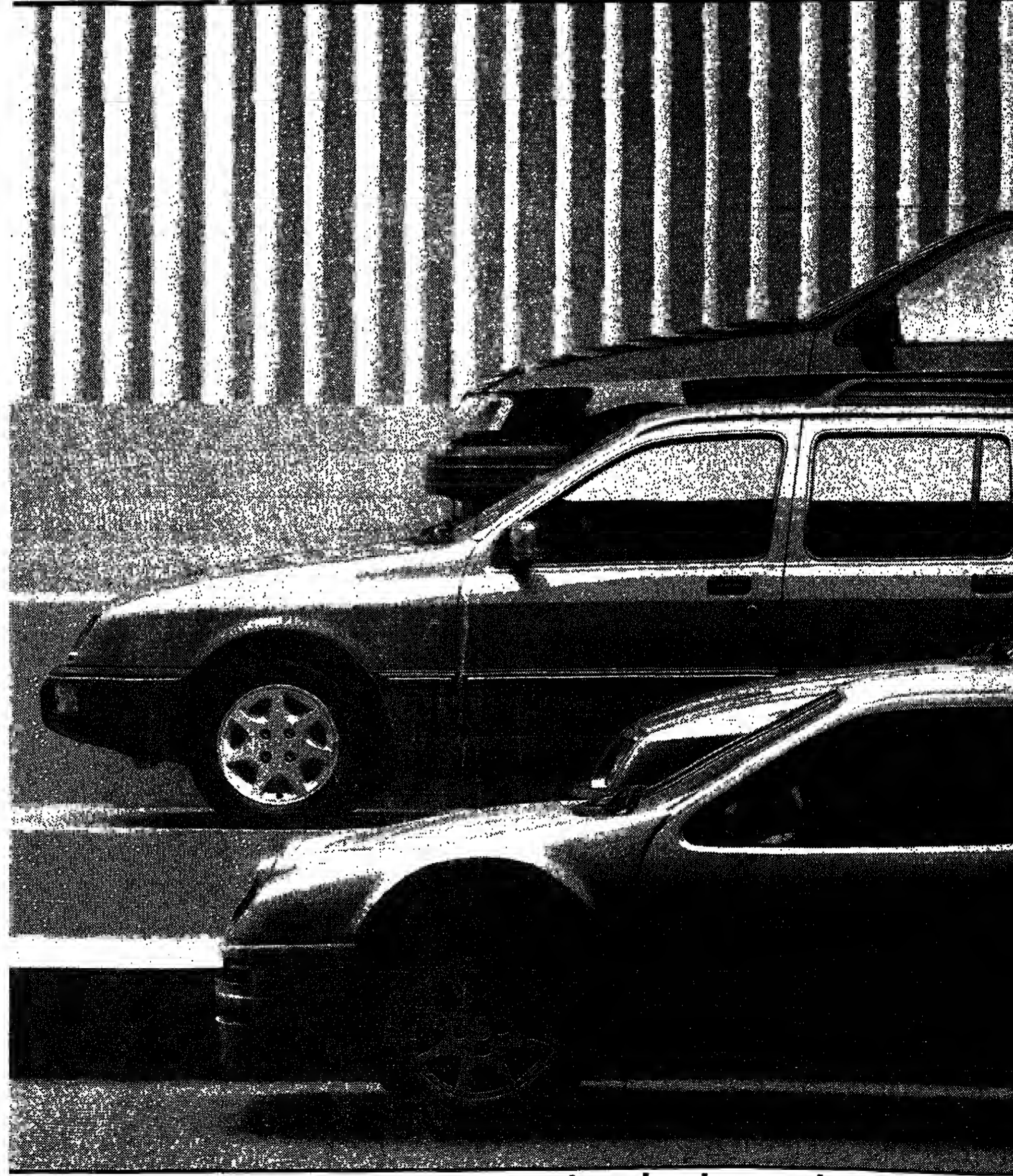
Uwe Barschel ist Ministerpräsident von Schleswig-Holstein.

Mit Allradantrieb kommen Sie bei schwierigen Bedingungen besser voran. Und sicherer. Deshalb bietet Ford vier verschiedene Allrad-Modelle an. Den Sierra Ghia 4x4 Turnier, den

Sierra XR 4x4, den Scorpio 4x4 und das Sportmodell RS 200. Alle folgen dem Ford-Allrad-Konzept. Das heißt: Bei allen verteilt sich die Kraft zu 1/3 auf die Vorder- und zu 2/3 auf die Hinterachse. Das ergibt ein besonders

ausgeglichenes Fahrverhalten. Ein weiteres Merkmal: der ständige Allradantrieb. So sind Sie jederzeit auf plötzlich wechselnde Fahrbahnverhältnisse vorbereitet. Beim RS 200 kann zusätzlich auf

# 4x4x4.



## Ford macht hochwertige Technologie erschwinglich.

# Hoffen auf Strukturreform

### WELT-Gespräch mit Professor Vogel, Pharma-Industrie

#### DW, Bonn

Gegen die jüngst wieder erhobene Forderung der Krankenkassen nach direkten Preisverhandlungen für Arzneimittel mit der Pharmaindustrie hat sich der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Professor Hans Rüdiger Vogel, ausgesprochen. In einem Gespräch mit der WELT machte Vogel zugleich deutlich, daß die Industrie große Hoffnungen auf die von Bundesgesundheitsminister Norbert Blum für die nächste Legislaturperiode angekündigte Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung setze, „bei der wir mitreden wollen“.

Zur Forderung insbesondere der Ortskrankenkassen nach direkten Preisverhandlungen mit der Pharmaindustrie sagte Vogel: „Ich gehe davon aus, daß die Krankenkassen durch eine gesetzliche Grundlage eine derartige Verhandlungsbasis erreichen wollen.“ Im Moment fehle zwar jegliche Bereitschaft im gesetzgeberischen Raum, direkte Preisverhandlungen einzuführen. „Ich glaube aber, daß die Kassen hier eine Suppe am Kochen halten, die mit einer SPD-geführten Bundesregierung durchaus als machbar erscheint.“

In diesem Zusammenhang verurteilte Vogel die Kritik der SPD und von Seiten der Krankenkassen am jüngsten freiwilligen Preisstillhalteabkommen der Pharmaindustrie, nach dem die Arzneimittelpreise nur um 1,5 Prozent steigen dürfen, als „sehr enttäuschend“.

## Obergrenze definieren

Diese Marge, die der Hälfte des in diesem Jahr erwarteten Anstiegs der Grundlohnsomme entspricht, nach der sich die Leistungsausgaben der Krankenkassen richten sollen, sei nicht als eine „von den Unternehmen ausschöpfbare Obergrenze“ zu verstehen. Sie solle vielmehr die Möglichkeit bieten, eine Obergrenze zu definieren. „Wenn alle Firmen auch bei unterschiedlicher Geschäftspolitik oder unterschiedlichen Zeiträumen, in denen letztmalig die Preise angepaßt wurden, am Stillhalteabkommen festhalten, dann wird diese Grenze deutlich unterschritten und damit ein wichtiger Beitrag zur Ko-

standämpfung im Gesundheitswesen geleistet.“

„In einer sehr schwierigen Situation.“ so begründet der BPI-Chef den Schritt. „haben wir zu diesem Hilfsmittel gegriffen – das sicher für alle Beteiligten kein überzeugendes Mittel ist –, weil wir auf eine große oder kleine Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung hoffen. Und wir wollen die Chance nicht verspielen, bei dieser Reform mitzureden. Deshalb haben wir bewußt in dem Bereich Verantwortung übernommen, für den wir verantwortlich zu machen sind – nämlich beim Preis.“

## Mehr Wettbewerb

Mit Blick auf die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung, die die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode angehen will, sprach sich Vogel für mehr Wettbewerb im Medizinbetrieb im Sinne des jüngsten Gutachtens der „Fünf Weisen“ aus, allerdings nur unter der Prämisse der Chancengleichheit. „Mehr Wettbewerb, bei dem unter ungleichen Chancen bestimmte Hersteller – etwa von Generika (preiswerte Nachahmungen von Präparaten, für die der Patentschutz abgelaufen ist) – gefördert würden, müßten wir als Verband genauso ablehnen wie den Versuch, Generika-Hersteller in eine minderwertige Ecke zu stellen.“ Auch der nachstoßende Wettbewerb in Form von Generika habe seine Berechtigung. „Aber das darf nicht so weit gehen, daß man die Innovationsfähigkeit der Industrie, von der letztlich auch der Generika-Hersteller lebt, so unterminiert, daß diese Industrie nicht mehr lebensfähig ist.“

Zur Diskussion um die Aufhebung des Substitutionsverbots, zur Frage also, wie weit der Apotheker Verantwortung übernehmen kann bei der Auswahl von Arzneimitteln, verwies Vogel auf das Beispiel Großbritannien. Dort diskutiere man zur Zeit die Möglichkeit, dem Apotheker mehr Verantwortung bei der Arzneimittelwahl zu übertragen. „Die extreme Konsequenz bedeutet, daß sich der Arzt auf die Diagnostik beschränkt und der Apotheker die Therapie übernimmt.“

# Vorwurf gegen Düsseldorf

### Nordrhein-Westfalen beschäftigt zu wenig Schwerbehinderte

#### WILM HERLYN, Düsseldorf

Auf heftige Kritik der CDU-Landtagsfraktion in Düsseldorf ist die Tatsache gestoßen, daß das Land Nordrhein-Westfalen – entgegen dem im Haushaltsplanungsentwurf enthaltenen Ansatz – eine sechsmal höhere Ausgleichsabgabe nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes in diesem Jahr zahlen muß. Aufgrund von Fragen des Finanzexperten Hartmut Schauerte mußte Finanzminister Diether Posser (SPD) in der jüngsten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses zugeben, daß Zahlungs-ersatzsätze für zu wenig beschäftigte Schwerbehinderte sowohl 1985 als auch 1986 falsch waren. In beiden Fällen hatte Posser als Ausgleichsabgabe jeweils 400 000 Mark ausgewiesen.

stand seien für 1986 nicht nur – wie ausgewiesen – 400 000 Mark, sondern sogar mehr als 2,5 Millionen Mark, also mehr als das Sechsfache, zu zahlen.

Nach Paragraph 8 des Schwerbehindertengesetzes haben Arbeitgeber, solange sie die vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter, nämlich sechs Prozent der Beschäftigten, nicht anstellen, für jeden nicht besetzten Pflichtplatz monatlich eine Ausgleichsabgabe in Höhe von 100 Mark je Monat und Pflichtplatz zu entrichten.

Nordrhein-Westfalen beschäftigt nach diesem neuesten Stand etwa 1500 Schwerbehinderte weniger als bisher bekannt. Dazu erklärte Schauerte gegenüber der WELT: „Jeder kann sich jetzt einen Reim darauf machen, inwieweit sozialpolitischer Anspruch und sozialpolitische Wirklichkeit der SPD-Landesregierung auseinanderklaffen.“

Posser mußte nun eingestehen, daß 1985 für das zurückliegende Jahr 703 838 Mark gezahlt werden mußten. Nach seinem bisherigen Erkenntnis-

*Handwritten signature or stamp: J. P. 11.1.86*

# Politische Tricks und Taktik sind im Maghreb zu Hause

Von ACHIM REMDE

Ende Januar traf der algerische Präsident Chadli Benjedid mit dem libyschen Revolutionsführer Khadhafi im Süden Algeriens in der kleinen Wüstenstadt In Amenas zusammen. Das Treffen erregte Aufsehen. Nachher stellten die - staatlichen - Medien der beiden Länder das Ergebnis der Zusammenkunft allerdings unterschiedlich dar: Die algerische Presseagentur berichtete, die beiden Führer hätten das Recht der Bewohner der Westsahara auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit bekräftigt, die libysche unterstrich, Algerien unterstütze Libyen uneingeschränkt gegenüber den wiederholten Provokationen der USA.

Die beiden Prinzipien politischen Handelns, nämlich erstens, andere für die eigenen Ziele zu benutzen, und zweitens, gegeneinander auszuspielen zu suchen, sind im westlichen Nordafrika - dem Maghreb - besonders stark ausgeprägt. Für die kleineren Maghreb-Staaten Tunesien und Mauretanien ist vor allem das zweite

überlebensnotwendig, für die beiden Maghreb-Kernländer Marokko und Algerien sind sie wichtig, um zu verhindern, daß der andere übermächtig wird. Basis der intensiven Maghreb-Diplomatie ist die Rivalität zwischen Marokko und Algerien.

Beide Länder sind politisch ungefähr gleich stark, mit rund 20 Millionen Menschen auch gleich bevölkerungsreich. Algerien, von den Franzosen praktisch erst geschaffen, wurde von diesen auf Kosten des historischen Königreichs Marokko vergrößert und hat - im Gegensatz zu Marokko - reiche Erdöl- und Erdgasvorkommen, ist jedoch mit seiner Industrialisierungspolitik gescheitert und muß den weitaus größten Teil seines Nahrungsmittelbedarfs einführen. Im Gegensatz zu Algerien hat Marokko eine blühende Landwirtschaft und ein hochentwickeltes Handwerk.

Die Rivalität zwischen den beiden Ländern konzentriert sich auf den Streit um die Westsahara, seit sich Mitte der siebziger Jahre die spanische Kolonialmacht von dort zurückzog. Marokko hat seitdem den

größten Teil der Westsahara seinem Staatsgebiet einverleibt. Algerien, das dort einen Satellitenstaat sehen möchte, unterstützt die Befreiungsbewegung Polisario, die ihre Basen auf algerischem Gebiet hat, aber eine unabhängige Westsahara-Republik proklamierte, die inzwischen von etwa siebzig, meist afrikanischen, Staaten anerkannt worden ist.

Vollends verkompliziert wird die maghrebische Szenerie durch die Politik Libyens, das die Polisario ebenfalls unterstützt hat, bis es im August 1984 einen Staatenbund mit Marokko einging, der als Gegengewicht zu einer Allianz zwischen Algerien, Tunesien und Mauretanien dienen sollte. Vor dem Hintergrund des Konflikts zwischen Libyen und den USA ist Libyen jedoch nunmehr an algerischer Unterstützung interessiert. Wird es dafür den politischen Preis in Form eines Einschwenkens auf die algerische Position in der Westsahara-Frage zahlen? Marokko, das das Treffen von In Amenas nicht kommentierte, würde sicherlich rezitieren.

Wie die Bundesrepublik Deutschland, hält sich das Ausland überwiegend aus der Westsahara-Frage heraus, indem es strikte Neutralität wahrt. Nicht einmal die Sowjetunion hat die Westsahara-Republik der Polisario anerkannt, andererseits aber auch nicht die marokkanische Souveränität über die Region.

Daran wird sich höchstwahrscheinlich auch Außenminister Genscher bei seinem Besuch in Marokko halten. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die Polisario sich mögliche Sympathien in der Bundesrepublik mit dem Abschluß der deutschen Dornier-Maschine im Februar 1985 verschert hat. Der Tod der deutschen Forscher war durch nichts zu rechtfertigen.

Im übrigen ist beteiligten Diplomaten klar, daß Marokko die Westsahara, die es zum Teil in blühendes Kulturland verwandelt hat und mit der es historische Bande verbindet, nicht gewillt ist aufzugeben. Man ist sich einig, daß die Bevölkerung der Region in einem Referendum selbst über ihre Zugehörigkeit entscheiden

soll, und man kann mit Fug und Recht davon ausgehen, daß sie für Marokko votieren wird. Aber der Teufel steckt hier im Detail. Wer, wann und wo abstimmen soll, darüber ist keine Einigung in Sicht.

Sowohl Marokko als auch Tunesien sind vom Beitritt Spaniens und Portugals zur EG betroffen, weil sie dadurch ihren wichtigsten Absatzmarkt für Agrarprodukte gefährdet sehen. Mit diesen Fragen wird der Besucher aus Bonn konfrontiert werden, zumal die Industriestaaten der Dritten Welt immer wieder die Vorzüge des freien Handels predigen, die EG aber die Grenzen für Agrarprodukte außerhalb der Gemeinschaft ziemlich dicht hält.

Im Zentrum der Gespräche werden Libyen und das Nahostproblem stehen. Sowohl Marokko als auch Tunesien gelten traditionell als Verbündete des Westens. Sie haben immer einen maßgebenden Einfluß im Nahen Osten ausgeübt. Das kann man von den riesigen Flächenstaaten Libyen und Algerien kaum behaupten.

## WELT-Serie: Philippinen nach der Wahl



Der Jubel von Tausenden von Filipinos ist Corazon Aquino sicher, wenn sie sagt: Wir lassen uns den Sieg nicht nehmen. FOTO: OPA

## Der Volkszorn gegen Marcos kann leicht in Gewalt umschlagen

JOCHEN HEHN, Manila  
„Nach Corys Sieg wird es Freudentänze geben“, hatte Rene Saguisag, der Sprecher der Oppositionsparteien, wenige Stunden nach Schließung der Wahllokale im Brustton der Überzeugung verkündet. Heute, sechs Tage später, steht der Sieger der philippinischen Präsidentschaftswahl noch immer nicht fest - doch sieht es jetzt eher so aus, daß statt der Freudentänze eine Welle der Gewalt die Straßen von Manila überfluten wird.  
Eine Vorahnung davon lastete auf dem Plaza Miranda im Zentrum Manilas, wo über 3000 Anhänger der militanten nationalistischen Organisation Bayan sich im Schatten der Quiapo-Kirche niederließen und zur offenen Rebellion verschworen, falls „FM“, wie Präsident Ferdinand Marcos auf Spruchbändern in Kurzform erscheint, sich durch die Nationalversammlung zum Sieger der Wahlen erklären ließe.  
Den zum Teil verummten, Spruchbänder tragenden Demonstrationen machte Bayan-Generalsekretär Leon Alejandro unmissverständlich klar, daß es „Widerstand landesweit und in jeder Form“ geben müsse, um die Regierung Marcos und ihre „US-imperialistischen Komplizen“ zu Fall zu bringen.  
Obwohl Bayan, die sich nach eigenen Angaben auf eineinhalb Millionen Mitglieder stützen kann, die Präsidentschaftswahl boykottiert hatte, gibt es für sie dennoch genügend handfeste Gründe, am Wahlverlauf Kritik zu üben und gegen Marcos mobil zu machen.

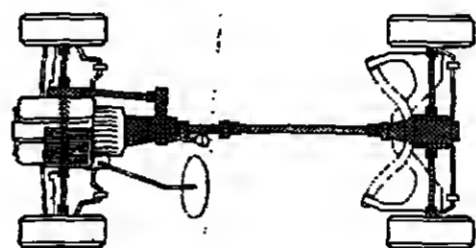
Die Kommunisten rechnen jetzt mit Zulauf  
„Wir boykottieren die Wahl, um der Mehrheit des Volkes die Augen zu öffnen“, wüft ein Bayan-Aktivist ein. Jetzt sei nämlich der Beweis erbracht, daß man mit demokratischen, ehrlichen Wahlen gegen einen korrupten Diktator nichts ausrichten könne.  
Bei Bayan glaubt man kaum mehr an einen Sieg Cory Aquinos und ist - ebenso wie übrigens auch die kommunistische Untergrundbewegung - davon überzeugt, bald regen Zulauf zu bekommen von der gemäßigten Oppositionspartei Unido wie auch von den Tausenden von Freiwilligen der „Nationalen Bewegung für freie Wahlen“ (Namprel), die in einer verzweifelten Aktion versuchten, die Wählerstimmen vor Manipulationen zu schützen und dabei Leib und Leben riskiert hatten.  
Auch im Hauptquartier der Opposition, das sich im Stadtteil Makati befindet, ist man längst nicht mehr davon überzeugt, daß der Volkszorn gegen Marcos sich nicht in einer gewaltigen Eruption entladen könnte.  
Nach dem Mord an Senator Benigno Aquino vor zweieinhalb Jahren schien es schon einmal so weit zu sein. Eine Welle von Demonstrationen überschwemmte das Land. Doch Marcos konnte die Gefahr, von dem Sog mitgerissen zu werden, mit geschickten Schachzügen noch einmal abwenden. Diesmal jedoch, warnt Aquilino Pimentel, ein kämpferischer Oppositionspolitiker mit Sitz in der Nationalversammlung, „wird Marcos das Blut der empörten Massen an den Händen kleben“, falls er Cory Aquino tatsächlich um ihren verdienten Sieg bringen sollte.  
Etwas weiter südlich vom Plaza Miranda, der vorher Treffpunkt der militanten Bayan-Anhänger gewesen war, hält Cory Aquino eine Massenveranstaltung ab. „Cory, Cory, Cory“ skandiert es vieltausendstimmig.  
Mit einer Handbewegung gebietet sie Schweigen. Cory Aquino dankt für die Hilfe, für die vielen Opfer und macht Mut. Die Bewegungen sind sparsam, die Worte einfach gesetzt, aber eindringend. Keine großartigen Gesten, wie man sie von Ferdinand Marcos gewöhnt ist. Trotzdem springt der Funke über, wenn Cory

um eine Nuance ihre Stimme hebt und versichert: „Wir werden uns den Sieg nicht stehlen lassen. Unser Volk erlaubt das nicht. Ich erlaube es nicht. Unsere wiedererstarkte Nation wird das niemals zulassen.“  
Cory überzeugt die Massen und lockt sie an, weil sie glaubwürdig wirkt. Das hat sich auch während der strapaziösen Wahlkampagne gezeigt, als die Bewohner in den Provinzen Tagesmärsche und Schwierigkeiten auf sich nahmen, nur um sie sprechen zu sehen. Keine Sicherheitstruppe eilte ihr voraus, um die Blumentöpfe, die als Schmuck auf das Podium mit dem Mikrophon gestellt worden waren, umzustülpen und auf versteckte Sprengsätze zu untersuchen.  
Es ist nicht verwunderlich, daß Frauen bei den Massenaufmärschen in der Mehrheit sind. Die abfällige Bemerkung von Ferdinand Marcos zu Beginn des Wahlkampfes, er empfinde es als peinlich und unter seiner Würde, gegen eine Frau antreten zu müssen, hat vielen Müttern, Frauen und Mädchen die Augen geöffnet.  
Mehr als 300 000 Filipinas fristen, für Jahre von ihren Familien getrennt, ihr Dasein im Ausland, meist in entwürdigenden Dienstverhältnissen - und dies, weil viele von ihnen trotz guter Schulbildung in ihrer Heimat keine ausreichend bezahlte Arbeit finden können. Noch mehr junge Frauen und Mädchen sind gezwungen, sich aus purem Not Touristen aus aller Welt als Prostituierte anzudienen. Cory Aquino ist für diese Gedeimtüngen mehr als eine Hausfrau, die den Sprung zur charismatischen Politikerin geschafft hat, sie ist für sie Hoffnung auf ein Leben in Würde.  
Neben Cory Aquino verbläut auf den Kundgebungen ihr politischer Partner Salvator „Doy“ Laurel, der für das Amt des Vize-Präsidenten kandidiert, fast zum Statisten. Laurel kontrolliert mit der Unido den stärksten Block innerhalb der Opposition und hat sich erst in letzter Minute dazu durchringen können, nicht selbst als Kandidat für das höchste Präsidentenamt anzutreten, sondern der populäreren Cory Aquino den Vortritt zu lassen.

Die Kirche unterstützt den zivilen Ungehorsam  
Ein großer Teil des Vertrauenskapitals, den Cory Aquino im Volk besitzt, basiert nicht zuletzt auf der wohlwollenden Einstellung der philippinischen katholischen Kirche zur Opposition. Manilas Erzbischof Jaime Kardinal Sin scheute sich nicht, Marcos von der Kanzel herab vor Wahlbetrug zu warnen und ihn jetzt öffentlich für die vielen Fälle von Manipulationen und Repressionen anzuprangern. Sin ging sogar so weit, jeder Art von Protest-Aktion und zivilen Ungehorsam seinen Segen zu geben, vorausgesetzt, daß keine Gewalt im Spiele ist.  
Der Grat, auf dem Kirche und Opposition hier wandeln, ist - wie sie offenbar selbst erkannt haben - sehr schmal. Im philippinischen Volk schlummern explosive Kräfte, die, einmal außer Kontrolle geraten, zerstörerische Wirkung haben können. Ramon Mitra, ein enger Berater Cory Aquinos, vergleicht seine Landsleute mit dem Wasserbüffel, der trägt seine Bahnen durch die Reisfelder zieht: „Man spannt ihn vor den Pflug und treibt mit der Peitsche an. Wehe aber, wenn er einmal rot sieht. Dann wütet er wie ein Berserker.“  
Marcos hat das langmütige philippinische Volk ein Gutteil seiner 20 Jahre lang dauernden Herrschaft wie einen Wasserbüffel traktiert. Jeden Augenblick kann er von ihm zerretten werden.  
Morgen: Auftrieb für Kommunisten

eine 50:50-Verteilung oder auf Hinterrad-antrieb umgeschaltet werden. Das zahlt sich besonders im Renneinsatz aus. Zudem verhindern automatische Sperren bei der Kraftverteilung das einseitige Durchdrehen der Räder. Das bedeu-

tet für alle Modelle mehr Sicherheit. Und die Sierra- und Scorpio-Allrad-Modelle bremsen mit integriertem Anti-Blockier-System. Sie bleiben auch bei einer Vollbremsung lenkfähig. Viermal 4x4. Sie haben die Wahl.



glichen.









SPORT-NACHRICHTEN

England: Manipulation

London (dpa) - Die englische Presse unterstellt dem Europäischen Fußball-Verband (UEFA) Manipulation bei der Auslosung (am Freitag in Frankfurt) der Qualifikationsgruppen für die Endrunde der Europameisterschaft 1988 in Deutschland. Da England mit den kontinentalen Nachbarn in einem Topf ist, sei gewährleistet, daß die gefürchteten britischen Fans ihr Team auch nicht zu den Spielen im benachbarten Ausland begleiten müssen.

Düsseldorf bewirbt sich

Düsseldorf (dpa) - Düsseldorf bewirbt sich als fünfte deutsche Stadt um die Ausrichtung der Leichtathletik-Weltmeisterschaften 1991. Vor Düsseldorf hatten sich München, Gelsenkirchen, Berlin und Bremen beworben.

CSSR erhielt Zuschlag

Basel (sid) - Die Handball-Weltmeisterschaft der Männer wird 1990 in der CSSR stattfinden. Diese Entscheidung fällt der Kongreß des Internationalen Handball-Verbandes (IHF).

Everton setzte sich ab

Liverpool (dpa) - Durch ein 4:0 über Manchester City setzte sich der FC Everton von den Verfolgern in der ersten englischen Fußball-Liga ab. Everton führt mit 59 Punkten vor Manchester United (56), Liverpool (54) und Chelsea (54).

Burdenski verlängerte

Bremen (dpa) - Der frühere Nationalwart Dieter Burdenski (35) hat seinen Vertrag beim Bundesliga-Tabelleinführer Werder Bremen um ein Jahr bis zum 30. Juni 1987 verlängert. Burdenski soll für dieses Jahr rund 250 000 Mark erhalten.

Renntag in Neuss abgesagt

Neuss (dpa) - Der für Samstag (15. Februar) vorgesehene Galopp-Renntag in Neuss mußte abgesagt werden. Das winterliche Wetter hat das Gelläuf

SKI ALPIN

Wasmeyers erster Abfahrt-Titel

Turnier in Boca West (Florida), erste Runde, Herren: Van Patten (USA) - Lavalle (Mexiko) 7:6, 6:3, Acuna (Chile) - Annacone (USA) 6:3, 4:6, 7:6, Anger (USA) - Masetti (Mexiko) 7:6, 6:1, Lendl (CSSR) - Saeidi (USA) 6:2, 7:6, 7:6, Schoppers (Holland) - Kriek (USA) 7:4, 4:6, 7:5, Curren (USA) - Wostenholme (Kanada) 6:4, 6:2, Noah (Frankreich) - Berger (USA) 4:6, 6:1, 6:3 - Damen: Bassett (Kanada) - Kijimuta (Japan) 7:5, 6:3, Gomer (England) - Frenkel (Deutschland) 6:7, 6:3, 6:1, Evert-Lloyd - Sloane (beide USA) 6:4, 6:4.

SKI ALPIN

Deutsche Meisterschaften in Todtnau, Abfahrt, Damen: 1. Mosenlechner (Inzell) 1:23,82, 2. Kiehl (München) 1:24,68, 3. Wiesler (Staufen) 1:24,75, 4. Gerg (Lengries) 1:24,87, 5. Meier (Rotach-Egern) 1:25,85, 6. Dettler (Kempten) 1:25,44 - Herren: 1. Wasmeyer (Schllessen) 1:19,67, 2. H. Renoth (Berchtesgaden) 1:21,18, 3. Wildgruber (Oberaudorf) 1:21,43, 4. P. Renoth (Berchtesgaden) 1:21,51.

GEWINNQUOTEN

Letzte Klasse 1: 2 474 356,90 Mark, 2: 1 344,10, 3: 749,70, 4: 188,20, 5: 11,11. Toto: 1: 2390,10, 2: 92,30, 3: 9,00, - 6 ans 45: - 1,25,44, Jackpot: 235 412,10, 2: 156 798,10, 3: 3496,20, 4: 49,90, 5: 5,10, - Kennziffer: Kennz. A: 1 200,90, 2: 23,70, - Kennz. B: 1: 165,40, 2: 44,30, (Ohne Gewähr)

RADSPORT / Drei junge deutsche Profis stehen bei ausländischen Mannschaften hoch im Kurs

Peter Hilse, ein neuer Stern. Sein spanischer Chef rief die Mutter an und lobte „Don Pedros“ Arbeit

KLAUS BLUME, Bonn. Sechs Sekunden hatten ihn gefehlt, um eine ganz persönliche Scharte auszuwetzen. Sechs Sekunden Rückstand hatte der Freiburger Radprofi Peter Hilse bei der „Ruta del Sol“ in Andalusien hinter dem siegenden Holländer Steven Rooks - und hatte 1983 immerhin schon den schweren belgischen Eintagsklassiker Lüttich-Bastogne-Lüttich gewonnen. Zweiter war Hilse hinter ihm geworden, dabei hätte er so gern mit seinem Freund Rolf Götz aus Bad Schussenried gleichgezogen. Dem war nämlich im Jahr davor auf der „Ruta del Sol“ in seinem ersten Profis-Rennen der erste Sieg gelungen.

Erster Götz, Zweiter Hilse - der junge Mann aus Freiburg stampelt demnach noch immer seinem ganz persönlichem Phantom Rolf Götz hinterher. Als Amateure haben sich die beiden schon bei jedem Rennen behauptet, und das gleich zu Beginn ihrer Karriere in der deutschen Junioren-Nationalmannschaft. Wenn es irgendwie ging, haben sie dann anschließend gemeinsam trainiert.

Vertrag bei der französischen Mannschaft „System U“, und die wird immerhin von einem der ganz großen Top-Stars des internationalen Radspors angeführt, von dem zweimaligen Tour-Sieger Laurent Fignon aus Paris.

Klassikers Paris-Roubaix wurde, sind allesamt Rennfahrer der allerersten Garnitur.

Doch im letzten Jahr trennten sich ihre Profis-Verträge beim renommierten italienischen Team Del Tongo (Kapitän: Giuseppe Saronni), während Hilse durch Vermittlung des Trierer Raimund Dietzen bei der spanischen Team-Mannschaft als Berufsfahrer unterkam. Hilse freute sich damals schon darauf, bei der „Ruta del Sol“ gegen seinen Freund Rolf Götz anzutreten, da stellte Teika ihn für dieses Rennen nicht auf. Am Straßenrand erlebte er dann die Triumphfahrt seines Freundes. Zwölf Monate später wollte er es ihm endlich gleichtun, doch sechs Sekunden fehlten ihm zum Sieg.

Deutsche Radprofis in ausländischen Diensten: Rolf Götz, nun im zweiten Jahr Berufsfahrer, hat diesmal als schwerste Aufgabe den Giro d'Italia vor sich, was für den Schwaben wirklich eine Prüfung besonderer Art werden kann. Wenn nämlich seinem italienischen Kapitän Saronni wieder mal die Nerven durchgehen sollten, wenn im Team dann alles drunter und drüber geht, soll Rolf Götz für die Richtung sorgen - als Saronni-Ersatz. So hat es die Teamleitung beschlossen.

Ralf Hofeditz, der im letzten Jahr noch beim französischen Gribaldy-Team fuhr und in letzter Minute aus dem Tour-Angebot ausgeteilt wurde, weil dann er in Zürich lebende und in Frankreich weithin unbekannt französische Meister Jean-Claude Leclercq an seiner Stelle hinterherfahren durfte, ist bei „System U“ in ein Team geraten, bei dem es freilich stets gilt, Härte zu zeigen. Denn Fignon, Ex-Weltmeister Alain Bondue und Marc Madiot, der 1985 Sieger des

Peter Hilse wiederum wartet darauf, bei der Tour de France eingesetzt zu werden, dem schwersten Etappenrennen der Welt - als Assistent seines deutschen Kapitäns Raimund Dietzen, der es als Radrennfahrer durch seine vorderen Plätze in der Spanien-Rundfahrt im Ausland zu hohem Ansehen gebracht hat. Der 24jährige Essener Ralf Hofeditz wiederum erhielt dieser Tage sogar einen

Und die anderen deutschen Profis? Gregor Braun hat ein Angebot von Götz-Team Del Tongo erhalten. Thunau und Kristen wiederum hoffen auf ein sogenanntes „German Professional Team“, das der Verband gründen will und für das Geldgeber gesucht werden. Ex-Weltmeister Rudi Altig soll als Teamchef der darin vereinten arbeitslosen deutschen Profis fungieren.

TENNIS

Zwergenaufstand: Popp übt Kritik an Boris Becker

Deutschland und der Davis-Cup - dafür stand hierzulande doch nur der Name Boris Becker. Die anderen waren nur Randfiguren, die halt zur Mannschaft gehören. Sechs Wochen nach dem Finale in München und vier Wochen vor der ersten Runde 1986 in Mexico City aber proben die Zwergenaufstand. Zum Wörtführer hat sich der Frankfurter Wolfgang Popp (130. der Welt Rangliste) aufgeschwungen, beflügelt durch seinen Sieg über den Amerikaner Scott Davis (20. beim Turnier in Boca West (Florida)).

Der Streitpunkt der Diskussion ist und bleibt die Besetzung des Doppels. Zum ersten Mal wagte es jetzt ein deutscher Spieler, den Wimbledonssieger anzugreifen. Wolfgang Popp: „Man muß doch die Dinge mal beim Namen nennen: Boris ist auch nicht gerade der Supertechniker im Doppel. Ich weiß, das klingt vielleicht blödsinnig, wenn ich jetzt etwas ausgebreitet an ihm kritisiere. Aber sein Return und sein Volley sind immer noch nur Durchschnitt. Wenn der nicht einen so starken Aufschlag hätte! Ich glaube, zur Zeit ist das Problem, daß keiner allzu gerne mit ihm Doppel spielen will. Das ist nämlich ein undankbarer Job. Gewinnt das Doppel, sagen alle, nur wegen Boris. Verliert es, dann war mit Sicherheit immer der andere schuld. Deshalb sehe ich auch ernsthafte Schwierigkeiten, was den Fräher immer so tollten Teamgeist angeht.“

Popp geht in seiner Kritik noch weiter. Über die Gruppe Tiriac, Bosch und Becker sagt er: „Ich habe es schon in München gesehen, als nur noch Bosch und Tiriac in die Kabine von Boris durften. Nicht mal der Teamkapitän Bungert oder Trainer Filic. Wo gibt's denn so etwas? Das dokumentiert, was los ist. Die sind doch nur an den zwei Einzel von Boris interessiert. Das sind eiskalte Profis. Und das alles trifft jetzt voll auf ein bisher intaktes Team.“

Auch der Deutsche Tennis-Verband (DTB) bekommt sein Fett ab. Popp: „Die haben den Faden zum Normalen verloren. Unser Masseur Helmut Kramer hat nach dem Davis-Cup fast geheult, weil er vom Verband bei der Feier vergessen wurde. Da fehlt es am Stil. Aber wenn ich jetzt was sage, wird einmal kurz gehustet. Das juckt die doch gar nicht.“

STANDPUNKT / Der Weg zu offenen und kostenlosen Spielen

Mit der in Lausanne offensichtlich beschlossenen und halbamtlich verkündeten Professionalisierung und Kommerzialisierung der Olympischen Spiele ist die olympische Eingliederung in die materialistische Welt vollzogen. Im Spitzensport sind die Geldmacher am Werk. Und der Weg, den sie begehen, wird immer deutlicher: hin zu den offenen und für die Teilnehmer kostenlosen Spielen.

In einer jetzt vom Kanadier Richard W. Pound vorgelegten Ausarbeitung ist festgeschrieben, daß es bereits ab 1988 Startgelder gibt: pro Mannschaft ein Minimum von 10 000 Dollar und zusätzlich 300 Dollar für jeden aufgetretenen Athleten. Für

1988 stehen bisher rund fünf Millionen Dollar zur Verfügung. Diese Startgelder sind das erste greifbare Resultat des 1983 initiierten und im Mai 1985 abgeschlossenen Verhandlungs- und Vermarktungsvertrages zwischen dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und der ISL-Marketing-Gesellschaft, die in Luzern sitzt und zu 51 Prozent dem deutschen Sportartikelhersteller Horst Dassler (Adidas) gehört. Das Startgeld-Programm ist vor allem für die ärmeren Nationalen Olympischen Komitees interessant.

weitem nicht so schlagkräftig wirken: „All comes down to money“ (alles läuft auf Geld hinaus) und „If you can't beat him, join him“ (jemanden, den du nicht schlagen kannst, mußt du umarmen).

In diesem Zusammenhang fallen dem Beobachter zwei im englischen Sprachgebrauch hinreißende Formulierungen ein, die im Deutschen bei

dem sich nach dem amerikanischen Medienphilosophen Neil Postman „die Gesellschaft zu Tode amüsiert“, hatten für sie noch eine andere Dimension. Inhalt und Darstellung der Olympischen Spiele haben sich nach 1972 von Grund auf verändert. Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, erschien 1980 synchron mit den geistigen Wandlungen der olympischen Welt und steht nun, obwohl nur ein Mitläufer, als Vorreiter an der Spitze des Leistungssports.

Um es in aller Deutlichkeit (aber auch in allen Ehren) zu formulieren: Wer ja zu den Olympischen Spielen sagt, muß Geld nehmen. KAS

Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken! W 296

DIE WELT UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND. Includes contact information for various departments like Redaktion, Druckerei, and Abonnement.

COLOMBO. ZWEIMAL PRO WOCHE. AUF PARADIESISCHEN SCHWINGEN. Advertisement for Air Lanka featuring a map of flight routes and contact details.

Export - Ihr Job? Advertisement for Helseher featuring a globe and text about international export opportunities.

„Gnade vor Recht“ für die Ausgetauschten

AP, Bonn Weniger spektakulär als der Gefangenenaustausch an der Glienicker Brücke in Berlin waren die geheimen Vorbereitungen der Justizbehörden in der Bundesrepublik Deutschland...

Der Bundespräsident, so sieht es Artikel 66 des Grundgesetzes vor, übt im Einzelfalle für den Bund das Begnadigungsrecht aus.

Die dritte und endgültige Kompetenzregelung liegt in der Anordnung des Bundespräsidenten über die Ausübung des Begnadigungsrechts des Bundes vom 3. November 1970.

„Ein Gnadenbeweis“, so erläuterte Kurt Kemper, Referent im Bundesjustizministerium, wird nicht begründet und ist nicht anfechtbar.

„Wir ließen ihn reden, damit die Spannung wich“

RUDOLF ZEWELL, Frankfurt Selbst der Defekt an der Bremsleitung des Flugzeuges, mit dem der sowjetische Bürgerrechtler Anatoli Schtscharanski nach seiner Freilassung von Berlin nach Frankfurt fliegen sollte...

Ludwig Rehlinger, Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium, den den 37-jährigen am Morgen zusammen mit dem amerikanischen Botschafter in Bonn, Richard Burt, auf der Glienicker Brücke in die Freiheit geführt hatte...

Zur gleichen Zeit an einem anderen Schauplatz: Auf dem Rhein-Main-Flughafen in Frankfurt harrten rund 50 Journalisten umlagert von Technikern und Kameraleuten der Fernsehkanäle der Ankunft des Mannes entgegen.

Avital wurde sofort in die VIP-Lounge geführt

Ihm entstieg eine hübsche Frau, in dunkler Jacke und mit einem hinter dem Haarschopf zusammengebundenen Kopftuch. Doch der Anblick Avital Schtscharanskis war für die Journalisten nur von kurzer Dauer.

Beamte des Bundesgrenzschutzes in ihren Kampfanzügen und Polizisten mit Maschinenpistolen bewaffnet regelten die Zugänge zu diesem Bereich ab.

Schtscharanski verhindern würden. Sicherheit ging vor. Die Kontrollen wurden so streng ausgelegt, daß sogar Leute, die nur Blumen abgeben wollten, ohne Kommentar zurückgewiesen wurden.

Kurz vor 13 Uhr schließlich setzte die Airforce-Maschine aus Berlin mit Anatoli Schtscharanski an Bord im militärischen Bereich des Frankfurter Flughafens auf. Der amerikanische Konsul begrüßte den freigelassenen Bürgerrechtler auf dem Rollfeld.

Das Wiedersehen fand unter vier Augen statt

Nach dem Empfang durch Israels Botschafter in Bonn, Itzhak Ben Ari, wurde Schtscharanski in ein Zimmer geführt, wo er seine Frau erstmals nach zwölf Jahren wieder in der Arme schließen durfte.

Mit schlichten, zu Herzen gehenden Worten bedankte sich Avital Schtscharanski anschließend bei Richard Burt und Ludwig Rehlinger.

Um 14.23 Uhr schließlich hob die zweistrahlige israelische Maschine mit dem Ehepaar Schtscharanski von der Starbahn in Frankfurt ab.

Ludwig Rehlinger sagte nach dem reibungslosen Ablauf des Gefangenenaustausches auf deutschem Boden bescheiden: „Die Bundesregierung hat in dieser Angelegenheit sich mit allem Nachdruck engagiert und das Mögliche getan, um die Sache zu einem guten Ende zu bringen.“

Das Glück sprach ihm geradezu aus dem Gesicht, als Anatoli Schtscharanski freudestrahlend auf dem Ben-Curion-Flughafen bei Tel Aviv dem kleinen „Westwind“-Flugzeug entstieg.

Peres würdigt die Rolle des Kanzlers bei der Freilassung Schtscharanskis

Israels Ministerpräsident bedankte sich in einem Telefongespräch bei Helmut Kohl

DW, Jerusalem Bundeskanzler Helmut Kohl hat offensichtlich einen „entscheidenden Beitrag“ zu der Freilassung Anatoli Schtscharanskis geleistet.

Kurz vor 13 Uhr schließlich setzte die Airforce-Maschine aus Berlin mit Anatoli Schtscharanski an Bord im militärischen Bereich des Frankfurter Flughafens auf.

Der israelische Ministerpräsident hat nach Angaben von Radio Jerusalem noch am Dienstagabend in Bonn angemerkt, um sich bei Helmut Kohl für seine Bemühungen und die Rolle zu bedanken, die der Bundeskanzler bei der Befreiung des jüdischen Regimekritikers Anatoli Schtscharanski aus der Sowjetunion gespielt habe.

In dem Gespräch, so der Rundfunk, habe Kohl dem israelischen Premier

versprochen, sich auch weiterhin für die Freilassung jüdischer Dissidenten aus der Sowjetunion zu bemühen.

Regierungssprecher Friedrich Ost erklärte gestern in Bonn auf die Frage nach dem Beitrag Kohls, der Kanzler habe sich seit vielen Monaten für die Ausreise des Bürgerrechtlers eingesetzt.

Der Kanzler, so Ost, bedauere jedoch, daß der sowjetische Bürgerrechtler zusammen mit ausgetauschten Spionen über die Grenze gekommen sei.

Präsident Reagan hatte in seiner Pressekonferenz in der Nacht zu gestern erklärt, Schtscharanskis Freilassung habe ihn sehr ermutigt.

In Israel heißt Anatoli jetzt Nathan

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem „Gelobt seist du, o Ewiger, der du Gefangene von ihren Fesseln befreist.“

Um 14.23 Uhr schließlich hob die zweistrahlige israelische Maschine mit dem Ehepaar Schtscharanski von der Starbahn in Frankfurt ab.

Gleich darauf gab Herzog ein Kommuniqué heraus, in dem es hieß: „Anatoli Schtscharanski ist ein Vorbild und Symbol geworden.“

Anatoli trug eine neue, hellbraune Windjacke, Avital ein neues dunkelblaues Kleid.

Der Umarmungen, Küsse und Händedrücke wollten kein Ende nehmen.

Schtscharanski fiel dem wartenden Ministerpräsidenten Shimon Peres in die Arme. Eine gute halbe Minute umarmten sich Peres und sein neuster Staatsbürger zur Begrüßung.

„Wir sind alle so ergriffen wie Sie“, sagte Peres zu Anatoli. „Wie fühlen Sie sich?“ Anatoli antwortete in fließendem Hebräisch, das er sich in neun Jahren Haft aus geschwägelter Lehrbüchern beigebracht hatte.

Anatoli trug eine neue, hellbraune Windjacke, Avital ein neues dunkelblaues Kleid.

darauf hin, daß er beim Gipfelfreffen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow im November vergangenen Jahres in Genf eingehend über die Frage der Menschenrechte gesprochen habe.

In Israel besteht allerdings wenig Hoffnung, daß es eine Kursänderung in der Politik Moskaus gegenüber den jüdischen Juden gibt.

Die amerikanische Regierung hat gestern noch einmal der sowjetischen Darstellung widersprochen, daß Schtscharanski für die USA spionierte.

Der Aufwand der Regierung für Anatolis Ankomst in Israel überstieg alles bisherige.

Nach seiner Ankomst erhielt Schtscharanski auch die israelischen Einwanderungsdokumente und nahm den hebräischen Namen Nathan an.

„Dieser Mann ist noch härter als Breschnew.“ Anlaß zu dieser Einschätzung gab vor allem die Diskussion über die Menschenrechte.

Die Kennedy'schen Bemerkungen über die Freilassung von Anatoli Schtscharanski, die Kennedy als Moskau mitbrachte, erklärte das State Department, es handle sich dabei um sieben Familien.

Wie Gorbatschow Kennedy eine Lektion erteilte

Senator Edward Kennedy zu Senepolitische Missionen scheinen unter keinem guten Stern zu stehen.

Mitarbeiter aus der Umgebung Kennedys bezeichnen das Treffen zwischen den beiden als „zweifellos eiskalt“.

Anlaß zu dieser Einschätzung gab vor allem die Diskussion über die Menschenrechte.

Kennedys Eindruck stimmt überein mit Berichten vom letzten Besuch des amerikanischen Außenministers Schultz und des damaligen Sicherheitsberaters McFarlane zur Vorbereitung des Genfer Gipfels im Kremel.

Zu den 25 Ausreisegenehmigungen für sogenannte „Refuseniks“, die Kennedy aus Moskau mitbrachte, erklärte das State Department, es handle sich dabei um sieben Familien.

Lohnvertrag '86
Damit der Geldwert stimmt.
Nirgendwo auf der Welt ist der Geldwert heute so beständig wie bei uns.
Auch 1986 sollten wir alles tun, um Weltmeister in Preisstabilität zu bleiben.
Eine gemeinsame Aufgabe der Tarifpartner.
GESAMMETALL Die Arbeitgeber der Metallindustrie · Postfach 25 01 25 · 5000 Köln 1

Wörner schlägt ein neues Verteidigungssystem vor

Europäer sollen auf sowjetische Raketenbedrohung antworten

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die nicht mehr zu übersehenden sowjetischen Bemühungen, die Angriffsfähigkeiten gegenüber der NATO in Europa weiter auszubauen, haben Verteidigungsminister Manfred Wörner zu einem spektakulären Schritt veranlaßt.

Verteidigungsminister Wörner hat bereits auf der letzten Tagung der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel die Forderung nach Entwicklung eines derartigen Verteidigungssystems in Europa vorgebracht.

Bundeswehr-Verband für Soldatinnen

dpa, Bonn

Der Deutsche Bundeswehr-Verband hat sich für die Aufnahme von Frauen in die Bundeswehr auf freiwilliger Basis ausgesprochen.

Jugend arbeitet für den Frieden

AP, Bonn

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat der Schlesischen Jugend bei der Schaffung einer europäischen Friedensordnung einen klaren Blick für die Aufgaben der Gegenwart in die Zukunft bescheinigt.

Qualifizierte Lehrlinge sind wieder gefragt

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Wirtschaft beginnt für die Ausbildung ihres Nachwuchses die Weichen neu zu stellen.

Dabei werden die staatlichen Stellen unmissverständlich gemahnt, nicht durch bürokratische Gängelei oder allzustarke politische Rücksichtnahmen und Konsens-Streben die notwendigen Qualitätsverbesserungen im dualen System zu behindern.

Insgesamt, so die Klage der Wirtschaft, werde eine Modernisierung von Ausbildungsordnungen unter anderem aus Rücksicht auf gewerkschaftliche Forderungen verhindert.

Der Kritik und der Forderung nach einer Qualitäts-Steigerung stellen die Autoren des DIHT-Papiers eine eindrucksvolle Bilanz eigener Leistung gegenüber.

Handwritten note or signature at the bottom of the page.



PERU Der IWF mahnt Zahlungen an

Sht. Washington Eine Warnung hat das Direktorium des Internationalen Währungsfonds (IWF)...

IM BLICKPUNKT / Der Holländer Hermanus Koning hat die eineinhalb Jahre an der Grundig-Spitze genutzt Das Grobrenemachen zeigt bereits erste Erfolge

Hermanus Koning, seit knapp zwei Jahren Vorstandschef der Grundig AG in Fürth, führt wieder festeren Boden unter den Füßen...

lich reduziert, und nur das französische Werk läuft - wie Spanien mit geringerer Produktionstiefe - weiter...



Hermanus Koning ZICHUNG: BOHLE

Führungsposition im europäischen Farbfernseh-Markt wird damit noch ausgebaut. Kooperativ geht es auch im innerbetrieblichen Verhältnis zur Belegschaft...

Ladenschlußgesetz nicht verabschiedet

Das von der Regierung Thatcher eingebrachte Gesetz zur Aufhebung der Ladenschlußzeiten, womit Geschäfte und Kaufhäuser künftig auch an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein können...

EG / Die BIZ als Clearingstelle für Ecu-Operationen Abrechnung wird erleichtert

Die Europäische Währungsunion Ecu gewinnt immer größere Bedeutung auf den internationalen Finanzmärkten...

Emission, das amerikanische Institut bedient die Dollar-Anleihe der EG. Die Operation ermöglicht es der Gemeinschaft Ecu und den Home-Loan-Banks Dollar zu beschaffen...

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Fusion perfekt Pittsburgh (VWD) - Die Aktionäre der Texas Oil & Gas haben der vorgeschlagenen Fusion der United States Steel Corp. mit der Texas Oil & Gas Corp. zugestimmt...

Konkurs angemeldet Miami (dpa/VWD) - Die amerikanische Fluggesellschaft "Arrow Air" in Miami, seit dem Absturz einer DC-8 im vergangenen Dezember in Schwierigkeiten...

Kodak baut Personal ab New York (dpa/VWD) - Die Eastman Kodak Company, international führender Hersteller von Fotoausrüstungen...

Export-Hilfen Buenos Aires (dpa/VWD) - Ab Anfang März erleichtert die argentinische Regierung die Ausfuhr für 42 Landwirtschafts- und Industrieerzeugnisse...

Rote Zahlen bei TWA New York (dpa/VWD) - Das US-Flugunternehmen Trans World Airlines (TWA) hat 1985 einen Verlust von 193,1 Mill. Dollar ausgewiesen...

Pazifik-Abteilung verkauft New York (dpa/VWD) - Die finanziell angeschlagene US-Fluggesellschaft Pan Am hat ihre gesamte Pazifik-Abteilung dem Konkurrentenunternehmen United Airlines (UA) für 715,5 Mill. Dollar (1,7 Mrd. DM) übergeben...

Hohe Zinszahlungen Caracas (dpa/VWD) - Die lateinamerikanischen Staaten haben in den vergangenen vier Jahren 106 Mrd. Dollar an Zinsen für ihre Auslandsschulden (über 350 Mrd. Dollar) bezahlt...

Konkurrenz gewachsen Paris (J. Sch.) - Die innerfranzösische Luftverkehrsgesellschaft Air Inter, die in den letzten Jahren vor allem auf der Strecke Paris-Lyon wegen der Konkurrenz der fast ebenso schnellen TGV-Züge schwere Umsatzzurückgänge verbuchte...

NAMEN

Dr. Eckhard Gottschalk (50), bisher Sprecher der Geschäftsleitung der Bankers Trust GmbH, Frankfurt, wird am 1. April 1986 ordentliches Mitglied im Vorstand der Industriekreditbank AG - Deutsche Industriebank, Düsseldorf/Berlin.

FRANKREICH / Nur 29 Prozent der Ausfuhr versichert

Angst vor politischen Risiken Die französische Außenhandelsbilanz könnte schon längst aktiv sein, wenn die mittleren und kleineren Exporteure weniger Angst vor den finanziellen und politischen Risiken ferner Länder hätten...

kommen mit den Schuldnerländern übernommen hatte. Derart entlastet leistete die Coface im Berichtsjahr an Entschädigungszahlungen acht (8,3) Milliarden Franc...

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bergisch Gladbach: Westaufbau GmbH; Codan-Bau GmbH; Untereschbach: Geleitenbrücken Bauwerk; Anterbrink G.m.b.H. u. Co. KG; Wasserberg; Groß-Gerau: Nachl. d. Achim Johannes Palm; Steakhaus B&B GmbH; Mörfelden-Waldorf, Köln: Obstland Fruchterzeugnisse-GmbH; Nürnberg: Oswald Süssmann, Lauf; Restlingen: Kiersy & Seacht GmbH, Dental-Labor, Engstingen.

Die mit der deutschen Hermes vergleichbare Coface, die bis 1983 mehr oder weniger hohe Verluste verbucht hatte, schloß ihr Geschäftsjahr 1985 mit einem Gewinn von rund einer Milliarde Franc ab, nach plus 0,4 Milliarden Franc 1984. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die Banque de France zuvor rund neun Milliarden Franc notleidend gewordene Forderungen im Rahmen der allgemeinen Umschuldungs- und Stundungsab-

NIGERIA / Auch 1985 wurde kein Wachstum erzielt - Größtes Problem sind die hohen Auslandsverbindlichkeiten Geringere Öl-Einnahmen schwächen die Wirtschaft

Die westafrikanische Republik Nigeria durchlebte 1985 ein weiteres wirtschaftliches und politisches Krisenjahr. Nur wenige Anhaltspunkte sprechen dafür, daß 1986 eine Besserung der Lage eintreten wird...

stige Verbindlichkeiten aus Handelsbeziehungen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten haben - so die Ergebnisse des Berichts - erneut zu politischer Instabilität geführt. Das erst Ende 1983 an die Macht gekommene Militärregime wurde im August 1985 durch einen neuerlichen Militärputsch gestürzt...

basis. An der Verwirklichung nationaler Großprojekte zum Ausbau der Stahlindustrie und zur Errichtung von Raffinerien, eines petrochemischen Komplexes und einer Gasverflüssigungsanlage soll festgehalten werden, obwohl über die Finanzierung dieser Vorhaben bisher keinerlei Klarheit besteht. Experten sind der Auffassung, daß das Bruttoinlandsprodukt auch 1985 weiter zurückgegangen ist. Es ist seit 1980 nicht mehr gewachsen und schrumpfte 1984 um 1,1 Prozent auf 56,7 Mrd. Naira (rund 154 Mrd. DM).

1985 auf 4,4 Mrd. Dollar veranschlagt, etwa 40 Prozent der erwarteten Exporterlöse. Babangida verkündete daher in seiner Neujahrsansprache 1986 einseitig eine Begrenzung für die Bedienung der Auslandsschulden auf 30 Prozent der nigerianischen Exporteinkünfte. Im Außenhandel hat Nigeria 1985 vermutlich wieder einen Exportüberschuß erzielt, obwohl die Begrenzung der Warenimporte auf 3,15 Mrd. Naira nicht eingehalten wurde, und Waren im Wert von wahrscheinlich mehr als fünf (1984: 7,2) Mrd. Naira (18,6 Mrd. DM) importiert wurden. Die Exportseite profitierte davon, daß die Erdölförderung 1985 voraussichtlich etwas höher war als 1984. Experten gehen davon aus, daß durchschnittlich 1,3 bis 1,4 Mill. Barrel (ein Barrel gleich 159 Liter) pro Tag gefördert wurden, aus denen Nigeria Einnahmen von rund elf bis zwölf Mrd. Dollar erwirtschaftet haben dürfte.

FILMWIRTSCHAFT / Die Sorgen nehmen wieder zu Besucherschwund in den Kinos

ERWIN SCHNEIDER, Berlin Eine unerschütterliche Entwicklung nimmt die deutsche Filmwirtschaft. Während sich die Probleme der Filmtheater durch die Konkurrenz von Fernsehen und Video weiter verschärfen werden, können sich die Hersteller und Verleiher auf diese Änderung der Arbeitsstruktur, die nicht unbedingt eine Verringerung des Absatzvolumens nach sich ziehen muß, besser einstellen. Das stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, in einer Studie „Zur Entwicklung der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik“ fest, die zur Eröffnung der 36. Internationalen Filmfestspiele in Berlin (14. bis 25. Februar) veröffentlicht wurde. Für die Kinos war das letzte Jahr ein schwarzes: Mit 102 Millionen Besuchern (neun Prozent weniger als im Vorjahr) wurde der niedrigste Stand seit Ende des Zweiten Weltkrieges erreicht. Dabei zogen die sieben erfolgreichsten Filme - darunter „Otto - Der Film“, „James Bond“, „Rambo“ und „Amadeus“ - mehr als ein Viertel der Besucher an, so die DIW-Studie weiter. Seit 1980 sinkt die Zahl der Kinogänger von über 500 Millionen kontinuierlich. Zwar kam Ende der 70er Jahre wieder etwas Hoffnung auf, als sich die Zahl bei rund 120 Millionen stabilisierte, aber schon 1981 zeigte die Kurve wieder nach unten. Nicht ganz so drastisch verlief die Einkommensentwicklung. Vom Umsatz erreichte das Jahr 1981 mit 1,01 Mrd. DM bei 1243 Unternehmen und 15.209 Beschäftigten das Niveau, das 1985 zwar wieder mit einem Umsatz von nur noch 775 Mill. DM deutlich entfiel. Doch liegt der Umsatz we-

gen der Erhöhung der Eintrittspreise klar über dem Stand der 60er und frühen 70er Jahre. Ungeachtet der Entwicklung der Zahl der Filmtheater und Sitzplätze. Trotz steigender Zahl der Filmtheater von 1977 mit 3072 bis 1984 mit 3611 Kinos, verringerte sich das Sitzplatzangebot ständig auf nun weit unter eine Million. Die durchschnittlich 217 Sitzplätze je Filmtheater waren dazu nur zu 15 bis 20 Prozent je Vorstellung ausgelastet. Mit dieser Entwicklung liegen die deutschen Kinos im internationalen Trend, schreibt das DIW weiter. Die Ausnahme bildet nur die USA. Dort stieg die Zahl der Besucher von 1985 bis 1983 um 16 Prozent und die Zahl der Kinos um 48 Prozent. Vom gesamten Markt der Filmwirtschaft in der Bundesrepublik, der 1983 ein Umsatz-Volumen von gut 3 Mrd. DM bei 2061 Unternehmen und knapp 22.000 Mitarbeitern erreichte, hält die Filmherstellung einen Umsatz von gut 836 Mill. DM bei 615 Unternehmen und 3900 Beschäftigten. Auf den Filmverleih und -vertrieb entfielen 881 Mill. DM Umsatz bei 185 Unternehmen und 1800 Beschäftigten. Filmtechnische Betriebe erzielten einen Umsatz von 340 Mill. DM. Diese Sparten der Filmwirtschaft wiesen seit Beginn der 70er Jahre eine stetige Aufwärtsentwicklung auf, der Umsatz des gesamten Marktes hat sich von 1973 bis 1983 von 1,4 Mrd. DM mehr als verdoppelt. Als Fazit stellt das DIW fest, daß die „gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Filmwirtschaft zwar nach wie vor gering“ sei, doch leisten sie einen „wesentlichen kulturellen Beitrag“.

WESTLAND Entscheidung für Sikorsky

Die Mehrheit der Aktionäre des britischen Hubschrauberherstellers Westland hat sich für eine Beteiligung der amerikanisch-italienischen Gruppe Sikorsky-Fiat und damit gegen eine Beteiligung des europäischen Hubschrauber-Konsortiums ausgesprochen. Dies stand gestern nachmittag fest, noch bevor das eigentliche Abstimmungsergebnis bekannt wurde. Da das europäische Konsortium (MBB, Aerospaciale, Agusta, British Aerospace und GEC) zuvor bei dem Versuch, die gestrige Abstimmung über die Sikorsky-Beteiligung um drei Wochen zu verschieben, eine Abstimmungsänderung im Verhältnis zwei zu eins der Aktionärsstimmen hinnehmen mußte, bestand kein Zweifel mehr an Ausgang der folgenden Beteiligungs-Entscheidung. Die Europäer forderten eine dreiwöchige Verschiebung dieser entscheidenden Aktionärs-Abstimmung, nachdem sechs unbekannte Personen oder Gruppen während der vergangenen Wochen insgesamt 20 Prozent der Westland-Aktien gekauft hatten. Dies wurde von einer Untersuchungskommission der Londoner Börse herausgefunden. Drei der sechs mysteriösen Aktionäre, die zum Sikorsky-Westland-Lager geschwehrt werden, lassen sich von Schweizer Banken vertreten. Dies bedeutet, daß die Kleinaktionäre nur noch knapp 16 Prozent der Westland-Aktien halten. Damit lag die Entscheidung über die Zukunft von Westland in den Händen von zwölf Großaktionären. Entsprechend verwundert es nicht, daß das europäische Konsortium bei seinem Versuch, mit einem günstigen Angebot Kleinaktionäre zum Verkauf ihrer Aktien an das Konsortium zu bewegen, um den Europäern damit eine Aktienmehrheit zu garantieren, scheitern mußte. Für eine Mehrheit wäre der zusätzliche Kauf von 20,2 Prozent der Westland-Aktien notwendig gewesen - und nicht nur 4,26 Prozent. Der ehemalige Verteidigungsminister Heseline, Befürworter einer europäischen Lösung, reagierte auf die Enthüllungen der Londoner Börse äußerst verärgert.

USA Haushaltsdefizit belastet nur wenige

Den riesigen Schuldenberg, der sich in Washington aufgetürmt hat, empfinden die US-Bürger offenbar nicht als eine bedrohliche Last, obwohl er in diesem Herbst 2075 Mrd. Dollar - die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts - erreichte. Nach einer Umfrage des „Wall Street Journal“ und der Fernsehgesellschaft NBC, haben nur 31 Prozent der Amerikaner die Haushaltsdefizite, die in den letzten Jahren mit jeweils mehr als 200 Mrd. Dollar zu Buch schlugen, für ein nationales Problem. Die große Mehrheit fühlt sich zwar nicht ganz wohl angesichts dieser gewaltigen Zahlen. Zu schmerzhaften Eingriffen ist sie jedoch nicht bereit. So lehnen 53 Prozent eine höhere Benzinsteuern und 56 Prozent eine Aufstockung der 1981 bis 1983 um ein Viertel gesenkten Einkommensteuern ab. Allerdings würden 52 Prozent eine nationale Umsatzsteuer akzeptieren. Praktisch alle Amerikaner sind indes für eine weitere Kürzung der Bundesausgaben. Werden die Fragen aber konkret, werfen die meisten das Handtuch. Zum Beispiel: Von den Befragten sind 72 Prozent gegen den automatischen Streichmechanismus, der als Teil des neuen Haushaltsausgleichsgesetzes jetzt von drei Bundesrichtern für verfassungswidrig erklärt worden ist. Sogar 86 Prozent verurteilen die Einschränkungen, die in der Gesundheitsfürsorge der Rentner geplant sind, und 68 Prozent machen Front gegen reduzierte Unterstützungsprogramme für Arme und Kleinbetriebe. Auch die Subventionen für den Massentransport sollten umgestoßen werden. Für 51 Prozent ist der Verteidigungsetat ebenfalls tabu. 66 Prozent der Befragten wollen es dem Kongress überlassen, wann und wie Bundesprogramme zu kürzen sind; dafür plädiert auch viele republikanische Wähler.

Weit verbreitet scheint in den USA jedoch die Erkenntnis zu sein, daß „eines Tages“ das Defizit beseitigt und der Schuldenberg abgetragen werden muß. So glaubt jetzt über die Hälfte der US-Bürger an negative Auswirkungen auf die persönlichen Finanzen in den nächsten Jahren.

NG BANK / Gute Zuwächse im Einlagengeschäft Langfristige Kredite gefragt

Zufriedenstellende Zuwächse im Einlagengeschäft und eine nur mäßige Entwicklung auf der Kreditseite kennzeichneten das Geschäft der Norddeutschen Genossenschaftsbank AG, Hannover, 1985. Nach vorläufigen Angaben des Instituts haben die 621 mit der NG Bank zusammenarbeitenden Kreditgenossenschaften ihre Einlagenbestände gegenüber dem Vorjahr um 4,3 Prozent auf rund 41,7 Mrd. DM ausgeweitet. Die Forderungen nahmen nur um 0,1 Prozent auf 32,4 Mrd. DM zu. Bei den Ausleihungen beobachtet die NG Bank deutliche Umschichtungen von kurz in den langfristigen Bereich. Während die Kredite mit Laufzeiten bis zu vier Jahren sich um 5,7 Prozent auf 13,2 Mrd. DM reduzierten, stiegen die langfristigen Forderungen um 5,1 Prozent auf 18,5 Mrd. DM. Daran zeige sich, daß die Kreditnehmer im wesentlichen nicht

mit einem weiteren Zinsrückgang rechnen. Die als Zentralbank für die norddeutschen Kreditgenossenschaften fungierende NG Bank erhielt 1985 gut 1 Mrd. DM zusätzliche Liquidität. Die Einlagen erhöhten sich um 670 Mill. DM oder 9,5 Prozent auf 7,7 Mrd. DM. Die Verbindlichkeiten der Institute gegenüber der NG Bank reduzierten sich um 340 Mill. DM oder 6,9 Prozent auf 4,6 Mrd. DM. Das Geschäftsjahr 1985 brachte für die NG Bank eine Steigerung der Bilanzsumme um 4,1 Prozent auf 15,4 (14,8) Mrd. DM. Das Geschäftsvolumen wuchs um 3,8 Prozent und erreichte 16,8 (16) Mrd. DM. Hinter die Größenordnung, schreibt der Vorstand, stehe ein Ertragspotenzial, mit dem auch im Berichtsjahr gute Ergebnisse erzielt werden konnten. 1984 lag der Jahresüberschuß bei 38 Mill. DM; 5,12 Prozent Dividende wurden gezahlt.

Handwritten signature or stamp at the bottom of the page.

KARSTADT / Die Neckermann-Last wird leichter

Warenhausumsatz schwach

J. GEHLHOFF, Düsseldorf
Der insgesamt enttäuschende Geschäftsverlauf im warenhausrelevanten Einzelhandel habe auch die Entwicklung des Betriebsergebnisses der Karstadt AG...

AXEL SPRINGER VERLAG / Erste Hauptversammlung in Berlin - „Eine erfreuliche Bereicherung der Börse“

Die WELT soll ihre führende Rolle behalten

JAN BRECH, Berlin
Sachlich und ohne jeden Mißton verlief die erste, mit Spannung erwartete Hauptversammlung der Axel Springer Verlag AG in Berlin...

Zu den Engagements bei den neuen Medien betonte Tamm, daß der Verlag dieses Feld nicht den anderen allein überlassen könne...

MUSIKMESSE

Hersteller spüren wieder Aufwind

adh. Frankfurt
Auf eine „Ordermesse allegro con brio“ hoffen die deutschen Musikinstrumenten-Hersteller...

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Kurzarbeit

Duisburg (dpa/VWD) - Die Mannmann Hüttenwerke in Duisburg-Huckingen haben für 1986 Beschäftigte vom 17. Februar bis 30. März Kurzarbeit angesetzt...

Kooperation vereinbart

Neuhäusen (dpa/VWD) - Die Thyssen-M.A.N.-Aufzüge GmbH, Neuhäusen/Flöden bei Stuttgart und die kanadische Aufzugsgruppe Northern Elevator...

Forschungslabor eröffnet

Paderborn (dpa) - Zur Förderung von Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses hat sich der Computer-Hersteller Nixdorf...

GIessereien

Gute Konjunktur bringt Rückenwind

J. G. Düsseldorf
Weiteren Aufschwung nach bis 1983 vierjähriger Flaute melden die deutschen Eisen-, Stahl- und Temperegießereien nicht nur für 1985 mit einem...

AACHENER RÜCK / Technische Verluste weiter hoch - „Angemessene“ Dividende

Die Marktlage hat sich leicht entspannt

Fy. Düsseldorf
Die Aachener Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Aachen, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30.6.) ebenso unter den Folgen eines durch scharfen Wettbewerb im direkten Geschäft...

(28) Mill. DM vor und 46 (27) Mill. DM Verlust nach Zuführung von 4,6 Mill. DM zur Schwankungsrückstellung...

GROSSBRITANNIEN / Die ethnischen Minderheiten werden häufig diskriminiert

Probleme mit ungelerten Ausländern

WILHELM FÜRBER, London
Führende Beamte im Londoner Arbeitsministerium versuchen seit einigen Wochen im Auftrag von Regierungskollegen Thatcher, die Unternehmen zur Beschäftigung von mehr farbigen Mitarbeitern zu bewegen...

Neuseeland) stammen. 670 000 sind in Ländern der Europäischen Gemeinschaft geboren (darunter 544 000 Iren), 228 000 im restlichen Europa...

Farbige sind selten in Gewerkschaften

Während gut ausgebildete Facharbeiter, Techniker und gutes mittleres Management in der britischen Wirtschaft ausgesprochen gesucht sind, ist das Überangebot an ungelerten Kräften riesig...

Über sechzig Prozent der Ausländer sind unter 30

Während der Anteil der Altersgruppe bis zu 30 Jahren an der weißen Bevölkerung 42 Prozent beträgt, liegt er in der indischen sowie in der karibischen Gruppe bei immerhin 63 Prozent...

Advertisement for Dresdner Bank featuring a large image of a hand holding a pen and text: 'Wie Sie in Ihrem Auslandsgeschäft das Währungsrisiko vermeiden... Dresdner Bank in Berlin, BfH'

VTG / Verbesserte Erträge bei Kesselwagen, Tanklager und im Reederei-Geschäft

## Von der Chemiekonjunktur profitiert

**JAN BRECH, Hamburg**  
Die VTG, Vereinigte Tanklager und Transportmittel GmbH, Hamburg, die einschließlich ihrer Beteiligungsgesellschaften innerhalb der Preussag AG den Unternehmensbereich Verkehr darstellt, hat nach Angaben von Horst Mathies, Vorsitzender der Geschäftsführung, ein deutlich besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt. Das betrifft alle drei Geschäftsbereiche Kesselwagen, Tanklager und Reederei. Eine Wiederholung des Ergebnisses in diesem Jahr hält Mathies allerdings für nicht möglich. Vor allem bei der Reederei ist ein Rückgang aufgrund geringerer außerordentlicher Erträge zu erwarten.

Der positive Geschäftsverlauf im Berichtsjahr schlägt sich in einer Umsatzsteigerung um 7,1 Prozent auf 717 Mill. DM nieder. Die VTG, die Verkehrs- und Dienstleistungen vorwiegend für die Mineralöl- und chemische Industrie anbietet, profitierte dabei von der anhaltenden Aufwärtsbewegung in der Chemie und dem Absatzanstieg von Mineralölprodukten. Im Bereich Kesselwagen erhöhte sich der Umsatz bei guter Auslastung des Wagenparks um neun Prozent auf 254 Mill. DM. Auch die der Kesselwagen-Sparte zugeordnete Binnenschifffahrt war wesentlich besser be-

schäftigt und erreichte nach Angaben von Mathies ein gutes Ergebnis.

Im Geschäftsbereich Tanklager, in dem der Umsatz um 1,7 Prozent auf 60 Mill. DM ausgeweitet wurde, stiegen die Umschlagsleistungen aufgrund des gestiegenen Mineralölpreises und der aktiveren Verkaufspolitik der Raffineriegesellschaften merklich an. Die Inlandskapazitäten waren nahezu über das ganze Jahr voll ausgelastet. Entsprechendes gilt für die Comos-Tank B. V. Amsterdam und die VTG-Paktank Hamburg GmbH.

Das Umschlagvolumen der VTG-Paktank dürfte in diesem Jahr wesentlich steigen. Nach Angaben von Mathies hat die VTG einen langfristigen Auftrag zum Umschlag, zur Lagerung und zum Transport von Rohöl aus den ostthannoverschen Feldern nach der Stilllegung der Raffinerie Misburg erhalten. Das Volumen erreicht 500 000 Tonnen im Jahr. Dazu kommen 150 000 t aus dem Weser-Emsgebiet, die ebenfalls mit VTG-Kesselwagen zur Lagerung bei der VTG-Paktank herangeführt werden.

Das vom Geschäftsbereich Tanklager betreute Mobilbrennstoffgeschäft der französischen Tochtergesellschaft Algeco S. A., Paris, profitierte, wie Mathies erklärt, von der allgemeinen

Konjunkturbelebung in Frankreich. Die Auslastung der zur Verflechtung angebotenen Mobilbrennstoffe war deutlich besser, ebenso wie der Verkauf von Mobil- und Industriebrennstoffen. Algeco steuerte zum Gesamtumsatz 130 Mill. DM (plus elf Prozent) bei.

Verbesserungen, wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße, registriert Mathies schließlich für den Geschäftsbereich Reederei. Die Flotte der 84 Versorgungsschiffe führte mit 273 Mill. DM fünf Prozent mehr Umsatz ein. Das Betriebsergebnis blieb allerdings rot. Nur außerordentliche Erträge verhalfen der VTG in dieser Sparte zu einem insgesamt positiven Ergebnis. Der Markt, so Mathies, leide unter einem Überangebot von rund 25 Prozent. Vor diesem Hintergrund hält er es für einen Erfolg, dass die VTG-Flotte dank erheblicher Anstrengungen bei der Modernisierung und der Verbesserung des Services mit 83 Prozent wesentlich besser als der Durchschnitt der Branche ausgelastet war.

Zur Investitionspolitik erklärt Mathies, dass die VTG, die bereits 1985 mit 102 Mill. DM 20 Prozent mehr investiert hatte, das hohe Niveau halten werde. Mit dem Schwerpunkt im Bereich Kesselwagen sind 1986 rund 110 Mill. DM vorgesehen.

KREISSPARKASSE KÖLN / Geringere Zinsspanne

## Neugliederung belastet weiter

**HERALD POSNY, Köln**  
„Diesen wirtschaftlichen Blödsinn werden wir noch Jahre spüren“, empörte sich einmal mehr Hans Joachim Möhle, der Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Köln, einem der ganz großen Institute in der Bundesrepublik. Gemeint ist die kommunale Neugliederung des Jahres 1977, die heute noch und wohl auch für einige weitere Jahre das Ergebnis dieses Instituts beeinflusst. Die Kreissparkasse mußte seinerzeit 26 Zweigstellen mit rund 1,4 Mrd. DM Einlagen abgeben, die Zuwächse durch den Beitritt der Kreissparkasse Waldbröl mit knapp 400 Mill. DM, auch die noch unstrittenen 250 Mill. DM Einlage der Sparkasse Euskirchen reichten bei weitem nicht aus, die Refinanzierung von Krediten rentabel zu gestalten.

So schnell wie möglich will Möhle von den Refinanzierungshilfen der Sparkasse Köln und der Westdeutschen Landesbank loskommen. Bis auf gut 200 (vor 700) Mill. DM ist schon alles zurückgezahlt.

So wie das Ergebnis der Kreissparkasse gelitten hat, ist es nach Darstel-

lung Möhles bei der durch Übernahme gewachsenen Sparkasse Köln nicht in demselben Maße besser geworden. Für Möhle ist das Betriebsergebnis dennoch zufriedenstellend, wenn auch die Zinsspanne von 3,21 auf 3,14 Prozent fiel, eine Folge von Zinssenkungen namentlich im Hypotheken- und Kommunaldarlehensgeschäft. Rentabilität hat jedoch auch die verstärkte Forcierung des S-Vermögenssparens (4,5 Prozent Zinsen) gekostet.

Insgesamt flossen der Kreissparkasse 248 Mill. DM neues Sparkapital zu, gut 150 Mill. DM weniger als 1984. Im Gegensatz zu den hausgemachten Wertpapieren lag das Kontensparen mit 265 (203) Mill. DM über dem Vorjahr. Der Bilanzgewinn wird wie 1984 auch 1985 bei 15 Mill. DM liegen.

Die Bilanzsumme der Sparkasse wuchs um 4,4 (8) Prozent auf rund 9,9 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen erreichte 10,2 Mrd. DM. Die Kundeneinlagen stiegen um 6,3 (9,4) Prozent auf 8,3 Mrd. DM, das Kreditvolumen ging infolge hoher Tilgungsrückflüsse um 2,9 Prozent auf 5,9 Mrd. DM zurück.

HOLSTEIN & KAPPERT / Umsatzrückgang im Inland

## Auslandsgeschäft bekommt noch stärkere Bedeutung

**dos, São Paulo**  
Die mehrheitlich zur Klöckner-Werke AG gehörende Holstein und Kappert GmbH (H & K), Dortmund, Hersteller von Maschinen und Anlagen für die Getränkeindustrie, wird sich stärker noch als bisher auf das Auslandsgeschäft konzentrieren. Sprecher des Unternehmens wies bei einem Besuch der brasilianischen Tochtergesellschaften auf die veränderten Marktbedingungen dieses Sektors hin. Ausdruck dafür seien die Umsatzzahlen von H & K im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.).

Der konsolidierte Weltumsatz blieb im Berichtsjahr mit 418 Mill. DM gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Einem Rückgang im Inland um 21,6 Prozent auf 94 (120) Mill. DM standen dabei gleich hohe Zuwachsraten vor allem in Asien und in

Amerika gegenüber. Diese Entwicklung werde wegen der Sättigungstendenzen in der deutschen Getränkeindustrie anhalten.

Holstein und Kappert arbeite deshalb gezielt an einer Verstärkung des Auslandsgeschäfts, wobei der Softdrinkbereich im Vordergrund steht. Darüberhinaus sei H & K bestrebt, komplette Anlagen für die Herstellung von Bier und Softdrinks zu liefern.

Überaus erfolgreich arbeiten die beiden H & K-Betriebe in Brasilien, Holstein und Kappert SA Industria de Maquinas in São Paulo und Metalurgica Liess SA in Porto Alegre. Selbst in den schwierigen Jahren bis Mitte 1985 wurden positive Ergebnisse erwirtschaftet. Für das laufende Geschäftsjahr wird mit einem Umsatz von rund 80 Mill. DM gerechnet.

CONSTRUCTA / Einzelne Bau-Sparten für 1986 mit optimistischeren Perspektiven

## Fertighaushersteller erwarten Auftragsplus

**DOMINIK SCHMIDT, Hannover**  
Die wirtschaftliche Situation in den verschiedenen Sparten der Bauwirtschaft wird von den Verbänden zwar weitgehend skeptisch beurteilt; dennoch sind in den einzelnen Bereichen doch recht unterschiedliche Entwicklungen sichtbar. Zu den Branchen, die sich von dem negativen Trend im Wohnungsbau nur bedingt betroffen fühlen, zählen die Fertighaushersteller. Sprecher des Verbands Montagebau und Fertighauser äußerten auf der Bau-Fachmesse Constructa in Hannover die Erwartung, daß die Auftragsgänge 1986 wieder steigen werden. Der neuerlich erwartete Rückgang im gesamten Wohnungsbau treffe vor allem die Mehrfamilienhäuser.

**Umsatz-Rückgang**  
Die insgesamt 464 Fertighaushersteller hatten in den ersten zehn Monaten 1985 - jüngere Zahlen sind noch nicht verfügbar - einen Umsatzrückgang auf 8,7 (11,9) Mrd. DM hinnehmen müssen. Die Branche präsentierte gut 20 Prozent der neugebauten Ein- und Zweifamilienhäuser, gemessen am Rauminhalt, und 12 Prozent nach der Stückzahl. Der Auftragsbestand liege bei 5,1 Monaten, die Auslastung bei 60 bis 70 Prozent. Beschäftigt werden derzeit 36 200

Mitarbeiter, gegenüber 28 000 vor Jahresfrist. Die Ertragslage wird als nicht befriedigend bezeichnet. Immerhin schreibe die Branche aber noch schwarze Zahlen.

**Stahlbau zuversichtlich**  
Mit hohen Erwartungen geht der Stahlbau in das Jahr 1986. Hans-Jürgen Dankert, Präsident des Deutschen Stahlbau-Verbandes, rechnet mit einem kräftigen Produktionswachstum. Impulse werden vor allem vom Wirtschaftshochbau der rund 70 Prozent der Stahlbau-Produktion aufnimmt, erwartet. Die Branche profitiere zudem von der 1986 anstehenden Abwicklung von Aufträgen für Rauchgasentschwefelungsanlagen.

Im Jahre 1985 allerdings mußte auch der Stahlbau einen Produktionsrückgang um 4,7 Prozent auf 0,98 (1,03) Mill. Tonnen hinnehmen. Der Umsatz der 954 (968) Unternehmen verbesserte sich geringfügig auf 8,73 (8,58) Mrd. DM. Die Exportquote stieg leicht auf 13,7 (13,4) Prozent. Die Mitte 1985 einsetzende stärkere Nachfrage führte im Jahresdurchschnitt zu einer auf 76,1 (67,6) Prozent verbesserten Kapazitätsauslastung. Ende Dezember hatten die Auftragsbestände eine Reichweite von 4,4 Monaten. Heftige Kritik äußert der Verband an den zwischen der EG und den

USA vereinbarten Beschränkungsabkommen. Der „wirtschaftliche Unsinn“ dieser Maßnahme zeige sich bei der Betrachtung des Volumens. Bei einer EG-Quote von 18 000 Tonnen Stahlbauteile pro Jahr entfalle auf die Bundesrepublik ein Anteil von 2000 Tonnen. Demgegenüber betrage die gesamte Stahlbauindustrie in der USA 1986 rund 4,2 Mill. Tonnen.

Erst 1987 wird die Bauwirtschaft die Talsohle durchschritten haben. Wie der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, erklärte, sind Spekulationen um eine frühere Besserung der Situation verfehlt. Das Jahr 1986 werde erneut im Zeichen von Kapazitätsanpassungen, weiteren Entlassungen und einem neuen Rekord bei der Zahl der Insolvenzen stehen.

**Schlechte Ertragslage**  
Die Ertragslage der Unternehmen ist nach den Worten Herions katastrophal. Der Eigenkapitalanteil liegt hier zwischen 3 und 3,5 Prozent. Eine Besserung der Ertragslage sei nicht in Sicht. In diesem Zusammenhang demängelt Herion die Sozialplan-Gesetzgebung, die im Ernstfall eine stille Liquidation der Firmen vermindere und den Gang zum Konkursrichter geradezu verlange.

Information für Siemens-Aktionäre

# Siemens steigert Investitionen um 85 Prozent

Der Umsatz ist im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres, also in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1985, im Inland deutlich schneller gewachsen als im Ausland. Die Zahl der Mitarbeiter konnte

noch einmal leicht erhöht werden. Siemens hat die bereits im Vorjahr stark erhöhten Investitionen noch einmal verstärkt und das Ergebnis verbessert.

### Auftragseingang

Der Auftragseingang blieb mit 12,7 Mrd. DM zwar insgesamt um 3% unter der Vergleichszahl des Vorjahres zurück, ohne das Kraftwerksgeschäft gingen aber 2% mehr Bestellungen ein. Die Kraftwerksaufträge im Vorjahr wirkten sich vor allem im Inlandsgeschäft aus; ohne Kraftwerksgeschäft ist der Auftragseingang im Inland um rund 10% gewachsen. Im Auslandsgeschäft konnte der Auftragseingang mit 7 (i. V. 7,1) Mrd. DM gehalten werden. Während der Bereich Bau-

elemente angesichts der weltweiten Depression auf seinen Märkten einen Rückgang der Bestellungen hinnehmen mußte, erzielte der Unternehmensbereich Energie- und Automatisierungstechnik eine zweistellige Zuwachsrate.

in Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12.85	Veränderung
Auftragseingang	13,2	12,7	- 3%
Inlandsgeschäft	6,1	5,7	- 6%
Auslandsgeschäft	7,1	7,0	- 1%

### Umsatz

Auch beim Umsatz kommt der Zuwachs vor allem aus dem Inland. Weltweit stieg der Umsatz um 9% auf 10,8 Mrd. DM. Im Inlandsgeschäft setzte Siemens mit 5,3 Mrd. DM sogar 15% mehr um. Im Auslandsgeschäft lag der Umsatz mit 5,5 Mrd. DM um 3% über dem Vorjahreswert. Der Bauelemente-Umsatz ist um 8% zurückgegangen; dagegen wurden in der Kommunikations- und Daten-

technik sowie in der Medizinischen Technik zweistellige Zuwachsraten erzielt.

in Mrd. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12.85	Veränderung
Umsatz	10,0	10,8	+ 8%
Inlandsgeschäft	4,7	5,3	+ 15%
Auslandsgeschäft	5,3	5,5	+ 3%

### Auftragsbestand

Mit 55,8 Mrd. DM war der Auftragsbestand um 3% größer als zu Beginn des Geschäftsjahres; die Vorräte erreichten 19,1 (i. V. 17,8) Mrd. DM.

in Mrd. DM	30.9.85	31.12.85	Veränderung
Auftragsbestand	54,0	55,8	+ 3%
Vorräte	17,8	19,1	+ 8%

### Mitarbeiter

Nachdem schon im letzten Geschäftsjahr 20 000 zusätzliche Arbeitsplätze neu geschaffen wurden, hat Siemens im ersten Quartal des laufenden Geschäftsjahres die Zahl der Mitarbeiter noch einmal um 1% auf 350 000 erhöht. Im Inland werden unverändert 240 000 Mitarbeiter beschäftigt, da zusätzlich im ersten Quartal 2 000 weitere Arbeitsplätze besetzt wurden, gleichzeitig aber 2 000 Werkstudenten stichtagsbedingt ihre Tätigkeit beendeten. Im Ausland stieg die Zahl der Mitarbeiter auf 110 000; 1 000 Mitarbeiter wurden zusätzlich eingestellt und weitere 1 000 mit neuen Beteiligungen vor allem in den USA übernommen. Die durchschnittliche Mitarbeiterzahl lag mit 350 000

um 6% über dem ersten Quartal des Vorjahres; der Personalaufwand erhöhte sich um 10% auf 5,1 Mrd. DM.

in Tsd.	30.9.85	31.12.85	Veränderung
Mitarbeiter	348	350	+ 1%
Im Inland	240	240	+ 1%
Im Ausland	108	110	+ 2%

	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12.85	Veränderung
Mitarbeiter im Durchschnitt in Tsd.	339	350	+ 6%
Personalaufwand in Mrd. DM	4,8	5,1	+ 10%

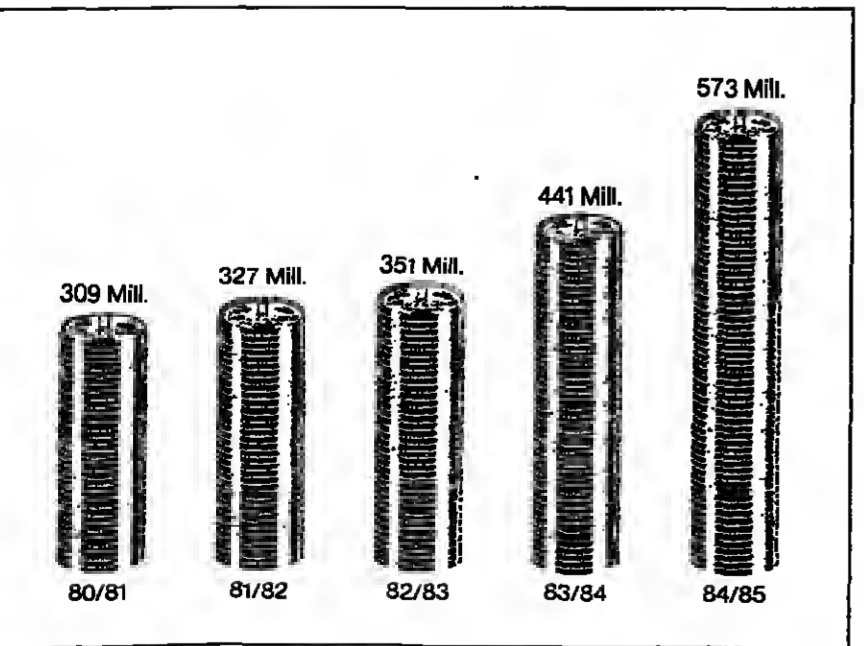
\* Prozentangaben wegen stichtagsbedingten Ausscheidens von Werkstudenten vergleichbar gerechnet.

### Investitionen Gewinn

Siemens hat die Investitionen erneut kräftig gesteigert: im ersten Quartal wurden mit 998 Mio. DM 85% mehr als im Vorjahr investiert. Der Schwerpunkt lag bei den Sachanlageinvestitionen im Inland. Insgesamt sollen im laufenden Geschäftsjahr etwa 6 Mrd. DM investiert werden. Mit 298 (i. V. 242) Mio. DM Gewinn nach Steuern erzielte Siemens eine Umsatzrendite

von 2,8 (i. V. 2,4) % wie im gesamten abgelaufenen Geschäftsjahr.

in Mio. DM	vom 1.10.84 bis 31.12.84	vom 1.10.85 bis 31.12.85	Veränderung
Investitionen	940	998	+ 85%
Gewinn nach Steuern	242	298	+ 23%
in % vom Umsatz	2,4	2,8	



**Höchste Ausschüttung**  
Mit 573 Mio. DM zahlt Siemens die größte Dividendensumme, die bisher in Deutschland von einem Unternehmen an seine Aktionäre ausgeschüttet wurde. Die über 400 000 Siemens-Aktionäre, darunter mehr als 140 000 Mitarbeiter des Unternehmens, bekommen damit 30% mehr an Dividenden als im Vorjahr und fast doppelt so viel wie vor fünf Jahren. Aus Dividenden-erhöhungen und Kurssteigerungen läßt sich für die Kapitalanlage in Siemens-Aktien in den letzten fünf Jahren - bei Wiederanlage aller Erträge - eine Durchschnittsrendite von 23% jährlich errechnen.

**Bildschirmtext:** Siemens bietet unter der Seitennummer \*3200012\* aktuelle Informationen für Aktionäre und Geldanleger.

# Siemens AG

Handwritten note: JP 2/10/85



Handwritten note: 11.10.150

Table of fixed interest securities (Bundesanleihen, Bundespost, Länder - Städte, Sonderinstitute, Bundesbahn) with columns for issuer, maturity, and price.

Advertisement for 'Renten gut behauptet' (Pensions well maintained) featuring a large profile of a man. Text discusses pension market conditions and offers a 120% return on options.

Table of fixed interest securities (DM-Auslandsanleihen, Düsseldorf, DM-Auslandsanleihen) with columns for issuer, maturity, and price.

Advertisement for 'GROSSE SPRÜNGE - UND LANGE NOCH NICHT AN DER DECKE.' featuring a profile of John Neumeier. Text describes the Hamburg Ballett and its international focus.

3 Stipendien für das neue Hamburger Ballettzentrum. Der Verein der Freunde des Hamburger Ballettzenters stiftet 3 zusätzliche Stipendien für begabten Nachwuchs...

Schwankungen am Aktienmarkt

Selektive Käufe sorgten für Sonderbewegungen

Der Aktienmarkt, der in den letzten Tagen durch den Karneval gebremst worden war, zeigte am Mittwoch nur geringe Anzeichen für eine Belebung. Nach wie vor fehlten nennenswerte Kaufimpulse aus dem Ausland. Das führte dazu, daß Standardaktien wie Siemens...

Bei der Großbilanz kam es zwar wieder zu lebhaften Umsätzen, aber diesmal lagen die Umsätze in diesem Bereich von Tauschbörsen, im Gegensatz zu den Aktien, die sich in den Augen der Börsianer als gesichert. Meingekaufte gab es bei Kall und Salzgitter wie vor. Die totale Eingliederung der Gesellschaft in den BASF-Bereich...

Table with columns: Düssel, Frankfurt, München, Aktien-Umsätze. Lists various stock prices and trading volumes.

Table titled 'Inland' listing various German stocks and their prices.

Table titled 'Ausland' listing foreign stocks and their prices.

Table titled 'Freiverkehr' listing free-trading stocks and their prices.

Table titled 'Unnotierte Werte' listing unlisted values and prices.

Table titled 'Ansländ in DM' listing stocks in DM from other countries.

Table titled 'Ansländ in DM' listing stocks in DM from other countries.

Table titled 'Amsterdam' listing stocks from Amsterdam.

Table titled 'London' listing stocks from London.

Table titled 'New York' listing stocks from New York.

Table titled 'Oslo' listing stocks from Oslo.

Table titled 'Oslo' listing stocks from Oslo.

Table titled 'Oslo' listing stocks from Oslo.

Table titled 'Inlandszertifikate' listing domestic certificates.

Table titled 'Auslandszertifikate' listing foreign certificates.

Table titled 'Optionshandel' listing options trading data.

Table titled 'WELT-Aktien-Indices' listing world stock indices.

Table titled 'WELT-Aktien-Indices' listing world stock indices.

Table titled 'Devisen und Sorten' listing exchange rates and currencies.

Handwritten notes and signatures at the bottom of the page, including 'Ch. H. 10/150'.

Warenpreise - Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kaffeeterminkontrakte an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kupfer und Kakao aus dem Markt.

Table with multiple columns listing commodity prices for various goods like wheat, oil, and metals.

Wolle, Fasern, Kautschuk

Table listing prices for wool, fibers, and rubber.

NE-Metalle

Table listing prices for non-ferrous metals.

KUPFER (c/b)

Table listing copper prices.

Devisenterminmarkt

Table listing foreign exchange rates.

Geldmarktsätze

Table listing money market rates.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Table listing zero-coupon bonds.

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Table listing yields and prices of mortgage-backed securities.

Getreide/Getreideprodukte

Table listing grain and grain products.

Öle, Fette, Tierprodukte

Table listing oils, fats, and animal products.

Messingnotierungen

Table listing brass prices.

Londoner Metallbörsen

Table listing London metal exchange prices.

Euro-Geldmarktsätze

Table listing Euro money market rates.

Goldmünzen

Table listing gold coins.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

New Yorker Finanzmärkte

Table listing New York financial markets.

Genüsmittel

Table listing feedstuffs.

Edelmetalle

Table listing precious metals.

Erweiterung - Rohstoffpreise

Table listing raw material prices.

Westl. Metallnotierungen

Table listing Western metal prices.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

Deutscher Aktienmarkt

Table listing German stock market.

VEREINIGTE ELEKTRIZITÄTWERKE WESTFALEN AKTIENGESELLSCHAFT

Eine Streitschrift von Botho Kirsch zur Ostpolitik

Zwergen-Philosophie

Unter den Büchern, die man nicht nur unseren Politikern und Wirtschaftsfachleuten, sondern allen politisch interessierten und ideologisch nicht durch Scheuklappen verblödeten Deutschen zur Lektüre empfehlen möchte, befindet sich ein schmaler, aber inhaltlich reicher Band: die kritische Analyse der deutschen Ostpolitik und des Bildes, welches sich die Deutschen von der Sowjetunion machen - aus der Feder von Botho Kirsch.

Buch des Tages

Ausweisung führten - weil er nicht so schrieb, wie es den Sowjets gefiel. Über den "Spiegel" kam er zum Auslandsreferat der deutschen Botschaft in Köln, dessen in der Sowjetunion ungewöhnlich erfolgreiche Sendungen in russischer Sprache von ihm konzipiert und aufgebaut wurden.

Illusionen". Das Scheckbuch ersetzt das Nachdenken über Deutschland und Osteuropa. Es fehlt nicht nur das Stiefvermögen, das einst einen Adenauer im Umgang mit dem Osten auszeichnete, sondern auch das "Augenmaß für die Verschiebung der weltpolitischen Gewichte".

Mit allen Zeichen des Entsetzens zitiert Kirsch den Kanzlerberater Teitelbaum, der erklärt hatte, deutsche Ostpolitik sei zum Scheitern verurteilt, wenn sie versuche, Politik an Moskau vorzubereiten oder einzelne Mitglieder des Warschauer Paktes gegen die Sowjets auszuspielen. Kirsch meint dazu: "Es ist der Pferdefuß der alten sozialliberalen Ostpolitik, der hier unter der Kanzlerzeit hervorkommt. Wer nach Polen und Afghanistan, nach Prag und Sacharow noch immer nicht begriffen hat, daß Frieden und Entspannung in Europa nicht mit Moskau, sondern nur gegen Moskau zu haben sind, hat aus der Geschichte nichts gelernt."



Am Anfang war der Harlekin ein blückerbekleideter Waldwamsch: Dario Fo spielt die Geschichte der Maske, die erst bei Goldoni zum Diener wird

Theaterbrief aus Mailand: Dario Fo glänzt in „Hellequin, Harlekin, Arlekin“

Tanz zwischen klappernden Skeletten

Wenn es stimmt, daß die leichte Muse in Krisenzeiten hilft, dann muß Mailand mitten in einer Krise sein. Denn in seinen Theatern ist - neben einer Renaissance der "zornigen jungen Männer" - das Leichte Trumpf.

Mailands ist. Da jede der circa 30 Bühnen der Stadt ihren Stil und ihre Stammgäste hat, bleibt das neue Risenshaus auch mit einer so hübschen Inszenierung fast leer.

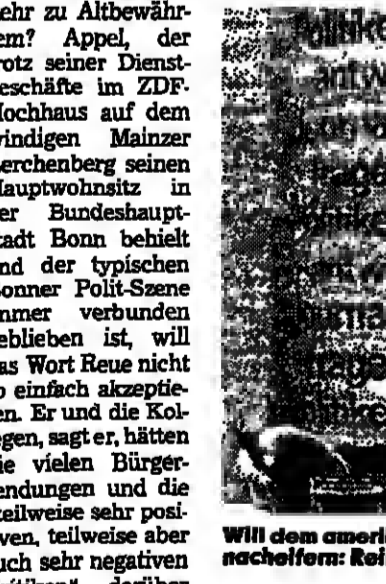
als Harlekin. Im Prolog berichtet er zwar vom Ursprung der Maske als "homo silvaticus", ein blückerbekleideter Waldwamsch, der als eine Mischung von Teufel und Harnwurst vertrieben und erst bei Goldoni zum Diener wird, aber schon mitten in der pseudo-theatergeschichtlichen Vorlesung kündigt Fos alarmierendes Gelächter ganz anderes an.

Bewährtes aus Mainz mit R. Appel wieder im ZDF

Jetzt fragen Journalisten

Zehn Jahre lang hat ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel zäh und von Rückschlägen scheinbar unbedrückt versucht, Politik auf dem Bildschirm dadurch verständlicher zu machen, daß er die Politiker in Live-Sendungen den Fragen einfacher Bürger aussetzte.

Journalisten - also Profis - an ihrer Stelle fragen würden. Appel: "Wir Journalisten wirken da offenbar als Vorbilder."



Will dem amerikanischen Vorbild „Meet the Press“ nachfolgen: Reinhard Appel

zurück, die er davor als Moderator zehn Jahre lang geleitet hatte: "Journalisten fragen - Politiker antworten". Heute abend stellt Bundeskanzler Helmut Kohl sich den Fragen.

Gelegentlich sorgte der Zufall dafür, daß eine Sendung gut wurde. In Berlin zum Beispiel war einmal Willy Brandt der Befragte. Die Sendung fand im Freien statt. Es fing an zu regnen. Man flüchtete in ein Ziel. Und plötzlich, erinnert sich der Fernsehprofi Appel, seien ganz andere Leute in der Nähe von Brandt gewesen.

dungen gehörte nicht zufällig jene, die in China mit dortigen Studenten gemacht wurde. Der Befragte, der CDU-Politiker Bernhard Vogel, geriet zeitweise ganz schön ins Schwitzen, weil seine Gesprächspartner einfach glänzend vorbereitet waren.

KRITIK

Schielen nach dem Boulevard

Da sitzt ein Mann und glaubt, er sei ein Poet. Und dann kommt ein Mädchen, das die Tochter seiner Geliebten früher Jahre ist. Und während er schwärmt und immer so nach Art seiner Generation dichtet am Kirsch vorbei schrammt, setzt die Kleine von heute ihre coolen Akzente in die gefühlvolle Situation: Das Mädchen im Apfelbaum (ARD).

Der Tod ist eine schöne Frau

Spaniens Uhren gehen anders. Wer es nicht wußte, konnte es im ZDF erleben, in einer Produktion der Theatercompagnie „Comedians“ mit dem Titel Karnabal. Wenn man jenseits der Pyrenäen Karneval feiert, das war zu sehen, so im Angesicht des Todes, der sich in diesem Spiel als verlockend schöne Frau maskierte.

STUDIO

Das Zweite Deutsche Fernsehen wird am 2. März um 10.30 Uhr den Festakt zur Eröffnung der Woche der Brüderliebe aus Duisburg übertragen. Die Festansprache hält Bundespräsident Richard von Weizsäcker.

Wohn und zurück

von Georg Stefan Troller und Axel Corti. Die Geschichte der Emigration Trollers wird am 27. Februar, 2. und 9. März gesendet. Von ihrer Existenz im Versteck berichten Juden am 2. März in dem Film „Zuflucht - Berliner Juden im Versteck“.

S. Freuds Wohnhaus in London wird Museum

Berühmtes Seelen-Lager

Die wohl bekannteste Couch der Welt, auf der es um Liebe nur manchmal, um Libido dagegen fast immer ging, kehrt an den Ort zurück, wo sich einst Patienten auf ihr seelisch entblättern. Es ist die Sprechstuhlcouch von Professor Sigmund Freud, dem Begründer der Psychoanalyse, den die Nazis 1938 samt Frau, Tochter und Couch ins Londoner Exil ausreisen ließen, wo er im Künstlerviertel Hampstead als 83-jähriger noch praktizierte und am „Abriss der Psychoanalyse“ schrieb.

Das könnte nur Ärger geben, von der Art jener mißlichen Auseinandersetzungen, zu denen es kam, als Anna Freud das Haus für eine bescheidene Summe an die USA mit der Auflage verkaufte, auf Lebenszeit dort Wohnrecht zu behalten. Der mit der Museumseileitung beauftragte junge amerikanische Psychoanalytiker Jeffrey Masson entwickelte sich zu einem Freud-Kritiker. Man feuerte ihn. Er klagte.

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

- 9.45 ZDF-Info
10.00 heute
10.55 Kesseln
Deutsche: Spielfilm (1983)
16.00 Tagesschau
16.10 Zirkus von morgen

SAT 1

- 15.00 Kua Kua
15.30 Lasse
16.00 Musikbox
17.00 Drei Engel für Charlie

WEST

- 19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Mädchen, die das Land nicht wollten

3SAT

- 18.00 Mini-ZDF
18.15 Sport-Zeit
19.00 heute

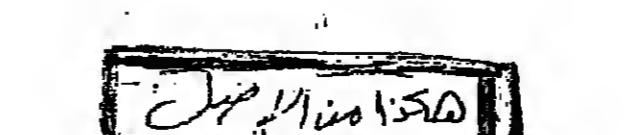
RTL-plus

- 18.55 Komm doch mal in die Küche
18.55 7 vor 7

III.

- 22.10 Koffer aktuell
22.00 Fremdsprachen
22.45 Nachrichten

- 21.10 Gheba Elmer erzählt: Der Sternbeschützer
21.30 Hände - Werke - Künste



Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a scanning artifact.

Vom Kopf in den Ramsch

sey. - Das „moderne Antiquariat“, dachte man bisher, ist ein Handel mit „alten“, aber noch ungebrauchten Büchern, die im normalen Buchhandel nicht abzusetzen waren („verramschen“ nennt das die Branche). Nun aber wird man eines Besseren belehrt, hietet doch das „moderne Antiquariat“ mit Anzeigen in der Tagespresse („Sie sparen fünfzig Prozent bei unseren Sonderausgaben“) zur Zeit den Roman eines nobelpreisverdächtigen deutschen Belletristen an, der erst in vier Wochen überhaupt zum ersten Mal an den Buchhandel ausgeliefert werden wird. Es findet hier also eine Veramschung noch vor Erscheinen des betreffenden Buches statt!

Und nicht genug damit. Der Anzeiger ist bereits eine Rezension des noch gar nicht erschienenen Romans beigelegt, auf daß der potentielle Leser auch ja genau wisse wie er demnächst den fraglichen Roman zu lesen und zu beurteilen habe. Dem potentiellen Leser kommen fast Tränen der Rührung vor so viel Fürsorge, die ihm das „moderne Antiquariat“ da angeliebt läßt.

Das „moderne Antiquariat“, so lernen wir, ist in Wirklichkeit ein Handel mit „aktuellen Neuerscheinungen“, und es ist darüber hinaus eine fürsorgliche Rezensionstätigkeit im Dienste des Lesers von morgen und im Dienste eines „großen Romans von ungewöhnlicher Kraft, eines Prosawerks geradezu explosiver Phantasie, einer Unheilphrasie silikarischen Ausmaßes“ („Bestellen Sie jetzt!“).

Damit jeder weiß, wovon es bei alledem geht, ist dem Titel „Die Rätin“ auf der Anzeige auch noch die Zeichnung einer Ratte beigegeben, sozusagen mit freundlichen Grüßen für Analphabeten. Doch was soll's! Einen Roman, der bereits rezensiert und veramscht wird, bevor er überhaupt erschienen ist, braucht man ja nicht lesen zu können, um über ihn fehmännisch mitzureden. Das „moderne Antiquariat“ macht's möglich.

Ein Jahrtausend-Bauwerk ist vom akuten Verfall bedroht - Rom erregt sich über die anstehende Restaurierung des Kapitols

Die Last der Akten drückt auf die Fundamente

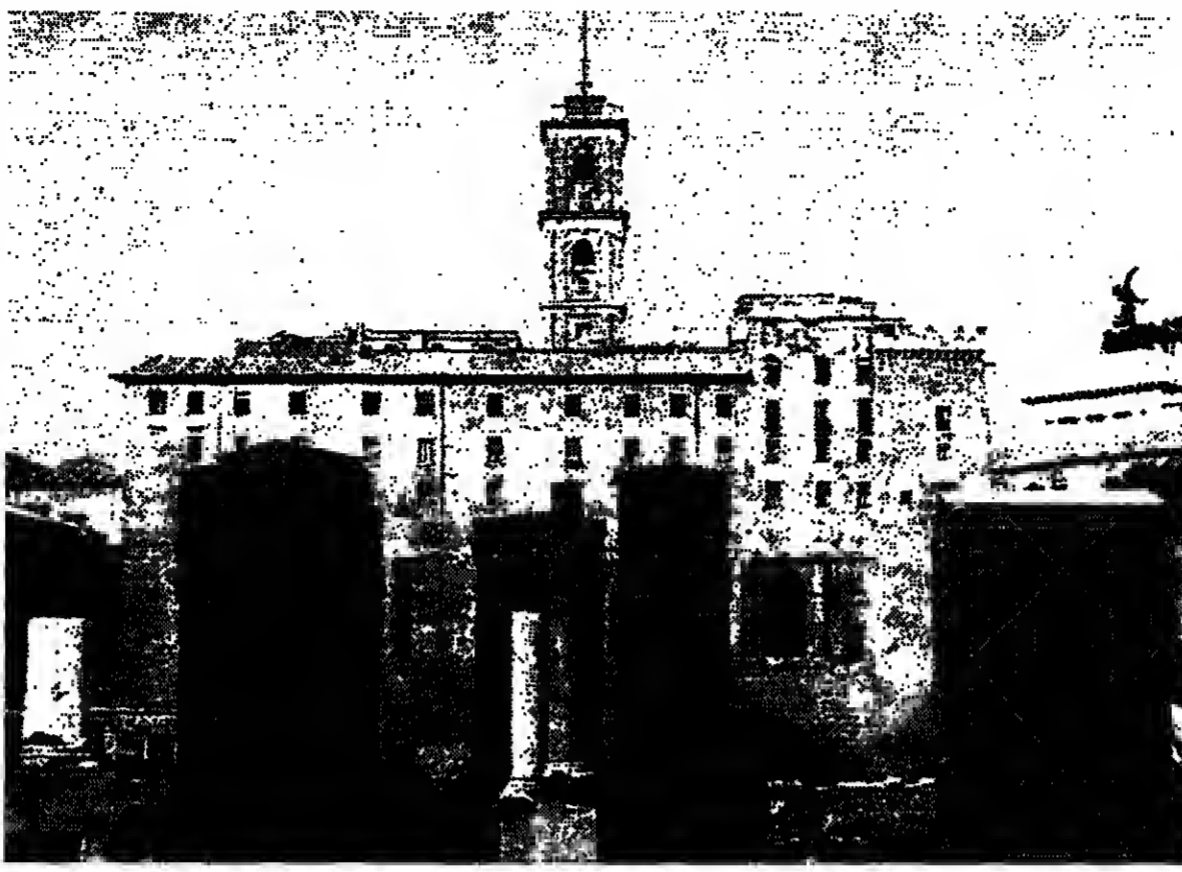
Das Kapitool ist eingestürzt. Zum Glück wurde niemand verletzt! - „Wie ist das denn möglich?“ - „Es war gerade Kaffeepause.“

So kommentiert die Karikatur eines römischen Zeichners in einer Zeitung ein Thema, das die Ewige Stadt in Aufregung versetzt hat: Das Kapitool, das Capitolium der alten Römer mit dem Staatsheiligtum des Jupiter tempels, seit 800 Jahren ununterbrochen Sitz der Stadtverwaltung, droht, wenn nicht einzustürzen so doch schließlich zu verfallen. Warum? Der Senatpalast, um den es zunächst geht, ist erst 1582 bis 1605 errichtet worden - für Rom ein relativ junges Datum. Aber ausgerechnet seine Wände stehen nicht mehr lotrecht, der Glockenturm in der Mitte neigt sich einen halben Meter zur Seite. Und vor allem senken sich die Fundamente.

Denn nicht die Renaissance-Konstruktion ist baufällig, sondern die antiken Baureste und Grundmauern, die zum Teil noch aus republikanischer Zeit, also aus der Zeit vor Christi Geburt (!), stammen. Die Tuffsteinmauern des Tabularium, die man vom Forum Romanum aus gut sieht, zerbröckeln. Eingriffe der letzten 150 Jahre haben den Zerfall beschleunigt. Eine Erdaufschüttung zum Forum hin hatte dem Tabularium (das einst das römische Staatsarchiv war) Halt gegeben. Die archaischen Grabungen seit Napoleon, bei denen man auf dem Kapitool antike Fundamente freigelegt wurden, ließen das prekäre Gleichgewicht der Baumas- sen ins Wanken geraten. Insgesamt ist auch das Gewicht des Senatopalastes zu groß für die Grundmauern aus altromischer Zeit.

Außerdem gefährdet seit einigen Jahrzehnten ein früher nicht bekanntes Übel das Gestein: Smog und saurer Regen haben den Tuffstein so korrodiert, daß die vor einem Jahrhundert zum Halt angebrachten Eisenspannen inzwischen mehrere Zentimeter von der Mauer selbst entfernt sind.

Eine vor Jahren nach der Entdeckung neuer Risse eiligst eingesetzte Expertenkommission der Gemeinde erklärte zwar, daß die Gefährdung des Gebäudes keine Neuigkeit sei (in



Die altromische Basis ist morsch geworden: Blick auf das Kapitool, vom Forum Romanum aus gesehen. FOTO: ZOLTAN NAGY

den sechziger Jahren gab es die ersten Alarmrufe, aber eine damals ebenfalls eingesetzte Kommission lieferte nur ein lahmhes geologisches Gutachten über den tonhaltigen und wie ein Schweizer Käse durchlöcher- ten Untergrund, doch als 1979 nach einem schweren Erdbeben in Um- hringen nordöstlich der Hauptstadt sind in Rom Erdstöße von vier bis fünf Grad nach der Mercalli-Skala gemessen worden und auf dem Forum die Säulen ins Wanken gerieten, wurde es ernst.

Gerade an den antiken Monumen- ten Roms gab es damals schwere Schäden. Das Parlament verabschie- dete schließlich ein Gesetz zur Sanie- rung und Restaurierung. Das war 1981, das Gesetz war auf drei Jahre befristet und ist inzwischen ausgelau-

fen - und von den vielen Millionen Mark, die damals zur Verfügung gestellt wurden, erhielt die Gemeinde Rom nicht eine Lira! Grund: Das am schwersten betroffene Kapitool unter- steht nicht dem Staat, sondern der Stadt. Ein neues Gesetz eigens für die Stadt war aber nicht eingeplant. Die nötigen Konsolidierungs- und Restau- rierungsarbeiten am Kapitool werden auf mindestens 7,5 Millionen Mark geschätzt.

Die Schäden, inzwischen von einer weiteren Kommission von Architek- ten, Statikern und Ingenieuren genau untersucht, breiten sich immer weiter aus. Zwar wurde die erste Alarmroh- lung von einem demnächst drohen- den Einsturz demotiert, zwar erklärte der christdemokratische Bürger- meister Roms, Nicola Signorelli, er

und der Stadtrat würden auf keinen Fall den angestammten Sitz der Stadtregierung verlassen, doch müssen schon in diesen Tagen erste Not- maßnahmen ergriffen werden. Sie sind von verblüffender Schlichtheit, doch möglicherweise wirksam. Man stellte nämlich fest, daß im zweiten Stock des Senatopalastes mit sei- nen Dutzenden von Büros ein enorm- es Gewicht in Gestalt von Akten, Möbeln und Beamten die Statik ge- fährdet. „Nachts geht es noch“, meinte ein Techniker. „Aber tagsüber, mit Hunderten von Menschen, die hier arbeiten und Besucher empfangen - das sind Dutzende von Tonnenn.“ Das halten die Decken nicht aus.“

Lastwagen werden nun die Akten-berge abtransportieren - wohin, weiß noch niemand (vielleicht interessiert

das die Römer auch am wenigsten). Weithin unbekannt ist übrigens, daß auf dem Kapitoolhügel, dem Herzen der Ewigen Stadt, nicht nur Spuren der Antike, großartige Museen (dar- unter das älteste der Welt, gegründet im 15. Jahrhundert) und eine von Mi- chelangelo geschaffene Piazza zu fin- den sind, sondern wichtige Abteilun- gen der Verwaltung einer Drei-Millio- nen-Stadt: die Stadtkämmerei, die Rechtsabteilung, die Archive und die Personalverwaltung.

Es gibt ein Projekt, das vorsieht, den gesamten kapitoolmischen Bau- komplex in ein Riesenmuseum zu ver- wandeln. Dagegen wehrt sich - und wohl zu Recht - die Bevölke- rung. Seit mehr als 2500 Jahren ist dieser Hügel Sitz von Verwaltung und Regierung, war religiöses und ad- ministratives Zentrum einer Me- tropole. Jeder weiß, daß die Um- wandlung in ein Museum einen von Leben durchpulsten Ort in einen ster- len Winkel verwandeln würde, den zumindest Einheimische kaum noch aufsuchen würden.

Allgemein ist deshalb die Hoff- nung, daß die anderen Bauten auf dem Kapitool - wie die Palazzi rechts und links von der Piazza - nicht ähn- lichen Gefahren wie der Senatoren- palast entgehen. Im rechten Ge- bäude befindet sich das römische Ständesamt, in dem jeden Tag ein Dutzend Trauungen stattfinden. Oft sind es Prominente, die sich hier ihr Jawort geben, wie vor kurzem der Schriftsteller Alberto Moravia und Carmen Llera, eine Spanierin, die 40 Jahre jünger ist als ihr neugebacke- ner Gemahl.

Wenn Reis und Rosen und Man- deln, die bei solchem Anlaß hier ge- wonnen und verteilt werden, keinen Platz mehr haben, könnte sich die Befürchtung eines alten Handwer- kers bewahrheiten, der im nahege- legenen ehemaligen Getto, am Theater des Marcellus, seine Werkstatt hat. Er sagte vor einigen Jahren, als die Bronzerestaurierung des Kaisers Mark Aurel zur Restaurierung von seinem Sockel auf dem Kapitolspalast ent- fernt wurde: „Das ist der Anfang vom Ende. Die haben angefangen, das Kapitool zu demontieren.“

JÜRGEN VORDEMANN

Wiederentdeckt: Tollers „Wunder in Amerika“

Frommer Schreikrampf

Angestrahlt von einem American-Pink und einer güldgrünen Gloriole hängt die tote Mary Baker-Eddy in einem Krüchengeßel vor ihrer Glaubensgemeinde. Die entrickten Glaubensbrüder und -schwestern hatten zuletzt ihre Botschaft nur noch vom Band gehört. Das Seelen-Nusch mussig auf: So endet das Schauspiel „Wunder in Amerika“ von Ernst Tollers und Hermann Kesten. Es wurde 1931 am Nationaltheater Mün- chen uraufgeführt, seither galt es als verschollen. Jetzt wurde der Text im Archiv des Mannheimer Theaters wiedergefunden und die württember- gische Landestheaterwache wagte sich an eine Wiederbelebung.

Im Mittelpunkt steht die Gründe- rin der „Christian Science“, Mary Baker-Eddy. (1821-1910), der Stefan Zweig, den großartigsten Aufstieg ei- ner Frau im 19. Jahrhundert“ be- schenlicht und die mit knallhartem Glaubens- und Geschäftssinn, ge- paart mit Sendungs- und Führerqua- lität, mit ihrer Heilslehre die ganze Welt eroberte. Diese Frau wird von Sabine Hahn psychologisch glaub- haft geschildert.

Mary Baker wird mit diesem Stück jedoch, das 1831 aktuell gemeint sein mochte, heute nur für neue Tenden- zen der Heils-Dollar-Mystik in An- spruch genommen. Dadurch mißfällt die Inszenierung. Zugeschnitten auf diese beherrschende Figur fallen Gruppen szenen fehl aus; lauter

Deppen können doch diese gefügige Gemeinde im Konzernschnitt nicht gebildet haben.

Neben dem erhebenden Sekten- sungsang, einer auch heute wirksamen Heilsbarmonik (Musik: Uli Bühl), und der Schilderung des im- mer gleichen Gruppenrituals, fallen Einzelszenen doch aus dem Rahmen: Mary mit dem toten Eddy (Jan Schreiber), ein Bild einer in kaltge- wordenen Luft verkrallten Frau, oder der Auftritt von Marys Widersacherin Mabel Smith (Ira Schlubach), die als Millionärin von New York aus den „Aufstand“ probt und verliert. Rein- hold Ohngemach als John Oxford, Untersuchungsrichter, entwickelt sich als leise nölender TV-ähnlicher „Kommissar-Verschmitt“ und entpuppt sich am Ende als perfekter Regisseur des Schreikrampf-Chris- tentums.

Generell eher fallen das Ungleich- gewicht im Tempo, der Choreograp- hie (Pavel Mikulastik) in der Gruppenführung auf, auch eine über- strapazierte deklamatorische Gestik, vor allem vor der Pause. Trotz eines sich steigernden Aufbaus und genau geführter Dialoge schwankt das ganze zwischen Revue und Drama.

Ein Wunder geschieht in Esslingen nicht. Man wird allenfalls belehrt, wie „Wunder in Amerika“ gemacht werden und darüber, daß die Verföh- rerqualität des Seelengeschäfts immer gleich bleibt. REINER NERVAL

München: Offenbachs „Blaubart“ unter Matussek

Riesenbett für Boulotte

Wo immer man ein Stück von Offenbach zu fassen kriegt, freut man sich darauf und ist an- schließend enttäuscht. Woran liegt das? An den eigenen falschen Erwar- tungen? An der Musik, die doch nicht durchgängig stücktragend ist? Am Theaterhandwerk, das Schwierigkei- ten hat, Offenbachs Witz, ohne ihn ganz aus seiner eigenen Sphäre zu lösen, so anzuspitzen, daß er heute noch sticht?

Der neue „Blaubart“ am Gärtner- platz, der erste überhaupt in Mün- chen, entzückt uns mit argen Zweifeln. So richtig es sein mag, das Stück nicht radikal auf einen aktuellen Be- zugspunkt hinzutrimmen, sich grelle Verfremdung zu versagen - Hellmuth Matussek inszenierung artikuliert nicht klar genug, warum sie eigen- lich stattfindet.

Wenn es überhaupt einen An- gelpunkt gibt, von dem aus Offen- bach klappen könnte, dann wäre das die Musik. Es müßte sich einer in sie verliehen, ihre Struktur, ihre Frech- heit, ihren Charme und ihre Pikan- zerie aufspüren und diese Strukturen auf die Darsteller übertragen. Wie beim Ballett interessiert bei Offen- bach nur, was übrig bleibt, wenn man sich Dekor und Kostümierung wegdenkt. Und da lieh hier nicht mehr viel. Matussek läßt allzuviel we- gen, jedoch eher Drehbühne, Hän- ger und Dekorationsstelle statt der Menschen.

Daber gewinnen sie keine rechte Kontur. Sie scheinen alle schon bei Stückbeginn zu wissen, daß sie sich einer Satire unterziehen, ringen so- fort mit einer überlebten, aufge- setzten Heiterkeit, legen uns nahe, das Ganze gleichsam „zu hören“. Aber das verdriht den Spaß. Die Si- tuationen müßten ja zunächst ruhig ersumen und erspielt, erst dann iro- nisch gehrochen werden. Das gelingt fast nur Manfred Lichtefeld als gro- tesk gefährlichem König Boböce.

Monika von Zallinger versucht, mit original sich verwandelnden Hän- gern, ins Gigantische übersetzten Einzelteilen (Riesensbett, Riesens- leuchter, Riesenskanonenrohre) die Essenz des Ortes anzudeuten, ohne der Bühne die Luft zu nehmen. Das geschieht oft mit Geschmack. Wenn jedoch der Chor kommt, tobt wieder die hoffnungslose Menschen- und Materialschlacht.

Tamara Lund stemmt die dralle Boulotte couragiert und sommer- sprossig auf die Bühne, Udo Holdorf setzt eher Herodes als Lobengrin- tze für seinen anarchischen Blaubart ein. Tristan Schick am Pult, sonst mit sehr leichter Hand begabt, braucht vielleicht noch ein paar Vorstellun- gen, bis Offenbachs feingedrehte Mu- sik entsprechend zitiert heraus- kommt. Bei der Premiere kläng's noch ein hiösisches Straußli. BEATE KAISER

Nächste Vorstellung: 23. Febr., Kartenbestel- lung: 089 / 30 16 767

Mike Newells neuer Film „Dance with a stranger“

Tod dem Trunkenbold

Wenn der Verleih bei dem engli- schen Film „Dance with a stranger“ nicht ganz auf einen den- sigen Titel verzichtet hätte, wäre „nicht die Mörderin, der Ermordete ist schuldig“, keine schlechte Wahl gewesen.

Der Regisseur Mike Newell, der die Geschichte von der letzten Frau, die in Großbritannien hingerichtet wurde, auf die Leinwand gebracht hat, ist offenbar der Auffassung, daß die Bar- frau Ruth Ellis, die 1955 gehängt wurde, weit eher Gnade vor dem Gesetz verdient hätte als der nichtsnutzige Spöfling der Oberklasse, den sie auf offener Straße niedergestreckt hat.

Die Ruth Ellis ist in einem Nacht- lokal tätig. Sie ist geschieden und hat ein Kind, einen sehr lieben Jungen, den einer ihrer treuesten Freunde in einem Internat untergebracht hat. Man erkennt schnell, daß dieser un- tersetzte stille Mann ihren Erfolg als freudig von allen begrüßte Stim- mungsstimmung mißtrauisch be- trachtet, und daß sie auf einen Prinzen wartet, der sie aus der kleinkarierten Frivolität ihrer Existenz mit einem Schlage herausholt.

Ein neuer Boyfriand aus einer reichen Familie scheint das zu verspre- chen. Obendrein ist er auch noch ein fafelhafter Liebhauer, was den Kino- besucher sehr deutlich vor Augen geföhrt wird. Aber er ist mit einem harmlos-netten Mädchen aus seiner eigenen Schicht verlobt, und vermut-

lich ist es die Spannung zwischen den zwei grundverschiedenen Elementen, die ihn zum Trunkenbold macht. Streit und Versöhnung wechseln sich rasch ab, bis zu der nebligen Nacht, in der Ruth in äußerster Wut und Ver- zweiflung zum Revolver greift.

Wie Miranda Richardson die Wan- dung von dem lebensfrohen und all- seits begehrten Geschöpf - eine Mary-lyn-Monroe-Dublette für bescheide- nere Ansprüche - zu dem aschfahlen gepinigten Wesen wird, das an der Treulosigkeit und halbberuhten Brutalität des jungen Trunkers zer- bricht, ist eine grandiose Leistung, an der sicherlich auch der Regisseur einen großen Anteil hat.

Wie gründlich und inspiriert New- well arbeitet, läßt sich an der Föh- rung der vielen männlichen Darstel- ler ablesen und an der Treffsiche- rheit, mit der er die verschiedenen Mi- leaus gezeichnet hat: Das Drum und Dran des Autorennsports, den stillen Sonntag auf dem Lande, die verschie- denen kleinstädtischen Wohnstän- den, der Eignung als Liebesme- ster und vor allem die Bar selbst, die Stätte aller Begegnungen, die in ihrer unverwechselbaren Mischung aus großer und kleiner Welt, mit den Auf- bauten von Whisky- und Likörflä- schen das Zeitbild von 1955 abelhaft hervorruft. Und wie ähnlich ist das alles! Man kann sich einen ganzen Wochenendausflug an die Themse ersparen. HELLMUT JAESRICH

Fred Thieler: Berliner Akademie zeigt das Werk des führenden Vertreters der informellen Malerei

Leben fern aller Figurationen in Raum und Zeit

Was auf den ersten Blick wie ein nobel, wenngleich widerwiltig inszenierter Festakt aussieht, gerät unversehens zum brillanten Gegen- beweis. Erst im Mai vergangenen Jah- res hatte der Präsident der Akademie der Künste in Berlin, Günter Grass, der gegenstandslosen Kunst vom An- fang der fünfziger Jahre vorgeworfen, sie habe sich „ins Unverbindliche“ verdrückt: „Während innenpolitisch die Restaurierung obrigkeitstättlicher Machtverhältnisse Fortschritte machte, ließ sich eine untröstliche Avantgarde, die sich allenfalls forma- len Widersprüchen aussetzte, nach außen als Zeugnis neuerdeutscher Mo- dernität und Weltoffenheit vorwei- sen.“

Nicht nur, daß der Präsident sein diskriminierendes Vortrall jetzt in einem Katalog der von ihm vertre- tenen Akademie nachlesen darf - der Anlaß selbst widerlegt seine Äuße- rungen souverän. Es ist die Ausstel- lung mit Arbeiten von Fred Thieler.

Fred Thieler - seit 1959 lebt, lehrt, arbeitet er in Berlin - ist einer der überragenden Künstlergestalten der informellen Malerei in Deutschland.

Der geborene Königsberger hatte ur- sprünglich ein Medizinstudium be- gonnen. Die Nazis machten ihm, we- gen der jüdischen Mutter, einen Strich durch die Lebenspläne und zwangen ihn, zeitweise unterzuta-uchen. Die künstlerische Biographie beginnt deshalb eigentlich erst nach dem Kriege, mit dem Studium in München; sie erlebte ihre entschei- dende Vertiefung zu Beginn der fünf- zigiger Jahre in Paris, durch die Kon- takte zu Hartung, Poliakoff und Sou- lages.

Seltensamerweise sieht sich Thieler, der in wenigen Wochen seinen 70. feiert, heute in der begrifflich alber- nen „Vater“-, sogar „Großvaterrolle“ von Künstlern verschiedener Cou- leur. Konstruktive sind bei ihm eben- so erfolgreich in die Schule gegangen wie namhafte Berliner Realisten oder Wegbereiter der Neuen Heftigkeit. Dies ist Beleg für Thielers Fähigkeit, statt Epigonen Köner zu ernennen.

Seinen eigenen Weg ist er mit be- wundernswürdiger Beharrlichkeit ge- gangen. Unbestechlich hat er die Vi- sionen einer abstrakten Malerei ver- folgt. Geistigkeit in einer Kunst offen-

bar werden lassen, ohne je ins Plaka- tive oder Programmatische abzurufen. Die Show-Gehärden eines Ma- thieu lassen sich bei Thieler nicht denken.

Der Berliner Akademie ist eine überragend lebendige Präsentation gelungen. Schon an der Frontseite des Düttmann-Baus wird der Besu- cher von einem Bild empfangen. In der großen Halle können die kräfti- gen Formate ihren großen Atem ganz entfalten. Sogar in einer der Shed- Staffeln findet man eine Arbeit. Andere sind, fahnengleich, flächig hingebreitet und erinnern so an Thie- lers Methode, dem Farbfuß zu eben- er Erde seine Freizügigkeit zu ge- ben. Denn „Zufall“ ist ein wesentli- ches Element in Thielers Schaffen, der seine Bilder sich gleichsam „selbst malen läßt“. Aber so wie in den früheren Bildern noch ein starkes Lenken, Abwägen, Markieren und Akzent-Setzen herrschte, wurden auch später die Zufälle behutsam an die Kandare genommen.

Früher Eruptionen, beinahe kalli- graphischen Kürzeln, sollten später eindringliche Wände folgen, die sich

nicht in der Mitteilung von Gedanken und Emotionen erschöpften, sondern diese in Gang setzten. Thielers Bilder wurden nicht zu Objekten. Zwar col- lagierte er Fragmente vorangegan- ger Bilder auf seine Leinwände, hob er Abdeckungen wieder auf und öff- nete erstaunliche Strukturen und Transparenzen - aber die Tiefe, die Plastizität, entstand in einem übertra- genen Sinne. Der Bildtafel-Grund blieb erhalten. Nach den „Galaxien“ und kosmisch anmutenden Bildern entstanden Arbeiten, die wie fotogra- phische Mehrfachbelichtungen an- muten.

In Thieler haben Rot und Blau und Schwarz - und die durch sie be- schworene Helle - ihren abstrakten Meister gefunden. „Raum“ und „Zeit“ sind die dramaturgisch stärk- sten Elemente in seinem Werk. Nicht umsonst mochte Thieler, malend, Tiepolo huldigen. Die Essenz seiner Bilder, die Wucht ihrer Ich- und Le- benserfahrung, bedarf keiner Figu- rationen, sie weist sie ab.

PETER HANS GÖPFERT

Bis 17. März: Saarbrücken, 13. April bis 18. Mai: Katalog 24 Mark.

JOURNAL

Kein Auslieferungs-Stopp für Buch von Stefan Aust

DW, Hamburg  
Der Verlag Hoffmann und Campe hat sich auf Verlangen des früheren Ex-Kommunarden und heutigen Berliner AL-Abgeordneten bereit erklärt, eine 10-Zeilen-Passage des Buches „Der Baader-Meinhof-Kom- plex“ von Stefan Aust in zukünfti- gen Auflagen abzuändern. Aust hat- te geschrieben, Kunzelmann hätte 1970 auf dem Berliner Juristenball eine Bombe deponiert. Kunzel- mann war aber bereits 1973 von die- sem Vorwurf rechtskräftig freige- sprochen worden. Dies wurde jetzt vom Verlag korrigiert, der gleichzei- tig Meldungen zurückwies, daß Kunzelmann einen Auslieferungs- stopp des Buches erwirkt hätte.

Programm der Berliner Festwochen

Gli. Berlin  
Die Berliner Festwochen (11. bis 28. 9.) bringen mit den Philharmo- nikern unter Herbert von Karajan Beethovens 9. Sinfonie (27. u. 28. 9.) zur Aufführung Carlo Maria Giulini dirigiert Verdis Requiem (9. u. 10. 9.), außerdem treten Claudio Ab- bado (5. u. 6. 9.), Maurizio Pollini, gleichzeitig Solist in drei Mozart- Klavierkonzerten (13. u. 14. 9.) und Giuseppe Sinopoli mit Mahlers Sinfonie Nr. 20 (21. 9.) ans philhar- monische Pult. Als Gastorchester neben Berlins Radio-Symphoni- kern unter Riccardo Chailly (7. u. 8. 9.) sind die Junge Deutsche Phil- harmonie (2. 9.), das Moskauer Sin- foniorchester (4. 9.), das Concert- gebouworkest Amsterdam (11. 9.), das Utah Symphonie Orchestra (16. 9.) und die Münchner Philhar- moniker (23. u. 24. 9.) angesagt. Ur- aufgeführt werden Auftragskompo- sitionen von Stockhausen („Eva's Lied“), Denisov (Viola-Konzert), Gubaidulina, Pironkow (3. Streich- quartett). Eine konzertante Auffüh- rung von Henzes „Die Bessardien“ (23. 9.) durch die Deutsche Oper be- schließt das Festival.

Ballett-Gruppen tanzen in Paris

AFF, Paris  
Sechszwanzig Ensembles aus 14 Ländern nehmen am 1. Internati- onalen Choreographie-Wettbewerb teil, der heute in Paris be- ginnt. Am stärksten ist mit 37 teil- nehmenden Tanzgruppen das Gest- land Frankreich vertreten, es folgen die USA, Dänemark und Italien. Die aus mindestens drei Tänzern bestehenden Ensembles führen ein sechs bis 15 Minuten langes Werk eines Choreographen vor. Der erste Preis ist mit rund 23.000 Mark do- tiert. Carolyn Carlson, Rosella Hightower, Reinhold Hoffmann und Oscar Arauz gehören der fünfzehn- köpfigen internationalen Jury an.

Großer Silberfund aus der Thraker-Zeit

AFF, Sofia  
165 vergoldete Silbergefäße aus der Thraker-Zeit sind bei Kanalisa- rionsarbeiten in dem nordwestbul- garischen Dorf Rogozen gefunden worden. Wissenschaftler halten den Fund für den wertvollsten Schatz aus dieser Epoche, der jemals in Europa entdeckt wurde. Die reich- verzierten Krüge, Becher und Schalen beweisen nach Angaben der Experten die Existenz einer sehr hochentwickelten thrakischen Kunstschule. Die Stücke, die im vierten vorchristlichen Jahrhundert im Nordwesten des heutigen Bulga- rien angefertigt wurden, sind mit Reliefdarstellungen von Tieren, Pflanzen, geometrischen Mustern und mythologischen Szenen geschmückt, die 54 Krüge weichen sämtlich in Größe und Verzierung voneinander ab. Auf dem Grund von 14 Schalen fanden sich thra- kische Inschriften in griechischen Lettern.

CSRR-Plakate im Museum für Gestaltung

DW, Zürich  
Plakate für Filme, Ausstellungen, Theater, Musik und zu politischen Anlässen aus der CSRR zeigt das Museum für Gestaltung in Zürich bis zum 2. März. Die Künstler vari- eren vor allem Stilformen der fünf- zig- und sechziger Jahre oder ar- beiten mit Collagen. Der Katalog zu der Ausstellung (15 Sfr) ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil er nicht - wie sonst bei Veranstal- tungen mit Kunst aus kommunisti- schen Staaten - „wertfrei“ und affir- mativ argumentiert, sondern klar die Bedingungen (vor allem die doppelte Zensur) anspricht.

„Gemeinsam lesen“ auf Brüsseler Buchmesse

ib, Brüssel  
Vom 8. bis zum 16. Mai findet im Brüsseler „Centre Rogier“ am Nordbahnhof die 18. Internationale Buchmesse statt. Sie steht in die- sem Jahr unter dem Motto „Ge- meinsam lesen“. Die Teilnehmer- zahl ist höher als erwartet: Fast 100 Länder aller Erdteile haben sich an- gemeldet, darunter auch China. Die USA ist besonders mit Büchern über neue Technologien vertreten.



Fred Thieler, der in wenigen Wochen 70 Jahre alt wird, unübtlich einer Ausstellung seiner Arbeiten. FOTO: STORY PRESS-CLAUS

# Frau mit vergiftetem Schmerzmittel ermordet

### Tylenol-Kapseln sind wieder in die Schlagzeilen geraten

rt/DW, New York

Das wohl meistgekaupte Schmerzmittel in den USA, Tylenol, ist durch einen neuen Mordfall ins Geraden geraten. Die 23jährige Diane Elroth im US-Bundesstaat New York war am Samstag gestorben, nachdem sie mit Zyankali vergiftete Tylenol-Kapseln genommen hatte. 1983 waren auf die gleiche Weise sieben Menschen in Chicago umgebracht worden. Der Hersteller, Johnson and Johnson, teilte mit, daß die Packungen aus der entsprechenden Serie zurückgerufen werden.

Johnson and Johnson rief alle Einwohner des Großraumes New York auf, das rezeptfreie Tylenol nicht mehr einzunehmen. Der Pharmakonzern warnte besonders vor den 2er-Packungen der seit August 1983 ausgelieferten Serie ADF-916 mit Verfallsdatum Mai 1987. Allerdings seien die bisher untersuchten Kapseln dieser Serie „sauber“ gewesen.

Dies gelte auch für die Packungen aus der Filiale Bronxville der mehrheitlich zur Tengelmann-Gruppe gehörenden Supermarktkette „A+P“, in der das vergiftete Tylenol vermutlich verkauft worden war. Zahlreiche Drogerien und Supermärkte in den USA nahmen das Mittel aus den Regalen. Die fragliche Serie habe insgesamt 200 000 Packungen umfaßt, über deren Verbleib Burke keine Angaben machen konnte.

Auf keinen Fall sei das Tylenol, das auch in deutschen Apotheken rezeptfrei vertrieben wird, aus dieser Serie in die Bundesrepublik Deutschland gelangt, teilte die Johnson und

Johnson GmbH gestern in Düsseldorf mit. Firmensprecher Bolko von Gersdorff zur WELT: „Tylenol wird in den USA in Glasbehältern verkauft. In Deutschland stecken die Kapseln oder Tabletten in Durchdrückpackungen, an denen jede Manipulation sofort auffällt.“ Er erklärte, daß es im Bundesgebiet nicht zu Anschlüssen durch Tylenol kommen könne. Zudem seien die Packungen hülsenlos und nur in Apotheken erhältlich, während sie in den USA frei zugänglich in den Regalen der Kaufhäuser stehen.

Die Mordfälle in Chicago zwischen dem 29. September und dem 2. Oktober 1982 wurden trotz einer ausgesetzten Belohnung in Höhe von 100 000 Dollar nie aufgeklärt. Später erhielt Johnson and Johnson einen Drohbrief, in dem weitere Giftanschläge mit Tylenol angekündigt wurden. Der Briefschreiber wurde wegen Erpressung verurteilt.

In der Zwischenzeit investierte die US-Pharmaindustrie Millionen von Dollar für die Entwicklung einer versiegelten Verpackung, die vor Manipulationen schützen sollte. Weitere 140 Millionen Dollar gab Johnson and Johnson für eine Marketingkampagne zur Wiedereinführung des Tylenols in neuer Verpackung aus. Das Marktvolumen von Tylenol mit dem Wirkstoff Paracetamol, der heute in vielen Schmerzmitteln zu finden ist, hat nach Informationen von Börsenexperten 1985 in den USA bei schätzungsweise 350 Millionen Dollar gelegen. Tylenol wurde damit erneut zum Marktführer.

## Österreich versinkt im Schnee / Höchste Niederschlagsmenge seit dem Winter 1929

# Das Chaos kam in Watte verpackt

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Die österreichische Hauptstadt, deren Weinberge sonst von einem gemäßigten und milden Klima zeugen, gleich dieser Tage einer Stadt in Sibirien: Seit dem Wochenende schneite es ununterbrochen bei ungewöhnlich tiefen Temperaturen. Erstamte Autofahrer sahen von ihren Wagen nur noch die Antennenspitze aus einem Schneehaufen hervorstechen. Da am Wochenende auch die sogenannten „Energieferien“ in Wien und Ost-Österreich zu Ende gingen, kam es auf Autobahnen und Landstraßen zu Staus und Karambolagen im Schnee bei der Heimfahrt der Urlauber.

Sogar im Zentrum der Hauptstadt, auf dem Ring zwischen Staatsoper und Parlament, gab es Schneefahrbahnen und Straßenglätte. Der Wiener Fasching ging im Schneegestöber buchstäblich unter. Die höhergelegenen Vororte am Rande des Wiener Waldes waren zeitweise kaum zu erreichen – und wenn, dann nur mit großer zeitlicher Verzögerung. Während viele Wiener ihre eingeschneiten Autos gar nicht erst freischaufelten, hatten Taxis Hochkonjunktur. Züge, Straßenbahnen und Busse wurden nur mit Verspätung. Es war, wie ältere Bewohner der Stadt sagen, der schlimmste Schnee seit Menschensdenken – und manche bemühen sich, den Katastrophenwinter 1929 als Vergleich.

Jetzt hat der Schneefall, ausgelöst durch ein gewaltiges Mittelmeer-Tief samt sibirischer Kaltluft, zwar aufgehört, aber die Kälte ist geblieben, so daß mit einem baldigen Ende der weißen Pracht nicht zu rechnen ist. Neben Wien versanken vor allem die Bundesländer Steiermark und Kärnten in einem wahnsinnigen Schneechaos. In der Steiermark und ihrer Landeshauptstadt Graz türmte sich der



Ideja in Welt: Hubschrauber halten den Kontakt zur Außenwelt

Schnee mannshoch in den Straßen. Für alle Straßen des Landes gab es Schneeketten-Pflicht.

In Kärnten waren zahlreiche Dörfer und einzelne Bauernhöfe von der Außenwelt abgeschnitten. Straßen, auf denen Lkw liegengeblieben waren, mußten zeitweise gesperrt werden. Die Urlauber in einigen Wintersportorten konnten nicht rechtzeitig die Heimkehr antreten. Was die Gastwirte und Hoteliers so schrecklich und oft vergeblich herbeigeseht hatten – jetzt war sie da, die weiße Pracht – aber wieder einmal zurück zum Guten und auch dort, wo man sie gar nicht brauchen konnte: im öst-österreichischen Burgenland etwa, wo starker Wind auf dem meist ebenen Gelände zu meterhohen Schneeverwehungen führte.

Jenseits der ungarischen Grenze sah es noch schlimmer aus. Die Ungarn, deren Straßenräumdienst nicht so gut organisiert ist wie in Österreich, stellten vorübergehend die Schneeräumung überhaupt ein – weil Verwehungen sofort wieder die freigelegten Strecken zudeckten. An einigen Grenzübergängen fertigte der ungarische Zoll vorübergehend keine Reisenden und Fahrzeuge mehr ab.

Der große Schnee dieses Winters hat auch dort seine Zähne gezeigt, wo sonst kein Mensch an hochalpine Gefahren zu denken pflegt. Auf die Semmering-Bundesstraße in Niederösterreich gingen Schneebretter nieder, auf eine Gegend, in der von Lawinen sonst keine Rede ist. Sonderschichten mußten die öster-

reichischen Schneekettenfabrikanten in ihren Betrieben einlegen. Den Händlern würden diese jetzt kostbaren Produkte buchstäblich aus der Hand gerissen. In der Steiermark wurden 4000 Feuerwehrlöse und 550 Soldaten aufboten, um die wichtigsten Eisenbahnstrecken freizuhalten. Aber auch das gelang nur teilweise. Der Schnellzug „Robert Stolz“ blieb in den Schneemassen stecken. Mit Hubschraubern wurden eingeschneite Dörfer versorgt.

Der schlimmste Schneefall dieses Jahrhunderts in Ost- und Süd-Österreich hatte aber auch eine heitere Seite. Durch die Straßen von Graz zogen Ski-Langläufer. Wo sonst hektischer Verkehr das Gesicht der Großstadt prägte, herrschte eine wie in Watte gepackte Stille.



Drei Paare auf einer Couch – der Traum eines jeden Psychiaters, mehr noch: die gebündelten Träume der deutschen Fernsehschönheit. Welches Paar erhält am 20. 2. die Goldene Kamera von Horst: Witta Pohl und Hans P. Korff (stehend) „Diese Drombusch“, Thelma C. Wied und Peter Weck „Ich heirate eine Familie“, sitzend links oder Gaby Dohm und Klausjürgen Wussow „Schwarzwaldklinik“?

# Lange Leitung bis nach Singapur

### Vier Unterwasserkabel für die Philippinen verschifft / Schwerste Trommel wiegt 215 Tonnen

W. WESSENDORF, Bremerhaven  
„Das war unsere schwierigste Verschiffung“, atmete der Direktor der Kabelmetal electro GmbH (ke)“, Eckhard Schlee, gestern mittag auf. Innerhalb von wenigen Stunden nur waren in Bremerhaven vier Schwergutkollis mit Unterwasserkabeln für die Philippinische See an Bord der „Peter Rickmers“ gehievt worden. Damit sollen die vier Inseln Guimaras, Siargao, Camiguin und Samar künftig elektrischen Strom erhalten.

Die Längen der vier Unterwasserkabel betragen zweimal je zehn Kilometer und zweimal drei Kilometer, 215 Tonnen pro Stück wiegen die langen Stücke, „das erfordert eine besondere Transportkonzeption“, erklärte Schlee. Die Probleme begannen schon im Werk in Hannover, wo die Spezialkabel, die Spezialleiter hergestellt wurden. Während die kurzen Kabel keine Schwierigkeiten beim Transport bereiteten, mußten die langen Schlingen auf je zehn Waggons verladen und nach Bremerhaven gebracht werden. Schlee: „Die Kabel müssen an einem Stück sein, damit es später keine störanfälligen Verbindungsglieder unter Wasser gibt.“

Norderny. Außerdem betreute die Firma Projekte in der Javasee, Kolumbien und Chile. Der „ke“-Direktor „Insgesamt haben wir 300 Kilometer unter Wasser Kabel verlegt – noch ist kein Fehler aufgetreten.“

Die mit einer Jute-Kreide-Schicht eingepackten Kabelschlingen werden per Kabelverlegeschiff über Bord gespusst, die schwierigste Aufgabe liegt in der Verbindung von der großen Insel Mindanao zum Insel Camiguin. Der kunststoffisolierte Stromleiter muß 10,7 Kilometer weit bis zu einer Tiefe von 450 Metern versenkt werden. An den Ufern wird er bis zu zwei Meter tief eingegraben, der Rest auf dem Meeresboden ohne Verankerung hin-abgelassen. Das Kabel ist ausgelegt für 13,2 und 24,5 KV.

Zehn Kilometer Kabel sind auf die 215 Tonnen schwere Trommel aufgespult. Drei solcher Trommeln wurden gestern nach Asien verschifft.

„Wichtig ist natürlich dabei die Überwachung der Kabel“, erklärte Schlee, „das haben wir schon während des gesamten Transports getan. Schon beim Umschießen kann es Brüche geben.“

Finanziert wird dieses Projekt im Rahmen des Kapitalhilfesystems zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik der Philippinen, der Auftrag wurde ausgeschrieben, sein Wert inklusive Verlegung beläuft sich auf 14,5 Millionen Mark. Wegen der politischen Lage sehen wir keine Schwierigkeiten“, meinte der Direktor in Hannover, vielmehr hoffen die 2000 Mitarbeiter auf Anschlußorder.

# Weltruhm mit einem Pseudonym aus Scham

In der texanischen Stadt Austin, in der East Fifth Street, steht ein kleines, grün gestrichenes Haus. Es wurde jetzt liebevoll restauriert. Seine Attraktion: In ihm wohnte einst William Sydney Porter, der als Meister der short story unter dem Pseudonym O. Henry weltbekannt werden sollte. Er hatte es sich aus Scham zugelegt. Sein Haus dient als Museum für sein Lebenswerk. Fünftausend Menschen besuchen es jährlich.

Porter, geboren 1862, verdiente sich die ersten Dollar mit Gitarrespielen und sang als Bariton für das Hill City-Quartett. Über mehrere Jobstationen – Zigarren-Verkäufer, Angestellter bei einem Grundstücksmakler – wurde er schließlich technischer Zeichner im städtischen Katasteramt. 1887 heiratete er Athol Estes. Obwohl er mit Geld nicht umgehen konnte, nahm er eine Anstellung als Kassierer bei der First National Bank of Austin an.

Im Jahr 1894 gründete der bereits literarisch ambitionierte Porter eine Wochenzeitung mit dem seiner Zeit weit vorausliegenden Titel „The Rolling Stone“. Die Zeitung war amüsant gestaltet, mit Klatsch und Tratsch, Satiren und Neugierigen, kleinen Geschichten, in denen sich das große Talent des späteren O. Henry abzeichnete. Aber Geld war mit dem Blatt nicht zu verdienen.

Als Porters Frau erkrankte und er nicht einmal die wichtigsten Rechnungen begleichen konnte, griff er in die Kasse der Austin-Bank. Obwohl er das Geld bald zurückzahlte, und seine Vorgesetzten ihn zu decken versuchten – in den Augen der Bankvisoren aus Washington hatte er sich des Betruges schuldig gemacht.

Porter floh nach New Orleans und von dort nach Honduras. Er kam erst zurück, als er erfuhr, daß seine Frau, die dabei das Haus und die Tochter versorgt, totkrank war.

Eine Jury befand ihn für schuldig, am 10. Oktober 1894 die Summe von 554,48 Dollar und am 12. November 1894 weitere 229,60 Dollar aus der Kasse der Bank für eigene Zwecke entnommen zu haben. Er wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Er trat die Strafe am 25. April 1898 im Gefängnis von Columbus in Ohio an. Bald durfte er den Posten des Anstaltsapothekers übernehmen, bekam ein Bett im Gefangenen-Hospital und konnte sich wieder dem Schreiben widmen. „Hier habe ich endlich Zeit dazu“, meinte er lakonisch.

In den letzten und produktivsten acht Jahren seines Lebens, die er in New York verbrachte, schrieb er in der Zeit von 1902 bis 1910 allein 381 short stories. Sie erschienen unter dem Pseudonym O. Henry. Er hatte es sich aus Scham im Gefängnis zugelegt – aus Scham darüber, daß William Sydney Porter verurteilt war.

# Schnellere Prüfung für neue Arzneien?

dpa, Berlin  
Das Bundesgesundheitsamt (BGA) in Berlin wird die Bemühungen um Arzneimittel-Sicherheit verstärken und zu diesem Zweck in diesem Jahr 57 neue Stellen einrichten. Mit dem neuen Personal sollen unerwünschte Nebenwirkungen von Medikamenten erforscht und die Arbeitsbedingungen bei der Überprüfung und Neuzulassung von Arzneimitteln verbessert werden, sagte BGA-Präsident Prof. Dieter Großklau gestern. Das Personal des BGA-Instituts für Arzneimittel kann nach Angaben des Leiters Prof. Bernhard Schmieder 800 Neuzulassungen von Medikamenten pro Jahr bewerkstelligen. Eingereicht würden jedoch 2400 Anträge pro Jahr, die in der vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Zeit nicht mehr bewilligt werden könnten. Weltweit würden jährlich 50 neue medizinische Wirkstoffe in jeweils vier bis fünf verschiedenen Darreichungsformen erfunden.

# Traum-Vision

dpa, Bremen  
Ein nächtlicher Tip brachte einem 35 Jahre alten Junggesellen in Bremen am vergangenen Wochenende einen Lotteriegewinn von 2 519 834 Mark. Wie die Bremer Toto- und Lotteriegesellschaft mitteilte, gewann er mit einem System-Service-Schein einmal in der 1. und sechsmal in der 3. Klasse. Die Glückzahlen waren ihm nach seinen Angaben „über Nacht“ eingefallen.

# Neue Spur?

dpa, München  
Im Fall des ermordeten Wachmannes der Bundeswehrhochschule in Neubiberg bei München schließt die Polizei nicht aus, daß der verdächtige 21jährige Informatikstudent eigen Komplizen hatte. Die Blutspuren, die am Totort gefunden wurden, stammen mit Sicherheit nicht von dem 21jährigen Fährlich.

# Nächtliches Gefecht

dpa, Rosenheim  
Ein Polizist hat in der Nacht zum Mittwoch einen noch nicht identifizierten Mann in Rosenheim erschossen, der sich an den Bahnhöfen zu schaffen machte. Als er gestiftet wurde, kam es zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf der Unbekannte mit einem Messer auf den Beamten einschlug. Sein Kollege gab dann offenbar die tödlichen Schüsse auf den Messerstecher ab.

# Anklage gegen Orthopäden

dpa, Hamburg  
Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat nach jahrelangen Ermittlungen gegen den Orthopädieprofessor Benckbeck Anklage wegen Körperverletzung erhoben. Der 69jährige Mediziner war von 1963 bis 1981 Chefarzt der Orthopädischen Abteilung im Krankenhaus Barnbeck. Anfang der 80er Jahre häuften sich Schadensfakten ehemaliger Patienten gegen ihn. Die Gesundheitsbehörde hat bisher an 36 Patienten 1,4 Millionen Mark Schadenersatz gezahlt.

# Unter höchster Spannung

SAD, New York  
Ein zweisitziges Sportflugzeug verunglückte beim Aufzug auf den Flughafen Ontario bei Los Angeles in einer Hochspannungsschleife. Der Pilot hing vier Stunden lang in den Kabeln, ehe er geborgen werden konnte.

# Informationsvorsprung kann man abonnieren.

Bitte:

An DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.  
Bitte liefern Sie mir vom nächstbestehenden Termin an bis auf weiteres DIE WELT (UNABHÄNGIGE TAGESTZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND) zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), ansonsten Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen.

Vorname/Name: \_\_\_\_\_  
Straße/Nr.: \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort: \_\_\_\_\_  
Beruf: \_\_\_\_\_  
Vom/ab: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_  
Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtsichere Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

Unterschrift: \_\_\_\_\_ 01-469

Sie haben das Recht, eine Abbestellung zeitig (Abbestellung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

# ZU GUTER LETZT

„Welcher Kapitän mit Herz u. Verstand, ersetzt bei maritimer See, 46 I., 01tenegangene Steuerbordlampe“ – Bekanntmachung-Anzeige im Hamburger Abendblatt.

# WETTER: Sonnig und kalt

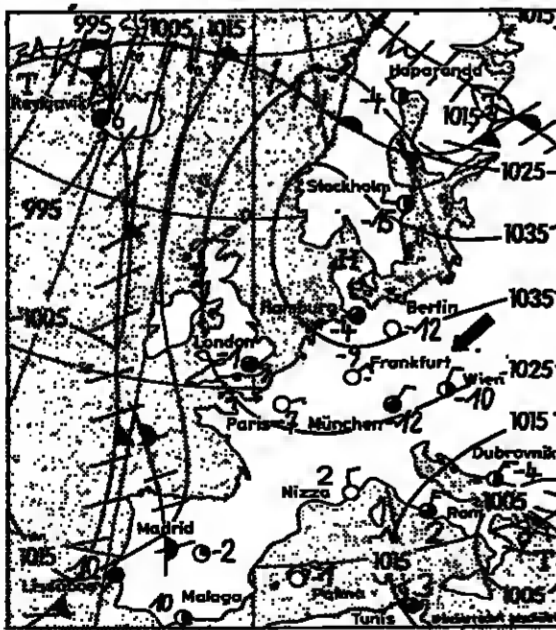
Lage: Ein nahezu ortsfestes Hoch über Skandinavien bestimmt weiterhin das Wetter in Deutschland.

Vorhersage für Donnerstag: An der Küste auch tagsüber Nebel und hochnebelartige Bewölkung, jedoch niederschlagsfrei. Temperaturen um minus 3, nachts minus 12 Grad. In Bayern in den Flußniederungen nur zögernde Nebelauflösung, sonst wolkig mit Aufheilungen und trocken. Temperaturen um minus 5,

nächtliche Abkühlung bis minus 15 Grad. Übriges Deutschland sonnig und trocken, Temperaturen zwischen minus 3 Grad und Null Grad. Nächtliche Abkühlung bis minus 10, örtlich bis minus 16 Grad. Weitere Aussichten: Keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang am Freitag: 7.38 Uhr, Untergang: 17.35 Uhr, Mondanfgang: 9.38 Uhr, Untergang: -- Uhr (\* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

# Vorhersagekarte für den 13. Feb., 7 Uhr



Land	Stadt	Wetter	Temperatur
Deutschland:	Lübeck	-1 bw	13
	Mannheim	-1 w	13
	München	-1 w	13
	Münster	-1 w	13
	Nordsee	-1 w	13
	Nürnberg	-1 w	13
	Dortmund	-1 w	13
	Dresden	-1 w	13
	Hannover	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Wien	-1 w	13
	Paris	-1 w	13
	Moskau	-1 w	13
	London	-1 w	13
	Lissabon	-1 w	13
	Wien	-1 w	13
	Zürich	-1 w	13
	Berlin	-1 w	13
	Hamburg	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	München	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13
	Frankfurt	-1 w	13
	Bonn	-1 w	13
	Köln	-1 w	13
	Düsseldorf	-1 w	13